

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

143 · September 2002

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 771

Essay

CHRISTINA THÜRMER-ROHR

Die Stummheit der Gewalt
und die Zerstörung des Dialogs 773

Alternative Wirtschaftstheorien

STEFFEN FLECHSIG, ARNDT HOPFMANN UND DIETER JANKE

Jenseits der Selbstgewißheit –
alternative Wirtschaftstheorien
in Vergangenheit und Gegenwart 781

GÜNTER KRAUSE

Die Geschichte der ökonomischen Theorien
zwischen Mainstream und Alternative 783

Parlamentarier & Bürokraten

JOCHEN WEICHOLD

Die vergoldeten Diäten.
Zusatzinkünfte und Versorgungen der Abgeordneten 804

JÜRGEN MEIER

Wer hat Angst vor Bürokraten?
Wahlillusionen und Demokratie 815

Briefe & Poesie

MATHIAS IVEN

»Eine Tugend gibt es, die liebe ich sehr ... «
Hermann Hesse in seinen Briefen 823

Standorte

KAY MÜLLER Abschied vom historischen Materialismus	831
JÜRGEN JOHN DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand	837
HUBERT LAITKO Bildung zwischen Anspruch und Kommerz	845

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	852
---	-----

Bücher & Zeitschriften

Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956	
Stephan Fingerle: Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierskorps der NVA und ihrer Vorläufer (STEFAN BOLLINGER)	854
Stefan Dornuf, Reinhard Pitsch (Hrsg.): Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden (ULRICH BUSCH)	856
Uwe-Jens Heuer: Im Streit. Ein Jurist in zwei deutschen Staaten (NORBERT PODEWIN)	857
Klaus Pickshaus, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik (JUSTINE SUCHANEK)	859
Waldemar Schindowski, Elisabeth Voß (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften (ARNDT HOPFMANN)	861
Summaries	862
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	864

Vorsatz

Als Vorsatz gilt nach juristischer Definition eine Handlung, mit der die gezielte Benachteiligung anderer beabsichtigt wird. Vorsätzlich handelt, wer billigend in Kauf nimmt, daß durch sein Verhalten Schaden entsteht oder wem es gar auf die Verursachung eines solchen ankommt. Mit dem Vorsatz einher geht die Absicht der Täuschung: Der Coup kann nur gelingen, wenn die potentiellen Opfer nicht ahnen, was ihnen blüht.

Anders verhält es sich mit den »guten Vorsätzen« der Alltagssprache, die gewöhnlich das Versprechen, sich zu bessern beinhalten und die man offen verkündet – bevorzugt in Momenten der Zäsur wie zum Jahreswechsel oder – als politischer Akteur – vor einer Wahl.

Dann – im Wahlkampf – verschmelzen beide Arten der Vorsätzlichkeit zum populistischen Paradox: Trotz Fortbestands realer Krisenphänomene, Notlagen und Skandale versichert die Regierung, die Versprechen, für die sie zuvor gewählt wurde, erfüllt zu haben, während die Opposition deren vorsätzliche Nichterfüllung konstatiert und für den Fall des Wahlsiegs Abhilfe verspricht: Man wird zwar kaum etwas anders, aber dennoch alles besser machen.

Möglich wird die endlose Wiederholung des immer gleichen Rituals durch politisch-ökonomische Strukturen samt zugehörigen Denkweisen, deren Primat nicht im Gemeinwohl, das heißt in der Schaffung von Verhältnissen besteht, die allen Menschen ein einigermaßen gutes Leben gewährleisten könnten, sondern in der »Marktfreiheit« mächtiger Interessengruppen und der Aufrechterhaltung ökonomischer Verdrängungskonkurrenz.

Da solche Politik zwangsläufig Verlierer in großer Zahl produziert und somit Gefahr läuft, die Zustimmung bedeutsamer Teile der Wahlbevölkerung zu verlieren, muß böse Absicht als guter Vorsatz erscheinen – wenngleich nicht allen gegenüber: Wenn der Vorteil der einen der Nachteil der anderen bleiben soll, müssen diese dazu gebracht werden, ihre Benachteiligung – möglichst als »selbstverschuldet« – hinzunehmen und jene von solidarischem Denken und Handeln abgehalten werden. Von jeher bestens bewährt hat sich hierzu die Aufspaltung der Systemverlierer in Untergruppen (wie »oben – unten« oder »einheimisch – fremd«), die sich gegenseitig in Schach halten, anstatt ihre Interessen gegenüber herrschenden Instanzen durchzusetzen und die mediale Produktion von Sündenböcken wie »faulen Arbeitslosen«, »Scheinasylanten« oder »unfähigen Lehrern«, die als Projektionsfiguren von den Verursachern der Krise ablenken.

Im Falle der bevorstehenden Bundestagswahl verkörpert insbesondere der bayrische »Herausforderer« des amtierenden Kanzlers die Anwendung dieser Herrschaftstechnik, ergänzt durch ebenso grobschlächtige wie wirkungsvolle »Identitätsstiftung«. Kenner der Materie bescheinigen ihm,

als Ministerpräsident des blau-weißen Freistaats die Fähigkeit entwickelt zu haben, eine gnadenlos weltmarktorientierte Modernisierungspolitik mit der Aura des gepflegten Provinzialismus («Wir in Bayern») zu umnebeln. Und die Chancen, dies auf Bundesebene auszudehnen – in großer Koalition oder mit Hilfe der als blau-gelber Spaßpartei kostümierten Vorkämpfer des Neoliberalismus – erscheinen nicht aussichtslos.

»Nein«, möchte man rufen, »nicht schon wieder! Waren denn 16 Jahre Kohl nicht Horror genug?«, und sich ein Zweckbündnis all jener wünschen, die einen konservativen »Backlash« verhindern wollen und die, so verschieden ihre Ansichten ansonsten sein mögen, doch übereinstimmen in der Forderung: »Keine Leitkultur! Keine deutschnationale Hetze! Kein Stoiber!«

Für das Zustandekommen einer derartigen Allianz der Vernunft fehlen in der bestehenden, rein wahl- und machttaktisch ausgerichteten Parteienlandschaft freilich die Voraussetzungen. Rot-grün hat als Reformprojekt der dezestesten Art viele Hoffnungen enttäuscht. Seinen Vertretern ergeht es bei der Verkündigung neuer Wahlversprechen wie jenem Athleten der Sage, der sich brüstete, er habe dereinst zu Rhodos einen Riesensatz getan und dem eröffnet wurde: »Hic Rhodos, hic salta!« (Hier ist Rhodos, hier springe!).

Die Kritik von links stellt hierzu treffend fest, daß mit der Wahl von 1998 zwar ein Regierungswechsel erfolgt, der versprochene Politikwechsel aber ausgeblieben sei. Ebenso schwer wie die Halbherzigkeiten der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik, das Zurückweichen beim Einbürgerungsrecht oder die Nibelungentreue gegenüber den »atlantischen Verbündeten« bis hin zur Kriegsteilnahme aber wiegt der Umstand, daß es dieser Regierung nicht gelungen ist, die Herausbildung eines anderen gesellschaftlichen Klimas zu befördern, geprägt durch mehr Offenheit, Toleranz und Solidarität. Im Gegenteil: Schröders Ausfälle gegen Arbeitslose oder Schilys »Sicherheits-gesetze« halten jedem Vergleich mit rechter Politik stand.

Man erinnere sich: In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entfaltete das Wort »Glasnost« eine enorme Massenwirksamkeit und begründete den Beginn eines welthistorischen Umbruchs. Dieser führte allerdings nicht zu einem freiheitlichen Sozialismus, sondern zur Eingemeindung in den globalen Kapitalismus und damit zu einer neuen Form gesellschaftlicher Erstarrung. Die Forderung nach neuer Offenheit bleibt also virulent: Glasnost für den Westen ! Für eine Partei wie die PDS bedeutet sie die Chance, sich im Bündnis mit sozialen Bewegungen als linke Alternative zur Allparteienkoalition des Weiter-So zu behaupten. Eine Fixierung auf Regierungsbeteiligung und Mitwirkung an der administrativen Mangelverwaltung (wie in Berlin) dagegen könnte sie vielen Wählerinnen und Wählern als politisch überflüssig erscheinen lassen.

Als die Grünen 1990 bei der ersten Bundestagswahl nach der Wiedervereinigung im Westen unter fünf Prozent blieben und nur aufgrund des Wahlergebnisses von Bündnis 90 in den Bundestag gelangten, prognostizierte ein Beobachter daß der »Ausrutscher« vom 2. Dezember ein Ausrutscher war und die Grünen auf lange Sicht im Parlament bleiben werden. Den Preis dafür haben sie bereits bezahlt. Er bestand darin, daß sie darauf verzichteten, links zu sein. Daraus ist ihnen kein Vorwurf zu machen: »Man kann nicht beides sein: Links und im Bundestag«.

Diese These zu widerlegen, gehört nach dem 22. September – ihren Verbleib im Parlament vorausgesetzt – zu den Aufgaben der neuen PDS Fraktion. Hic Rhodos, hic salta. Mit Vorsatz und Nachdruck.

THOMAS GERLACH

CHRISTINA THÜRMER-ROHR

Die Stummheit der Gewalt und die Zerstörung des Dialogs

Seit den neunziger Jahren hat das Wort *Pluralität* einen Aufforderungscharakter bekommen, den es längst verloren hatte. Die »Vernunft im Plural« ist nicht mehr ohne weiteres mit Relativismus und Beliebigkeit zu verwechseln. Sie ist nicht die irreduzierbare Störung, der zu reparierende Fehler, das peinliche Stigma der Vernunft, sondern die wesentliche Grundbedingung des Zusammenlebens. Die Frage nach ihrem Schutz oder ihrer Zerstörung findet einen exemplarischen Ausdruck im Menschenrechtsdiskurs und zugleich in der kulturellen Krise, in die er geraten ist. Die Behauptung, der *universale* Anspruch der Menschenrechte sei ein im humanen Mantel verkleideter Kulturimperialismus der westlichen Welt, muß sich mit dem Einwand auseinandersetzen, daß die Formulierung der Menschenrechte Ausdruck des Entsetzens über die Vernichtungsmöglichkeiten moderner Staatssysteme und ihrer Anhänger und Komplizen gewesen ist. In letzterem Sinne ist die Menschenrechtserklärung von 1948 weniger ein Ausdruck des Dominanzanspruchs der europäischen Zivilisation als eine Warnung an die Welt, die erfahrene, geduldete, verübte Katastrophe des deutschen Nationalsozialismus nicht zu wiederholen,¹ auch nicht nur zu nationalisieren – Reaktion auf den Genozid, ein Innehalten, eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung der Individuen gegenüber verbrecherischen Staaten, ein Brescheschlagen hinein in den Gehorsam, auf den sie trauen.

Nun ist die Würde der Menschen, auf der die Menschenrechte bestehen, keine natürliche Mitgift. Diese Würde wurde vielmehr in einem historischen Augenblick behauptet und bekräftigt, in dem sich gezeigt hatte, daß so etwas wie Würde gerade nicht mit natürlichen Ausstattungen begründet und nicht wie eine Eigenschaft diagnostiziert werden kann. Und ebenso wie die Würde des Menschen ist auch der *Dialog* kein Besitz. Der Dialog setzt sich den spontanen menschlichen Neigungen mehr entgegen, als daß er sie widerspiegelt. Die »natürlichen« Neigungen sind ausschließend, sie reservieren die Sorge für die Nahestehenden, ein kleines Wir, die sogenannten Anderen bleiben gleichgültig, oft verdächtig, verkannt oder bedrohlich. Die Menschenrechte wie der Dialog sind der systematische Versuch, diesen exklusivem natürlichen Neigungen entgegenzuwirken. Ebenso wie wir die Menschenrechte nur herleiten können aus dem geschichtlichen Wissen um das, was geschehen kann, wenn Menschen keinerlei Schutz mehr voreinander finden, sondern »losgelassen« und zu »nichts-als-Menschen« geworden sind, kann sich der Dialog auf mitgegebene Fähigkeiten verlassen. Menschenrechte wie

Christina Thürmer-Rohr – Jg. 1936; Prof. Dr. phil., Dipl.psych.; Studium der Philosophie und Psychologie. Seit 1972 ordentliche Professorin am Fachbereich Erziehungswissenschaften der TU Berlin. Lehr- und Forschungsschwerpunkte: Frauenarbeit, Frauenbewegungen, Menschenrechte, Dialog. Wichtige Veröffentlichungen: *Die globalisierte Frau* (1998), *Anfreundung mit der Welt – Jenseits des Brüderlichkeitsprinzips*, in: H. Kahlert/ C. Lenz (Hg.): *Die Neubestimmung des Politischen – Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt* (2001).

1 Vgl. Michael Ignatieff: *Die Politik der Menschenrechte*, Hamburg 2002, S. 86.

Dialog sind politische *Entscheidungen*. Im Dialog entscheiden Menschen sich zum Offenlegen eigener Sichten und zur Anerkennung anderer, eine Entscheidung, die sich aus der Erinnerung an den Verlust und die Erfahrung der Abwesenheit solcher Güter speist. Der Dialog ist ebenso wie die Menschenrechte *notwendig*, nicht weil die Menschen heilig, gut und würdig *sind*, sondern weil sie vor Gewalt und Verkenning geschützt werden müssen.

Vom Dialog ist viel die Rede, und daß er dennoch brachliegt, ist den wenigsten bewußt. Meist redet jeder für sich oder für das Publikum, redet, um zu reden, um andere zum Schweigen zu bringen, um eigene Absichten zu verbergen, weiß schon vorher, worauf er hinauswill, verhart auf seinem Ausgangspunkt. »Zwei Monologe ergeben keinen Dialog«.² Wenn aber Pluralität zu einem Schlüsselbegriff des politischen Denkens wird, dann müßte das Konsequenzen haben für die Bedeutung eines dialogischen Denkens, das ans Sprechen Ansprüche stellt. Diese haben mit den üblichen kommunikativen Gleit- und Kampfmitteln wenig zu tun. Der Dialog liegt jenseits des »Geredes«, dient auch nicht allein der Übermittlung von Information. Es handelt sich um eine politische Haltung, die ernst macht mit der Zurückweisung totalisierenden Deutens, kategorisierenden Denkens, egozentrischer Sichten, auch einer Nahraum-Empathie und exklusiven Ethik, die gegenüber den Anderen borniert bleibt. Der Dialog ist das Medium, das der Differenz, der Freiheit der Anderen Raum geben und deren Anerkennung praktizieren will. Die Dialogidee geht von der prinzipiellen Nicht-Assimilierbarkeit des Gegenübers aus, vom Gewicht des *Anderen*, das seine Ausschließung nicht zuläßt,³ durch nichts aus dem Weg zu räumen ist und jeder vorher bestimmbar Bewegungsrichtung im Weg steht⁴. Die herrschenden Zuschreibungen, Definierungs- und Feststellungsversuche werden so selbst zum Mittel der Gewalt. Der *dialogische Charakter der menschlichen Existenz*, von dem dieses Denken ausgeht, läßt die Möglichkeit offen, daß wir Situationen überschreiten und aus dem, wozu wir gemacht worden sind, etwas machen können – im Gespräch *zwischen* Menschen, das auch das dialogische Bewußtsein *in* Menschen braucht.

Weil Gewalt schnell zum Sieg führt, spricht die Gewalt dem Optimismus des Dialogs Hohn. Die Kontroverse Gewalt contra Dialog geht heute zugunsten der Gewalt aus. Die Evidenz ist auf seiten des Krieges⁵. So lesen sich in gegenwärtigen Analysen zur Weltlage als Kriegszustand Sätze wie: »Gewalt ist effektiver als Dialog«⁶, »Nächstenliebe verlangt Gewalt«⁷, »Gewalt lohnt sich«; »Gewalt beginnt, wo der Konsens aufhört«⁸, – wo es ernst wird, hört der Dialog auf. Mit solchen Feststellungen wird der Dialog zur Kosmetik oder zum Symptom der Verlierer. Aber auch mit der Konjunktur des Wortes Dialog wiederholen sich die Enttäuschungen. Wer erwartet, der Dialog müsse als Friedenstaube daherkommen, sieht sich genötigt, wenigstens den Schein des Friedens zwischen harthörigen Gegnern zu wahren, fängt also an, sich zu unterwerfen und so zu tun, als ob alles Gute beim Anderen zu suchen und zu finden sei. So treiben manche Gut- und Christenmenschen mitunter ein naives oder verlogenes Spiel. Sie setzen sich dem Verdacht aus, an eigenen Grundsätzen Verrat zu begehen oder keine zu haben, zumindest keine eigene Po-

2 Norberto Bobbio: Vom Alter – De senectute, Berlin 1997, S. 15 ff.

3 Vgl. Christina Thürmer-Rohr: Neugier und Askese – Vom Siechtum des dialogischen Prinzips, in: Greven, T./Jarasch, O. (Hrsg.), Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen, Frankfurt/M. 1999, S. 61.

4 Vgl. Martin Buber: Die Frage an den Einzelnen, in: Ders., Das dialogische Prinzip, Heidelberg 1962, S. 240.

5 Vgl. Manfred Deselaers: »Und Sie hatten nie Gewissensbisse?« Die Biografie von Rudolf Höß, Kommandant von Auschwitz, Leipzig 2001, S. 304.

6 Mark Terkessidis: Kriegszustände, in: tageszeitung vom 24. September 2001.

7 Gemeinsamer Aufruf amerikanischer Intellektueller zum »gerechten Krieg«, in: Tagesspiegel vom 12. Februar 2002.

8 Interview mit Richard Rorty, in: tageszeitung vom 18. Dezember 2001.

sition zu beziehen aus Angst, im interkulturellen und -religiösen Streit zum Beispiel in die Dominanzvorwürfe gegenüber der westlichen Welt verwickelt, an die christliche Kreuzzuggeschichte erinnert zu werden etc.⁹ Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime hat der französische Philosoph Pascal Bruckner das Problem auf die Formel von der »demokratischen Melancholie« gebracht: Seit alle die Demokratie haben, fange sie an, uns zu langweilen, der ewige Dialog fördere eher Lustlosigkeit als Neugier, er werde zur Zumutung. Man sei gezwungen, die eigenen Überzeugungen abstupfen lassen, ihnen den Biß und die Flügel zu rauben, so wie man Tieren die Klauen und Zähne abfeilt, um sie unschädlich zu machen. »Wir sind versucht, die anderen abzuschreiben, wir ertragen ihre Gegenwart, doch haben wir nichts von ihnen zu lernen ... Die Frage ist nicht mehr, wie man zusammenlebt, sondern wie man sich toleriert.«¹⁰ Wenn darin das Demokratie- und Dialogresumé liegen soll, dann handelt es sich allerdings um Blüten von Mißverständnissen. Der Dialog ist Ausdruck des *Interesses* an Anderen, kein Instrument, das Nicht-Tolerierbare zu tolerieren, er verpflichtet sich nicht, allem und jedem Raum und Gehör zu verschaffen und die eigenen Überzeugungen zugunsten einer kommunikativen Beruhigungs- und Ausgleichsleistung zum Verschwinden zu bringen. Die Unterwerfungsgesten diskreditieren den dialogischen Grundgedanken, denn Unterwerfung bringt weder die eine noch die andere Seite zum Sprechen. Dialog ist keine Friedensregel, kein Konsensinstrument, keine Problemlösungstechnik und Konfliktstrategie, überhaupt kein Mittel zum Zweck, wie die Gewalt eines ist.¹¹

Um die Bedeutung des Dialogischen zu verstehen, kann man sich zunächst auf dem Umweg über dessen Kehrseite annähern: die Gewalt. Hannah Arendt schlug eine Gewaltdefinition vor,¹² die sich vom gängigen, am Strafrecht orientierten Sprachgebrauch unterscheidet, nach dem Gewalt »die zielgerichtete, direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen« meint¹³. In dieser Begriffsbestimmung liegt das Kriterium der Gewalt in ihrem nachweisbaren *Schaden* für ein Opfer. Arendt setzt einen anderen Schwerpunkt, der sich aus ihrer Bestimmung der eigentlich »menschlichen« und im weiteren Sinne politischen Möglichkeiten ergibt, dem *Sprechen und Handeln* zwischen Menschen. Im Fall der Gewalt ist das Sprechen gegenstands- und bedeutungslos, und wenn Worte fallen, werden sie selbst zur Waffe. Gewalt ist an Verständigung, eigene Sprache und Sprache der Anderen nicht gebunden und von der Übereinkunft mit Anderen nicht abhängig. Gewalt kann einer gegen viele ausüben, egal wen, auch gegen viele, die widersprechen und sich widersetzen, sofern dieser eine im Besitz geeigneter Gewaltmittel ist. Mit einem Maschinengewehr kann ein einzelner hunderte von Menschen in Schach halten. Gewalt basiert nicht auf Zustimmung, sie verhandelt nicht, sie nimmt keine Rücksicht auf die Fähigkeit von Menschen, sprechen und denken zu können. Das Sprechen nützt gegen die Gewalt nichts, es bleibt folgenlos. *Gewalt ist stumm.*

Diese Kennzeichnung der Gewalt gibt dem Sprechen und Handeln unter Menschen ihren zentralen Wert zurück. Sie schafft Zugänge zum Sinn des Politischen und rettet einen Politikbegriff, der der Plu-

9 Vgl. Der verlogene Dialog, in: Der Spiegel, Nr. 51/2001, S. 44-56.

10 Pascal Bruckner: Die demokratische Melancholie, Hamburg 1991, S. 170.

11 Vgl. Hannah Arendt: Was ist Politik? Aus dem Nachlaß, München 1993, S. 126.

12 Vgl. Hannah Arendt: Macht und Gewalt, München 1970.

13 Hans Dieter Schwind et al.: Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, Berlin 1990.

14 Vgl. Hannah Arendt: Gedanken zu Lessing – Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten, in: Menschen in finsternen Zeiten, München 1989, S. 41 und 48.

15 Vgl. Hannah Arendt: Vita Activa oder Vom tätigen Leben, München 1981, S. 229.

16 Vgl. Hannah Arendt: Vom Leben des Geistes 2: Das Wollen, München 1989, S. 197.

17 Karl Jaspers: Die maßgebenden Menschen – Sokrates, Buddha, Konfuzius, Jesus, München 1975, S. 10; vgl. auch ebenda, S. 30 ff.

18 Vgl. Peter Sloterdijk: Kritik der zynischen Vernunft. Bd. 1, Frankfurt/M. 1983, S. 44 ff.

19 Vgl. Hannah Arendt: Über die Revolution, München 1974.

ralität Ausdruck gibt und einen *dialogischen* Bezug zur Welt verlangt. Dieser manifestiert sich in einem Sprechen, das kein Befehlen ist und einem Hören, das kein Gehorchen ist.¹⁴ *Das Andere der Gewalt* ist nicht einfach die Gewaltlosigkeit, sondern die *Freiheit*, die der Verständigung unter Menschen vorausgesetzt ist. Damit wird der Dialog allerdings nicht zum schadensfreien Raum. Auch Dialoge können Schäden anrichten, denn Menschen können nie genau vorhersehen, was aus der Freiheit folgt, die sie sich nehmen. Die Folgen sind prinzipiell unvorhersehbar, Schäden nicht vermeidbar. Das Unterscheidungskriterium zwischen Gewalt und Dialog ist in dieser Sicht also nicht in erster Linie der angerichtete *Schaden*, sondern der Grad zwischenmenschlicher *Freiheit*, die zweideutigste aller menschlichen Gaben.¹⁵ Denn sie gerät immer auch an den Abgrund der Freiheit¹⁶, der sich auftut, sobald wir von ihr Gebrauch machen. Pluralität wahrzunehmen braucht ein Anfreunden mit der Welt, das um die Schäden weiß, die wir anrichten können und verantworten müssen, um auch künftig noch mit den Anderen existieren zu können.

Das dialogische Prinzip, das in diesem Denken enthalten ist, verweist auf eine lange und gebrochene Geschichte – einen fast verlorenen Bestandteil der abendländischen Kultur, ein unterbrochenes Erbe. Karl Jaspers beschrieb es emphatisch als ein erregendes, beunruhigendes, bezwingendes Gespräch. Sein Protagonist, Sokrates, der, um klar zu werden, die Menschen brauchte und überzeugt war, daß sie ihn brauchten, wollte »die Arbeit des Suchens in Gang bringen: die Schwierigkeit im scheinbar Selbstverständlichen entdecken, in Verwirrung bringen, zum Denken zwingen, das Suchen lehren, immer wieder fragen und der Antwort nicht ausweichen ... Dieses Denken ist verantwortlich dafür, in sich selbst das Andere zu hören ... Es ist ein Denken, das dem Menschen nicht gestattet, sich zu verschließen ... Dieses Denken schließt auf und fördert die Gefahr in der Offenheit«.¹⁷

Es ist der Glaube an die *eine* Weltanschauung, die *eine* Wahrheit, den *einen* Fortschritt, der die Axt an den Dialog legt. Die europäische Aufklärung hatte, solange sie noch auf der Suche war, alle Hoffnung auf den freien Dialog gesetzt. Die utopische Urszene, die sie in sich trägt, geriet allerdings in Gefahr, sich in ein erkenntnistheoretisches Friedensidyll, eine schöne und akademische Vision¹⁸ zu verwandeln. Der Dialog sollte durch die Kraft des vernünftigen Arguments den freiwilligen *Konsens* herbeiführen und so zu den alle Beteiligten überzeugenden besseren Lösungen führen. Dabei bekamen die Aufklärer es mit dem hartgesottenen Bewußtsein der dialogunwilligen Gegner zu tun. Und unter der Konsenserwartung wurden alle Abweichungen als Verschanzung hinter antiquierten Vorurteilen und verdüstertem Denken gedeutet, das sich gegen die Verallgemeinerbarkeit des Vernünftigen sperrt. Die enttäuschte Hoffnung jedenfalls auf den zwanglosen Beitritt zum gemeinsamen Tisch und überzeugenden Argument und auf die gute Ernte deformierte den Dialog zum taktischen Mittel, zur Strategie des Fortschritts, zum Bewußtseinskrieg, der nicht nur Erkenntnisgewinner, sondern Gewinner und Verlierer in einer erbarmungslosen Vernichtungskonkurrenz hervorbrachte. Der so gescheiterte Dialog schien den Antirealismus der Dialogidee zu bestätigen und neue Gewalt zu rechtfertigen.¹⁹

Wenn man Gewalt am Maßstab der Stummheit mißt, dann geht es in der Gewaltkritik nicht nur darum, überhaupt Schäden zu vermeiden, sondern darum, anders *sprechen* zu lernen. Und wenn Arendt sagt, daß »das wahrhaft menschliche Gespräch ... von der Freude an dem anderen und dem, was er sagt, ganz durchdrungen ist«,²⁰ dann handelt es sich nicht um die sentimentale Verherrlichung zwischenmenschlicher Glanzleistungen, sondern um Erfahrungen, die zum Exempel der Menschlichkeit wurden, gesammelt in den nicht selten finsternen Zeiten und von Menschen, die sich in der Welt bewegten und von der geschichtlichen Zeit berührt waren. Die Erfahrungen der Freiheit des Dialogs sind wie ein »*unsicheres, flackerndes und oft schwaches Licht*«, nicht selbstverständlich und nicht alltäglich wiederholbar – man kann sie nicht verordnen und von sich und anderen nicht dauernd und ununterbrochen erwarten. Dennoch oder gerade deswegen bleibt der Dialog eine Möglichkeit, in der aufscheint, worin das eigentlich Menschliche der Menschen liegt.

Das dialogische Prinzip behauptet, daß das Individuum unterscheidbar von allen anderen ist²¹ und die Stimme jedes Menschen etwas Unverwechselbares mitzuteilen hat²², daß wir außerdem mit einem *erweiterten Denken* unseren beengten Horizont und den Kontext unserer Biographie und Kultur transzendieren und *andere* Sichten nachvollziehen können. Der Dialog verlangt dabei die eigene Positionierung, einen Boden, auf dem man sich vorläufig bewegt. Man kann nicht mit nichts einsteigen. Er braucht das Wagnis, sich als Träger von Meinungen zum Vorschein zu bringen und den Mut, die Person mitsprechen zu lassen.²³ Menschen werden identifizierbar, verlassen die Anonymität, geben Aufschluß über sich. Der Dialog ist angewiesen auf einen pluralen Stoff,²⁴ der sich erst ergibt, wenn unterschiedliche Perspektiven aktiv zum Ausdruck gebracht werden: ein Sprechen, das der Verschiedenheit entspricht und ein Hören, das nicht angleicht, sondern differenziert²⁵. Das Sprechen »realisiert die spezifisch menschliche Pluralität, die darin besteht, daß Wesen von einzigartiger Verschiedenheit sich von Anfang bis Ende immer in einer Umgebung von ihresgleichen befinden«,²⁶ einer Umgebung, in der die Verschiedenen in gleicher Weise auf gegenseitige Erfahrung, Verständigung und Aufnahmeräume angewiesen sind.

Die Bedeutung des Sprechens ergibt sich aus der Tatsache, daß wir erst mit dem Anerkanntwerden durch Andere, ebenso mit der Anerkennung Anderer zu Menschen werden, daß das Verkanntwerden durch Andere ebenso wie die Verkennung Anderer am Menschsein hindert.²⁷ Es gibt keine andere Daseinsform als diese.²⁸ Identität kann nicht solistisch und monologisch erzeugt werden, sondern nur im Austausch mit und der Beherbergung von relevanten oder generalisierten Anderen. Erst über diese konkreten oder imaginierten Gefährten, die vorstellbar, präsent und ansprechbar sind, über angemessene Worte und Handlungen, die Antwort geben, können die lebenswichtigen Güter des Selbstvertrauens und der »Sorge um die Welt« entstehen, außerdem der innere Dialog, genannt *Denken*, moralisch gewendet auch *Gewissen*: die Fähigkeit, vom Gesichtspunkt Anderer her zu sehen und so eigenes Handeln zu beurteilen und in Frage zu stellen. Die äußere und die innere Bevölkerung eines Menschen, die über die Mehrdimensionalität der Person ent-

20 Hannah Arendt: Gedanken zu Lessing..., a. a. O., S. 31.

21 Vgl. Hannah Arendt: Vita Activa..., a. a. O., S. 164 ff.

22 Vgl. Charles Taylor: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt/M. 1997, S. 20.

23 Vgl. Hannah Arendt: Vita Activa..., a. a. O., S. 168.

24 Vgl. Christina Thürmer-Rohr: »Jede Sache hat so viele Seiten, als Menschen an ihr beteiligt sind« – Zur Bedeutung des Dialogs im politischen Denken Hannah Arendts, in: Conradi, E./Plonz, S. (Hrsg.), Tätiges Leben. Pluralität und Arbeit im politischen Denken Hannah Arendts, Bochum 2000, S. 45-66.

25 Im Unterschied zur Empathie.

26 Hannah Arendt: Vita Activa..., a. a. O., S. 167.

27 Vgl. Charles Taylor: Multikulturalismus..., a. a. O.

28 Vgl. Tzvetan Todorov: Das Abenteuer des Zusammenlebens, Berlin 1995, S. 17 und 23 ff.

scheidet, kann im Abenteuer des Zusammenlebens vielleicht zur Chance persönlichen Glücks werden, vor allem aber zur politischen Urteilsfähigkeit, einem Bewußtsein, das mit der knappen Ressource Anerkennung sorgsam umgeht und um das beschädigte Leben weiß, das verweigernte Anerkennung anrichtet.

Kämpfe um Anerkennung dramatisieren dauerhaft das Leben derjenigen, die durch gemeinsame Gewalterfahrungen zusammengebracht sind. Dabei kann der verweigernte Dialog schwerwiegender wirken als das physische Verletztwerden, das Nicht-Angesprochenwerden schmerzhafter als die Erniedrigung.²⁹ Die Geschichte führt vor, welche Folgen die nicht erwiderte Forderung nach Anerkennung hat. Eine dieser Folgen zeigt sich im Pochen auf der *besonderen Eigenart*, der Einzigartigkeit und Ausschließlichkeit des eigenen Leidens. »Eigenart« erscheint nur noch im singulären, unvergleichlichen Opferstatus zusammenfaßbar. Das Insistieren auf der Einzigartigkeit des Leidens begründet rivalisierende Anerkennungsansprüche und Grabenkämpfe, in denen Opfer verschiedenen Ranges konstruiert und die Verbrechen an Anderen verharmlost und neutralisiert werden. Die gesellschaftliche Verkennung fördert ein Identitätsbedürfnis, das den Status des privilegierten Opfers aufsucht, ein Status, der wiederum die Stummheit der Gewalt spiegelt, sofern er nicht berücksichtigen kann, daß es noch andere Opfer gibt.

In der Frage der Anerkennung dokumentiert sich die Gegenwart der Vergangenheit – Helden und Opfer, Konstrukte und Wahrheiten, frühere und heutige Opfer, hiesige und weltweite Opfer, Opfer außergewöhnlicher Ereignisse und Opfer normaler Unterdrückung, Sexismus- und Heterosexismus-Opfer, Opfer der Vertreibungen, Opfer von Genoziden und Ethnoziden, politische und »rassische« Opfer, Opfer durch eigene Handlungen und Opfer ganz ohne Handlungen, prominente und stille Opfer und diese alle wiederum in ihrem Verhältnis untereinander – verschiedenste Opfer, deren Streben nach Anerkennung scheiterte.³⁰ Und im Beiseiteschieben einer Realität, die nicht als bewahrenswert gilt, im Herunterspielen der Erinnerung, in der Nötigung zur Verschleierung oder zur Normalisierung sind die Grenzen zwischen Opfern und Tätern nicht immer trennscharf zu ziehen.

Gewalt verletzt den Anspruch auf eine dialogische Existenz überhaupt, diese höchst verletzte menschliche Grundqualität, die sich im Anspruch auf Anwesenheit und auf Verständigung ausdrückt. Diese Möglichkeit wird mit jedem Akt der Gewalt verweigert oder verworfen. Die Täter zerschlagen sie bei sich selbst wie beim Gegenüber. Sie benehmen sich so, als seien sie ein *Ding* – der Stein, das Messer, die Bombe –, das sich nicht verständigen kann und verständigen muß, weil es kein Mensch ist. Die Gewalttat macht die Opfer zum Ding, und Täter mutieren selbst zum Ding, indem sie die Instrumente auf ihren Weg bringen. »Die Bombe sind wir«, hieß es in den achtziger Jahren, sie ist nicht außerhalb der Menschen, sondern verkörpert sie.

Gewalt definiert sich nicht nur über die einzelnen Gewalttaten und -täter, sondern ebenso über ihren Kontext, ihre Unterstützung und Duldung. Die Komplizenschaft im Gewaltensemble bedeutet nicht nur Zugehörigkeit zum Ensemble der Schadensanrichter, sondern

29 Judith Butler: *Haß spricht – Zur Politik des Performativen*, Berlin 1998, S. 45.

30 Vgl. Jean-Michel Chau-
mont: *Die Konkurrenz der Opfer – Genozid, Identität und Anerkennung*, Lüneburg 2001.

zum Ensemble der Dialogzerstörer. Duldung von Gewalt ist gleichbedeutend mit der Stärkung eines monologischen Prinzips, das die Verweigerung der Anerkennung in die Eingeweide der Gesellschaft einsickern läßt. Die Komplizen sind eingebunden in die Stummheit, indem sie ihren Beitrag zur Löschung der Anderen leisten. Gewalt braucht den abgeschotteten Bewußtseinsraum, und bereits mit dieser Schließung des Bewußtseins wird Gewalt zum Akt des Überflüssigmachens, einer Form der Vernichtung dessen, was Menschen zu Menschen macht. Gewalt ist die Attacke gegen ein zerbrechliches Gut, das mit dem Wort Dialog die Bereitschaft bezeichnet, die Welt mit den Anderen zu teilen.³¹

Die Komplizenschaft im Gewaltensemble zeigt sich in einer Stummheit, die sich wie eine Epidemie addierter Monologe ausbreitet. Deren Niederschläge sind zum Beispiel in fast gleichlautenden Aussagen normaler Männer und Frauen NS-Deutschlands gesammelt, die die Ereignisse auch noch nach mehr als 50 Jahren so erinnern, als gäbe es nur ihre Sicht, die Sicht nicht-verfolgter Deutscher mit ihrer »glücklichen Kindheit«, von der sie gern erzählen. Das Andere ihrer Erfahrung bleibt abwesend, irrelevant, amputiert, auch in der Retrospektive. Gesprochen wird aus *einer* Perspektive, bedürfnislos gegenüber der anderen. Die Gewalt ist nicht nur bei denen, die das gefährliche Werkzeug in der Hand haben, sondern auch bei denen, die den Verschluß des Bewußtseins vor dem Eintritt der anderen Erfahrung zum stillschweigenden Konsens machen. Mit der Stummheit der Gewalt wird den Anderen ihre Entbehrlichkeit dokumentiert. Sie wirkt so auf allen Seiten fort und bringt auch die inneren Gefährten zum Verstummen.

Die Erfahrung verletzter Integrität ist, weil sie eine Erfahrung der Gewalt ist, in der Gefahr, mit erneuten Verstummen Gewalt fortzusetzen. Sie zeigt ihre Virulenz in der Masse historischer Traumata durch Schuld und Leid und den in ihnen festgeschriebenen Singularitätsannahmen – im Moment zum Beispiel im Verhältnis eines Großteils der deutschen Öffentlichkeit zur Politik Israels. Die schnelle Gleichsetzung politischer Israelkritik mit dem Antisemitismus wird zur ritualisierten Formel. Sie spricht nicht mehr und raubt vielen die Sprache. Sie ist stumm und macht stumm. Sie ist stumm, weil sie auf den Antisemitismus wie auf ein Versatzstück zurückgreift. Und sie macht stumm, weil auf deutscher Seite das schlechte Gewissen – Erbe ausgeübter Gewalt – jedem antisemitischen Verdacht zuvorkommen will. Mit solchen Varianten der stummen Gewalt verlieren sich auch die *Sprachen der Macht*. Das sogenannte Andere wird allenfalls noch zum Objekt des eigenen Bewußtseins, aber nicht zum *anderen Bewußtsein*. Um dem Dialog und dialogischen Denken auf den Weg zu helfen, kommen wir weder um die notwendige Positionierung herum noch um das Faktum, daß jede Nicht-Anerkennung hartnäckig und langfristig in der Welt bleibt. Das Dilemma liegt darin, daß einerseits der Dialog die wesentlichste Praxis der Anerkennung ist, andererseits das Nicht-Anerkanntsein die schlechteste Voraussetzung für den Dialog – eine beunruhigende Konsequenz.

Die Stummheit der Gewalt und die Entleerung des Dialogs geht das ganze Opfer-Täter-Spektrum samt ihren Nachkommen an. Das

31 Vgl. Hannah Arendt: Gedanken zu Lessing..., a. a. O., S. 41.

32 Jean-Michel Chau-
mont: Die Konkurrenz der
Opfer..., a. a. O., S. 311.

33 Michael Ignatieff: Die
Politik der Menschenrechte,
a. a. O., S. 108.

dialogische Prinzip braucht die Verabschiedung von den herrschenden Diskursen, die den Opfern bestenfalls die gelegentliche ritualisierte Anteilnahme für das Erlittene zugestehen, ohne zu realisieren, daß wirkliche Wertschätzung erst mit dem Tun beginnt³², dem Versuch, die Dinge so zu benennen, wie sie waren und sind. Der Dialog braucht auch die konsequente Verabschiedung von jenen Opferidentitäten, mit denen die Verwehrung der Anerkennung Anderer legitimiert werden kann. »Die Tatsache, daß es viele Menschen gibt, die dem Schmerz anderer gleichgültig gegenüberstehen, beweist nicht, daß sie kein Gewissen haben, sondern nur, daß dieses Gewissen frei ist«³³: Die eigene Entscheidung kann Weichenstellungen vornehmen. Diese brauchen den Stolz, die Opfererfahrung nicht zum Identitätsmerkmal zu machen und so die Langzeitwirkung der Gewalt nicht zuzulassen.

Jenseits der Selbstgewißheit – alternative Wirtschaftstheorien in Vergangenheit und Gegenwart

Die Neoklassik ist heute – obwohl alle ihre Dogmen längst einschlägig kritisiert wurden und von der Praxis als weitgehend widerlegt gelten können – noch immer die zentrale Theorie der Ökonomie. In Gestalt des wirtschaftspolitischen Neoliberalismus hat die neoklassische Orthodoxie heute sogar eine derartige politisch-praktische Übermacht gewonnen, daß jeder Versuch, sich den Glaubenssätzen dieser ›Heilslehre‹ zu verweigern, als absurd denunziert wird. Die scheinbare Alternativlosigkeit neoliberaler Wirtschaftspolitik geht folglich einher mit dem ›Ende der Geschichte‹ gesellschaftlicher Entwicklung. Deregulierte kapitalistische Marktgesellschaften gelten, trotz ihrer eingestandenermaßen höchst problematischen Folgewirkungen für soziale Beziehungsgeflechte, die globale Verteilung von Entwicklungschancen wie auch natürliche Reproduktionszusammenhänge als endgültig letzte und vollkommenste Gesellschaftsform.

Wider diese alternativlose Selbstgewißheit – darin besteht der Kerngedanke eines Artikelprojekts, das UTOPIE kreativ beginnend mit dem aktuellen Heft in Angriff nehmen will. In diesem Projekt soll es gerade darum gehen, die weltweit in Wirtschaft und Gesellschaft scheinbar ungebrochen wirkenden Denk- und Politikmuster des Neoliberalismus in Frage zu stellen. Das Anliegen dieses Vorhabens ordnet sich ein in den aktuellen Diskurs der verschiedenen anti-neoliberalen Kräfte und Netzwerke über Möglichkeiten und Chancen alternativer Politik, der unter dem Leitgedanken ›Eine andere Welt ist möglich!‹ firmiert.

Unser Ziel ist es, in lockerer Folge weitere Aufsätze zu publizieren. Sie sind der Präsentation und Diskussion von unterschiedlichen Theorieressourcen der Ideengeschichte gewidmet. Es handelt sich um Lehren, die heute für konzeptionelle Alternativen gegen die globale Hegemonie des Neoliberalismus in Frage kommen, anregenden Stoff für den Entwurf ökonomischer Reformalternativen zu seinen Erklärungs- und Handlungsformeln liefern.

Der Fokus der Analyse ist recht breit ausgerichtet. Er umfaßt erstens die zu verschiedensten geschichtlichen Zeiten sowie in unterschiedlichsten Regionen der Welt präsenten Schulen und Großtheorien der Ökonomie. Zweitens wird die Optik auf Problemlehren gelenkt, die sich mit einzelnen Problemlagen und Kategorien der Wirtschaft wie etwa Entwicklung und Unterentwicklung, Gleichgewicht und Ungleichgewicht, Tausch und Geld, Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit, Ökonomie und Geschlechterverhältnisse beschäftigen.

Drittens werden dogmenhistorisch bemerkenswerte Vertreterinnen und Vertreter ökonomischer Theorien mit durchaus divergenten geistigen, sozialen und politischen Profilen näher betrachtet. Sie verdienen Aufmerksamkeit durch ihre jeweiligen theoretischen Innovationen, durch ihr Schulen bildendes Forschungsprogramm und/oder durch ein wissenschaftliche wie politische Spuren hinterlassendes Hauptwerk.

Kurz, der Blick in die (Ideen)Geschichte wie über den europäischen Horizont und das begrenzte Spektrum kanonisierter ›proletarischer‹ politischer Ökonomie hinaus gilt als unverzichtbare Maxime bei der Suche nach attraktiven Angeboten alternativen Denkens.

Der Start in ein solches Unterfangen wäre allerdings unmöglich, ohne sich zunächst der großen Linien des Publikationsprogramms zu versichern und den Stoff selbst einer ersten – mehr einordnenden als wertenden – Sichtung zu unterziehen. Die Initiatoren des Projekts schätzen sich daher glücklich, daß sie Professor Günter Krause für diese anspruchsvolle und für das Vorhaben wegweisende Aufgabe gewinnen konnten. In Verbindung mit dem Einstiegsbeitrag von Günter Krause präsentieren wir zudem einen (ersten) weiteren Beitrag von Hans Georg Draheim zu einem Versuch der post-stalinistischen Neufundierung sozialistischer Wirtschaftstheorie.

STEFFEN FLECHSIG, ARNDT HOPFMANN und DIETER JANKE

GÜNTER KRAUSE

Die Geschichte der ökonomischen Theorien zwischen Mainstream und Alternative

Die Problemlage und relevante Fragen

Der Blick auf das Ende des 20. Jahrhunderts fördert ein fraglos bemerkenswertes Merkmal zutage: Es zeichnet sich durch eine historisch überraschende Reduktion der Vielfalt von Formen gesellschaftlicher Entwicklung aus.

Zunächst vollzogen sich in den achtziger Jahren in den Metropolen des Westens fundamentale strukturelle Veränderungen im Typus des Kapitalismus. Das fordistisch verfaßte, durch Varianten von keynesianischer Wirtschaftslehre geprägte Akkumulationsmodell mit Präferenzen für einen die ökonomischen Konflikte regulierenden Wohlfahrtsstaat wurde schrittweise obsolet. Ein neuer Kapitalismustyp trat an seine Stelle, der primär die Gesellschaft über Markt und Wettbewerb, Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Güter zu konstituieren sucht. Angebotslogik, Freiheit des Kapitalverkehrs, massiver Abbau von erkämpften sozialen Standards sind seine Markenzeichen. Für die geistige Legitimierung dieses Projekts stand und steht insbesondere das gut gefüllte Arsenal des internationalen Neoliberalismus zur Verfügung. Dabei bildet die Neoklassik mit ihren diversen Offerten wie wohlfeilen wirtschaftspolitischen Formeln den theoretischen Kern. Sie repräsentiert damit heute zugleich *den* Mainstream in der Ökonomiezeit.

Zu Beginn der neunziger Jahre kam es schließlich zum Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus mit seinen Formen zentraler Planökonomie. Damit verbunden war eine durchaus nachvollziehbare Abkehr und Diskreditierung von jedweden Sozialismusmodellen, die Ideen von gesellschaftlichem Eigentum und volkswirtschaftlicher Planung sowie von sozialer Gleichheit und Verteilungsgerechtigkeit. Distanz zu den ideengeschichtlichen Quellen, den theoretischen Stammvätern der verschiedenen Sozialismuskonzepte sollte ebenso die Folge sein wie insgesamt eine defensive Position der Vertreterinnen und Vertreter des zeitgenössischen Marxismus.

Auch in den Gesellschaften der ›Dritten Welt‹ vollzogen sich in dieser Zeit gewichtige Veränderungen. Der Abbruch nachholender Entwicklung sollte vielerorts zu einer Tatsache werden – das Ende des Entwicklungsstaates war genauso unübersehbar wie das Ende des realsozialistischen Planungsstaates und des westlichen Wohlfahrtsstaates.

Unter diesen historischen Konstellationen erlangte das Projekt des neoliberalen Kapitalismus die Hegemonie im globalen Maßstab.

Günter Krause – Jg. 1943; Verkehrskaufmann, Prof. Dr. oec., studierte Politische Ökonomie in Leipzig und arbeitet seit 1968 in Lehre und Forschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (O.), am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte (Frankfurt/M.) sowie an verschiedenen ausländischen Universitäten; Arbeitsschwerpunkte: Dogmengeschichte, politische Ökonomie der Transformation, Institutionenökonomie, Geldtheorie, Wirtschaft und Recht; veröffentlichte unter anderem die Monographie »Wirtschaftstheorie in der DDR« (Metropolis Marburg 1998) sowie kürzlich als Mitautor und Herausgeber: »Rechtliche Wirtschaftskontrolle in der Planökonomie. Das Beispiel DDR« (Nomos Baden-Baden 2002).

Offenbar konkurrenzlos, avancierte es in einer Art Alleinvertretung zum Leitbild künftiger Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Von seinen Losungen schien eine Faszination auszugehen. Die Ideen neoklassischer Ökonomie ließen sich dank einflußreicher *Think Tanks* weltweit verbreiten. Ihre Politikrezepte gerieten kraft mächtiger internationaler Finanzinstitutionen wie Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank zu scheinbaren Allheilmitteln für Aufstieg, Transformation und Krisenbewältigung. In Wirklichkeit werden mit ihrer Hilfe vor allem Profitinteressen des US-amerikanischen wie des internationalen Monopolkapitals verwirklicht und kaschiert.

Joseph Stiglitz, Jahrgang 1943; US-amerikanischer Ökonom, Chefvolkswirt und Vizepräsident der Weltbank von 1997-1999; Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften (zusammen mit George Akerlof und Michael Spence) 2001.

Mit dem Begriff ›Washington-Consensus‹ wird eine ordnungspolitische Strategie bezeichnet, welche die (Wieder)Herstellung oder Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Kreditwürdigkeit sowie die marktwirtschaftliche Stabilisierung von (Entwicklungs)Ländern zum Ziel hat. Dies soll mit Hilfe von marktwirtschaftlicher Deregulierung und Privatisierung sowie der Liberalisierung des Außenhandels erreicht werden. Um die angestrebte Erhöhung der internen Spar- und Investitionsrate sowie eine Verbesserung des Investitionsklimas für ausländische Investoren zu sichern, wird die praktische Durchführung derartiger Strategien von IWF und Weltbank mit sogenannten Strukturanpassungsprogrammen, die mit konkreten wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden sind, flankiert.

Glaubwürdiger Zeuge in dieser Sache ist Joseph Stiglitz. Er bemerkt höchst aufschlußreich, daß sich IWF, Weltbank sowie die US-Regierung auf den berühmten ›Washington-Consensus‹ verständigt haben. Ihr neoliberales »Konzept besteht darin, die früher kommunistischen und alle in Finanzkrisen befindlichen Länder dazu zu zwingen, ihre Unternehmen sofort zu privatisieren, die Finanzmärkte zu liberalisieren und die Rolle des Staates in der Wirtschaft soweit wie möglich zu reduzieren« (Stiglitz 2002 a: 23). Sehr deutlich formuliert er an anderer Stelle, daß es bei dieser Strategie »weder auf ökonomische noch auf politische Rationalität ankommt. Entscheidungen wurden gefaßt auf der Grundlage einer sonderbaren Mixtur aus Ideologie und schlechter Ökonomie, eines Dogmas, das manchmal nur hauchdünn eigene Interessen zu verschleiern schien« (Stiglitz 2002 b: 12). Zu der hier besonders interessierenden Frage nach Alternativen erklärt Stiglitz: »Nirgends entdeckte ich fundierte Diskussionen und Analysen der Folgen alternativer Politikansätze. Es gab ein einziges Rezept. Alternative Meinungen waren unerwünscht. Es gab kein Forum für offene, freie Diskussion, ja, sie wurde sogar unterbunden. Ideologische Erwägungen bestimmten die wirtschaftspolitischen Auflagen...« (Stiglitz 2002 b: 12).

Natürlich werden dadurch wichtige Fragen aufgeworfen wie zum Beispiel die, ob zur weltweiten Dominanz des Neoliberalismus überhaupt ernsthafte theoretische wie praktische Alternativen existieren. Wie läßt sich heute gegen dieses scheinbar so stabile neoliberale Kapitalismusprojekt ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, an Umverteilung von oben nach unten, an ökologisch und sozial verträglicher Entwicklung, an Demokratie und Solidarität verwirklichen? Auf welchen Wegen kann gerade das Monopol der herrschenden neoliberalen Eliten auf Legitimität und Gestaltung, auf Vernetzung sowie Interpretation der Vorgänge in Wirtschaft und Gesellschaft aufgebrochen werden? Lassen sich vielleicht in der heutigen Ökonomie Theorieangebote ausmachen, die angesichts der Wirkung und Beharrung der Neoklassik als konkurrierende Forschungsprogramme Aufmerksamkeit verdienen? Inwieweit bietet speziell die Theoriegeschichte einen intellektuellen Fundus bei der Suche nach Reformalternativen? Welche Ideenpotentiale lassen sich für die Kritik der gerade auch im Alltagsbewußtsein recht verbreiteten Dogmen und Legenden des neoklassischen Mainstream finden? Eröffnen sich auf diesem Wege reale Chancen für eine schlüssige Delegitimierung seiner Logik, Methode und wirtschaftspolitischen Handlungsmuster?

Natürlich sind diese und ähnliche Fragen bereits seit einiger Zeit im Diskurs all der Kräfte und Netzwerke präsent, die sich – wie etwa die ATTAC-Bewegung oder jüngst das Zweite Weltsozialforum in Porto Alegre – in scharfer Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis des Neoliberalismus befinden und um eine ökonomisch, politisch und sozial gerechtere Welt ringen. Seit etwa zwei Jahren beginnt beispielsweise auch die *Theorie* der Globalisierungskritik zum Engagement der Globalisierungsgegner in der politischen *Praxis* aufzuschließen. Wurden diese Kräfte lange als »Frühsozialisten und Wanderprediger« beziehungsweise als »naive Vorform einer neuen Internationale« (Peter Glotz) denunziert und pauschal ob ihres Theoriedefizits gescholten, so erlangt die sich weltweit neu gruppierende Bewegung einer linken Systemkritik schrittweise nun schärfere theoretische Konturen. So signalisieren etwa die Arbeiten von Hardt/Negri (2000), Mander/Goldsmith (2001), Klein (2001), Bennholdt-Thomsen et al. (2001) sowie die erste ernsthafte Analyse der Programmatik und Struktur von ATTAC (vgl. Grefe et al. 2002) diese fraglos bemerkenswerte Entwicklung.

Es ist keine Frage, daß seit dem Terror des 11. September 2001 das Denken, vor allem jedoch das Verwirklichen von Alternativen zum neoliberalen Herrschaftsprojekt dringender denn je geworden ist. Gewalt und Terror haben Ursachen. Wenngleich diese Ursachen keinerlei Legitimation der Aktionen wie der Akteure des Terrors liefern, so erhellen sie allerdings, daß aus Strukturen globaler Ungerechtigkeit zweifelsfrei Armut und Unterentwicklung, Elend und Verlust an Zukunftsperspektiven hervorwachsen können.

Der Frage nachgehend, was »haben wir nicht verstanden, dass es zu solchen Attentaten kommen konnte?«, verweist die renommierte US-amerikanische Soziologin Saskia Sassen vor allem auf die »scharfen Kontraste« beziehungsweise »Ungleichgewichte in der ökonomischen Globalisierung« (Sassen 2001: 14). Es sind die strukturellen Verhältnisse der globalen Ungerechtigkeit, die alles andere als einen günstigen Humus für Frieden, Sicherheit und zivile Lösungsformen von Konflikten bilden.

Ungeachtet der sozialen Lage und Herkunft von Gewalttätern, erweisen sich diese Verhältnisse in zahlreichen Ländern der Welt als wirksamer Nähr- und Resonanzboden sowie als Rekrutierungsgrundlage für Terroristen. Sassen macht im übrigen darauf aufmerksam, daß in den Vereinigten Staaten bis »zum 11. September ... als gesichert (galt), dass die ›armen‹ Länder uns unseren Lebensstil und unsere Form von Demokratie neiden« und alle »politischen Diskurse ... darauf ausgerichtet (waren), mit dem freien Unternehmertum das Glück Amerikas über die Welt zu bringen« (Sassen 2001: 14). Hieran wird recht deutlich, wie eng die Begrenzung des Einflusses neoliberaler Ideologie und Politik mit der Frage des Angebots von Alternativen in Theorie und Praxis, von neuen Entwicklungspfaden für Wirtschaft und Gesellschaft verflochten ist. Genau das ist der Punkt, um den es geht!

Mainstream und Alternative

Im Unterschied zu den in der Wissenschaftstheorie fest verankerten und exakt definierten Schlüsselbegriffen »Paradigma« (Kuhn 1962),

ATTAC – Action pour une taxe Tobin d'aade aux citoyens – Aktion für die Einführung einer von dem jüngst verstorbenen US-amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträger James Tobin vorgeschlagenen Steuer auf spekulative Kapitaltransaktionen (Tobin-Steuer).

James Tobin (1918-2002) – US-amerikanischer neoklassischer Ökonom, erhielt 1981 den Nobelpreis, war Wirtschaftsberater von John F. Kennedy; in seinem theoretischen Schaffen befaßte er sich vor allem mit makroökonomischen Untersuchungen zum Verhältnis von Konsum, Investitionen, Beschäftigung und Preisentwicklung speziell aus fiskal- beziehungsweise geldpolitischer Sicht. Um die von spekulativen Devisentransaktionen auf internationalen Finanzmärkten ausgehenden wirtschaftlichen Risiken zu verringern, schlug er 1972 eine Besteuerung kurzfristiger internationaler Kapitalbewegungen vor. Sein Vorschlag wird seitdem immer wieder in verschiedenen Varianten diskutiert, bisher aber nirgends verwirklicht.

»Man spricht von einer Furcht vor der Modernisierung, die seine (des Westens – G. K.) Gegner umtreibt. Diese Fehleinschätzung schafft erst den rhetorischen Raum, in dem Bin Laden agieren kann. Es geht gar nicht um das Hochhalten von alten Traditionen gegen angebliche Modernität. Es geht um Hunger, um die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse« (Sassen 2001: 14).

»Forschungsprogramm« (Lakatos 1978) oder »Schule« (Mair/Miller 1991) sind ›Mainstream‹ und ›Alternative‹ keine präzise bestimmten akademischen Begriffe. Sie finden dennoch in wissenschaftlichen Gemeinschaften und Diskursen eine – vor allem alltagssprachliche – Verwendung.

In der Ökonomiezeitung wird heute von »Modern Mainstream Economics« (vgl. statt anderer Samuelson/Nordhaus 1995; Hickel et al. 2000) sowie »alternativer Ökonomie« (vgl. statt anderer Gubitzer 1993, Kitzmüller/Paul-Horn 1998) gesprochen. Doch auch von »alternativer Wirtschaftswissenschaft« (Heseler et al. 2002) oder einem »Alternative Framework for Economics« (Potts/Nightingale 2001) ist die Rede. Alternatives ökonomisches Denken firmiert teilweise auch unter dem Begriff von »Underground Economics« (Dugger 1992). Im Spektrum der alternativen Bewegung wird der Begriff ›alternative Ökonomie‹ zudem zur Charakteristik eines mittlerweile breit gefächerten experimentellen Sektors selbstverwalteter Unternehmen eingesetzt (vgl. Schindowski 1990).

Bekannt sind weiterhin nationale wie internationale Gruppen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit alternativem wirtschaftstheoretischen wie -politischen Ansatz wie etwa die bundesdeutsche *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, die interdisziplinäre österreichische Forschungsgruppe *Alternative Modellbildung in der Ökonomie* oder die europaweit agierende *Arbeitsgruppe Alternative Economic Policy in Europe*.

Der hier verwandte ›Mainstream‹-Begriff zielt nicht etwa auf eine einzelne Wirtschaftslehre. Vielmehr wird damit ein im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstandener und seitdem sich stetig entwickelnder Komplex von ökonomischen Theorien, Leitbildern und Dogmen der *Neoklassik* bezeichnet. Ferner wird unter *Mainstream* auch die in den staatssozialistischen Gesellschaften etablierte ›marxistisch-leninistische‹ Wirtschaftslehre gefaßt, die insbesondere unter dem verhängnisvollen Einfluß des Wissenschaftsverständnisses von Josef W. Stalin zu einer dogmatisierten *Offizialökonomie* erstarrte. Diese Theorietradition kann heute allerdings als weitgehend delegitimiert und überwunden gelten.

In der Wissenschaftsgeschichte beeindruckte die Neoklassik vor allem durch ein elegant entwickeltes Theoriegebäude, das stark auf innere Logik sowie einen hohen, mittels mathematischer Modellbildung erreichten Grad formaler Perfektion und Brillanz setzt. Neben ihrem fraglos respektablen Beitrag zur mathematischen Formalisierung von ökonomischen Phänomenen und Zusammenhängen wartete die Neoklassik mit besonderen Leistungen bei der Analyse von Märkten, Preisen und Geld, von Entscheidungsvariablen der Wirtschaftssubjekte sowie bei der Ausarbeitung einer Theorie der Wirtschaftssysteme auf.

Ihre paradigmatische Prägung erhielt sie zum einen durch den Rückgriff auf bestimmte Ideen einer Reihe von Theoretikern der freien Konkurrenz, vor allem von Adam Smith, Jean B. Say und Robert T. Malthus. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts beziehungsweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts leisteten dann Vertreter der ›marginalistischen Revolution‹ (Carl Menger, Leon Walras, Vilfredo Pareto, Alfred Marshall) Kärnerarbeit bei der Ausgestaltung

Die Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik* publiziert zum Beispiel jährlich ein in der Öffentlichkeit viel beachtetes Gegengutachten zum Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, das Memorandum.

Adam Smith (1723-1790), schottischer Philosoph und Ökonom; gilt als Vater der Nationalökonomie.

Jean B. Say (1767-1832), französischer Ökonom, Urheber des nach ihm benannten Theorems, wonach sich jedes Angebot eine adäquate Nachfrage schaffe und somit die Märkte tendenziell im Gleichgewicht wären.

Robert T. Malthus (1766-1834), englischer Ökonom und Bevölkerungstheoretiker.

des Lehrsystems. Die späteren Jahrzehnte brachten dann den Ausbau und die Verfeinerung der neoklassischen Ökonomie durch den deutschen ORDO-Liberalismus (Walter Eucken und Franz Böhm), Vertreter der in die USA übergesiedelten »Austrians« (Friedrich A. von Hayek und Ludwig von Mises), die Chicago School of Economics (Frank Knight, Herbert A. Simon, Milton Friedman, George J. Stigler und Gary S. Becker), den Monetarismus sowie die Angebotsökonomie.

Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts unternahmen – nach der Wahrnehmung bestimmter Defizite – insbesondere anglo-amerikanische Ökonominnen und Ökonomen den Versuch, das Profil der Neoklassik weiter zu schärfen, so etwa durch die Entwicklung der *Neuen Klassischen Makro- und Mikroökonomie*. Denn »wie können wir« – so Henri Lepage – »die liberale Gesellschaft und Marktwirtschaft ernsthaft verteidigen, wenn wir uns nach wie vor an Urbildern orientieren, die auf einer Analyse menschlicher und sozialer Phänomene basieren, welche heute von deren Gegnern auf das heftigste bestritten wird?« (Lepage 1979: 11).

Der Ansatz der Neoklassik sollte nicht allein auf bislang unberücksichtigte ökonomische Problemlagen, sondern gerade auch auf *nichtökonomische* Untersuchungsfelder wie Politik, Recht, Familie, Geschichte und Bürokratien ausgedehnt werden. Nach Gary S. Becker, einem führenden Initiator dieser Evolution, befaßte sich die Wirtschaftstheorie zuerst mit der Analyse der Produktion und Konsumtion materieller Güter, widmete sich in einer zweiten Phase der Untersuchung sämtlicher Marktphänomene und wende sich nun in ihrem dritten Stadium der »Gesamtheit der menschlichen Verhaltensweisen und aller damit verbundenen Entscheidungen« (Becker 1977: 19) zu. So werde die Ökonomie »nicht durch den marktmäßigen oder materiellen Charakter des zu behandelnden Problems definiert, sondern sie umfaßt jede Fragestellung, bei der es um Ressourcenverteilung oder Wahl in einer Knappheitssituation« (Becker 1977: 19) gehe.

Produkte dieser Genesis der Neoklassik waren unter anderem die *Theorie der rationalen Erwartungen* sowie die *Neue Institutionelle Ökonomie* mit ihren diversen Ansätzen wie der Theorie der Eigentumsrechte, der Transaktionskosten-Theorie, dem Konzept von einer New Economic History, der Principal-Agent-Theorie oder der Public-Choice-Theorie.

Ungeachtet der Theorievielfalt der neoklassischen Ökonomie gibt es einen »harten Kern«, der allen gemeinsam ist. Er besteht aus einem Set von wirtschaftstheoretischen wie -politischen Grundaussagen, Denk- und Analyseprinzipien sowie methodischen Instrumenten. Hierzu zählen solche Aussagen wie:

- der Nutzen ist (unabhängig von Raum und Zeit beziehungsweise jedweden sozialen Verhältnissen) die zentrale Zielgröße allen Wirtschaftens;
- Markt und das freie Spiel der Preise sind die effizientesten Instrumente der Koordination von Angebot und Nachfrage beziehungsweise der Wirtschaft überhaupt;
- Angebot und Nachfrage werden durch das Selbstinteresse beziehungsweise die nutzenmaximierenden Entscheidungen eines stets

Carl Menger (1840-1921), österreichischer Ökonom; Mitbegründer der »Österreichischen Schule« der Volkswirtschaftslehre.

Leon Walras (1834-1910), französisch-schweizerischer Mathematiker und Ökonom; Begründer der »Lausanner Schule« der Grenznutzentheorie und Hauptvertreter der mathematischen Volkswirtschaftstheorie.

Vilfredo Pareto (1848-1923), italienischer Ökonom und Soziologe; bedeutender Vertreter der »Lausanner Schule«.

Alfred Marshall (1842-1924), englischer neoklassischer Ökonom; Begründer der anglo-amerikanischen Allgemeinen Wirtschaftslehre (Economics).

Walter Eucken (1891-1950), deutscher Nationalökonom, Mitbegründer und Hauptvertreter der »Freiburger Schule« der Volkswirtschaftslehre.

Franz Böhm (1895-1977), deutscher Jurist; führender Theoretiker des Neoliberalismus.

Friedrich A. von Hayek (Jahrgang 1889), orthodoxer liberaler Wirtschaftstheoretiker, Nobelpreisträger des Jahres 1974.

Ludwig von Mises (1881-1973), österreichisch-amerikanischer Ökonom und Soziologe.

Gary S. Becker (Jahrgang 1930), US-amerikanischer Ökonom; Begründer der Theorie vom »Human capital«, Nobelpreisträger des Jahres 1992.

rational handelnden Individuums bestimmt, das vorgeblich über weitgehende Markttransparenz und vollkommene Informationen verfügt;

- das Marktsystem besitzt eine automatisch wirkende, endogene Tendenz zu Gleichgewicht und Stabilität, es sichert neben wirtschaftlicher Dynamik zugleich Verteilungsgerechtigkeit;
- der Staat hat für die freie Tätigkeit der privaten Wirtschaftssubjekte allein die allgemeinen Rahmenbedingungen zu setzen.

Die mit dem Triumph der Neoklassik verbundene Markteuphorie sollte jedoch dazu führen, daß – ungeachtet einzelner Debatten über ›Marktversagen‹ – die *Grenzen* des Marktes beziehungsweise des Marktparadigmas ziemlich aus den Augen gerieten. Der Blick war beziehungsweise ist auf den Markt gerichtet – aber ganz offensichtlich nicht mehr darüber hinaus!

Methodisch leitet die Neoklassik ihre Erkenntnisse über eine Reihe zeitloser Annahmen ab, die vielfach bar jeglicher Verankerung in der Realität und ohne historische, soziale und kulturelle Dimension sind. Mathematische beziehungsweise spieltheoretische Modelle dienen dabei der formalen Verifizierung von Aussagen. Spezielle Bedeutung besitzen der *homo-oeconomicus-Ansatz* (zur Begründung des ›rationalen‹ Verhaltens der Wirtschaftssubjekte), das *Auktionator-Modell* (für die Erklärung der auf Gleichgewichtslagen programmierten Funktionsweise von Märkten), die *ceteris-paribus-Klausel* (zum Ausschluß ›störender‹ Einflüsse bei der ökonomischen Analyse) sowie die *Robinson-Metapher* (für die Betrachtung von Entscheidungssituationen isolierter Wirtschaftssubjekte).

Mit der Durchsetzung des neoklassischen Mainstream vollzog sich eine gravierende Veränderung im Verständnis von Wirtschaftswissenschaft. So wurde die Betrachtungsperspektive eines sich entwickelnden Kapitalismus zugunsten des theoretisch modellierten Gleichgewichtszustandes einer statischen Wirtschaft an sich aufgegeben (vgl. Amin 2001). Der Wechsel im Erkenntnisobjekt war unübersehbar. Widmete sich die klassische politische Ökonomie der Analyse der Gesetzmäßigkeiten von Produktion und Verteilung des bürgerlichen Reichtums auf die einzelnen Klassen und Schichten des Kapitalismus, so orientiert sich die Neoklassik auf die Untersuchung von Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftens schlechthin sowie auf die Erfassung der Gesetzmäßigkeiten eines allgemeinen Gleichgewichts. Die Neoklassik verkörpert heute im hohen Maße Ideologie. Ihre aus dem akademischen Fundus kommenden Bekenntnisse zur Freiheit des wirtschaftenden Individuums, zu den Vorzügen des Marktes sowie zu einer Entstaatlichung und Deregulierung der Wirtschaft dienen heute vor allem der Legitimation einer kapitalfreundlichen, zutiefst sozialreaktionären Wirtschaftspolitik. Vor allem die völlige ökonomische Handlungsfreiheit der ›Global Players‹, die Befreiung von den letzten Schranken eines jeder Kontrolle entzogenen weltweiten Kapitalverkehrs steht im Mittelpunkt. Zudem geht es um den forcierten Abbau der noch vorhandenen Bestände des Sozial- beziehungsweise Wohlfahrtsstaates (vgl. Schui 2000).

Wie steht es nun mit der *alternativen Ökonomie*? Wohl kann es durchaus strittig sein, bei ihr »von einem *neuen* Paradigma« zu sprechen (Gubitzer 1993: 129; Hervorhebung – G. K.). Doch es ist zwei-

Vgl. dazu Michael Fritsch/Thomas Wein/Hans-Jürgen Ewers: Marktversagen und Wirtschaftspolitik, München 1993, rezensiert in UTOPIE kreativ, Heft 49/1994, S. 86 f.

Mit speziellem Blick auf seine neoklassisch inspirierten Kollegen bemerkte bereits vor einiger Zeit der am Massachusetts Institute of Technology lehrende US-amerikanische Ökonom Lester Thurow (Jahrgang 1938) treffend: »Inzwischen ist ›Die Theorie‹ eher eine Ideologie als ein Konzept von Arbeitshypothesen, mit dem man die Mechanismen der realen Wirtschaft verstehen kann.« (Thurow 1984: 16).

felsfrei, daß mit diesem Begriff – wie ein Blick in die Theoriegeschichte zeigt – ein ganz spezifischer Typus ökonomischen Denkens charakterisiert wird. Er zeichnet sich durch große Vielfalt aus, entstand weltweit im Kontext der historischen Genesis unterschiedlicher Stadien und Varianten des Kapitalismus beziehungsweise der Deformationen des Staatssozialismus und artikuliert nachhaltige ökonomische Kritik an der in diesen Gesellschaften vorherrschenden Wirtschaftstheorie und -praxis. Wie ist dieses Denken nun einzuordnen?

Erstens stellt es einen unübersehbaren – eben kritischen – *Reflex* auf konkrete ökonomische, soziale, ökologische und geschlechter-spezifische Konflikte und Disparitäten im Reproduktionsprozeß dieser Gesellschaften dar. Es steht für das Interesse an struktureller Lösung beziehungsweise genereller Aufhebung. Zu Recht schreibt Luise Gubitzer, daß dieser Typ von Denken »eine Veränderung, Zurückdrängung, Redimensionierung, den ›Umbau‹ der Ökonomie an(strebt), um die vorhandenen Probleme zu heben und die Entstehung von weiteren, wenn möglich, zu vermeiden« (Gubitzer 1993: 129).

Zweitens bildet das Moment der auf recht divergierendem Niveau entwickelten *Systemkritik* die zentrale Klammer der einzelnen Formen von alternativer Ökonomie. Dabei münden – wie die Dogmengeschichte klar belegt – Positionen von wirtschaftstheoretischer *Systemkritik* keineswegs zwangsläufig und in jedem Fall in Vorstellungen von einer *Systemüberwindung*.

Drittens ist das alternative Denken stets ein Entwicklungsprodukt der Auseinandersetzung mit den Doktrinen des jeweiligen Mainstream der Wirtschaftstheorie, der gewichtige Widersprüche des realen Kapitalismus wie Sozialismus entweder nicht zur Kenntnis nimmt beziehungsweise erhebliche Schwierigkeiten mit ihrer Analyse und Erklärung hat.

Viertens orientiert dieses Denken auf die Darstellung von Schranken des kapitalistischen beziehungsweise staatssozialistischen Wirtschaftssystems generell wie seiner jeweiligen nationalen, regionalen und weltweiten Existenzform. Dabei werden auf den verschiedensten Ebenen angesiedelte ökonomische Ideen zu Reform, Überwindung und/oder Transformation entwickelt.

Fünftens besitzt die alternative Ökonomie ein heterogenes Profil. Die Ideengeschichte belegt, daß sich hier Postulate des Frühsozialismus, der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und das umfangreiche Compendium der marxistischen Wirtschaftstheorie ebenso finden wie Ansätze nichtmarxistischer Ökonomie.

Wissenschaftlich zeichnet sich die alternative Ökonomie durch eine Reihe von *Innovationen* aus. Diese betreffen verschiedene Gebiete:

- Den Bereich der *Theorie* durch die Eröffnung eines bislang nicht bearbeiteten Untersuchungsfeldes, die Formulierung eines neuen Gegenstandes beziehungsweise Objekts der Erkenntnis, die Bestimmung eines neuen Schwerpunktes bei der Analyse des Reproduktionsprozesses (etwa die Verlagerung von der Produktion auf die Zirkulation, Distribution oder Konsumtion), den Wechsel in der Perspektive der wissenschaftlichen Theorie oder die Einrichtung einer

Die alternative Ökonomie besitzt ein heterogenes Profil. In ihr finden sich Postulate des Frühsozialismus und der Marxschen Kapitalismuskritik ebenso wie Ansätze der nichtmarxistischen Volkswirtschaftstheorie, wirtschaftsdemokratische Ideen und sozial-ethische Vorstellungen.

neuen Theorietradition. Zweifelsfrei verkörperten in diesem Sinne etwa Marx' Kritik der politischen Ökonomie, der in den USA begründete Institutionalismus oder die Wirtschaftslehre von John M. Keynes einschließlich ihrer linken Version innovative Leistungen.

- Den Bereich der *Methode* durch die Ausarbeitung und Anwendung von jeweils bislang in der Theoriegeschichte nicht zur Anwendung gekommenen Instrumentarien. Als Belege hierfür dienen etwa Marx' dialektische Methode, die neue Erkenntnishorizonte eröffnende evolutionär-genetische Methode des Institutionalismus oder die wissenschaftlich durchaus ertragreiche historische Methode des Historismus.

- Den Bereich der wirtschaftlichen *Steuerung* durch die Auswahl beziehungsweise die Fixierung neuer Lenkungs- und Koordinationsapparate in einer Volkswirtschaft sowie eine neue Ausrichtung der Steuerung. Zu erwähnen sind hier etwa Keynes' historisch neues makroökonomisches Steuerungsinstrumentarium mit seinem inhärenten Potential für eine linke Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik oder das Lenkungskonzept der französischen Regulationsschule. Fraglos ist ebenfalls auf die in den Traditionen von Marx und Lenin stehende politische Ökonomie des Sozialismus zu verweisen. Schließlich gelangte mit der Errichtung des Staatssozialismus der Zentralplan als Steuerungsmedium in eine geschichtlich neue Rolle. Damit erlebte auch die ökonomische Theorie neue Herausforderungen. Sie betrafen nicht allein die ideologische Legitimierung eines insgesamt wenig flexiblen Wirtschaftssystems, sondern auch die ernsthafte Analyse und kritische Reflexion seiner Funktionsprinzipien. Daß ökonomisches Denken im Staatssozialismus – ungeachtet von Deformation und Instrumentalisierung – relevante Einsichten entwickelte, es Versuche zu seiner Neuausrichtung gab, belegt *zum einen* das Wirken einer Reihe von Reformökonominen und Reformökonomen, die alternative Konzepte entwickelten (vgl. Wagener 1998). *Zum anderen* sollten gerade die in der Realität mehrfach gescheiterten Bemühungen, auf Dauer eine attraktive Mischung der Lenkungselemente von Markt- und Planökonomie (Konzepte eines Marktsozialismus) zu erreichen, das Wissen zur Theorie und Praxis von Wirtschaftssystemen bereichern.

- Den Bereich von *ausgewählten Wirtschaftssphären* und *ökonomischen Problemlagen* durch nachdrückliche Problematisierung dort wirkender konfliktträchtiger Prozesse sowie prononcierte Thematisierung großer Defizite der jeweils tradierten Wirtschaftstheorie. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die Profilierung des alternativen Denkens im Bereich der *Entwicklungs-, Unterentwicklungs- und Dependenztheorie*, der *Ecological* und *Gender Economics* sowie zu theoretischen und praktischen Fragen nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development) zu verweisen. Der neue Gehalt dieser Ansätze bildete sich gerade unter dem massiven Druck ökonomischer, ökologischer und sozialer Problemlagen in einzelnen Regionen und im globalen Maßstab des heutigen Kapitalismus heraus. Da der Mainstream diese Konflikte zum Teil wissenschaftlich nur ungenügend oder einseitig im Kapitalinteresse ausarbeitete, entstanden für die alternative Ökonomie reale Herausforderungen zur Theorieinnovation.

- Den Bereich des *Gesellschaftssystems* durch den Entwurf von – im Vergleich zum tradierten Kapitalismus und Staatssozialismus – neuen Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Kritik und Bruch mit den tradierten Systemen wird begleitet von Vorschlägen zu neuen Eigentumsstrukturen, Produktions- und Verteilungsverhältnissen, einer veränderten Lenkung der Wirtschaft einschließlich der Neubestimmung der Rolle des Staates sowie zu neuen sozialen Akteuren der Gesellschaft (Klasse, Gruppe, Schicht, Elite, Avantgarde oder Massenbewegung). Beispiele sind hier etwa die Formen des Frühsozialismus sowie die an Marx und Lenin orientierte Wirtschaftstheorie. Sie stellten erstmalig das System der bürgerlichen Wirtschaft und Gesellschaft theoretisch in Frage, konfrontierten es mit Utopien oder Konstrukten von Sozialismus beziehungsweise Kommunismus als Projekte einer historischen Alternative. Zugleich benannten sie auch die Träger oder Adressaten des gesellschaftlichen Umbruchs.

Als Repräsentantinnen und Repräsentanten der alternativen Ökonomie zeigen sich vorzugsweise Intellektuelle beziehungsweise Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft. In durchaus verschiedenen Theorietraditionen aufgewachsen, agieren sie teils mit, teils ohne Bezug zu den Ausgebeuteten, Beherrschten beziehungsweise ökonomisch und sozial unterprivilegierten Gruppen der jeweiligen Gesellschaft. Eine Reihe dieser Ökonominen und Ökonomen verbindet ihre Theorie direkt mit dem Handeln bestimmter sozialer Kräfte.

Historische Theorietraditionen der alternativen Ökonomie

Ein näherer Blick in die Dogmengeschichte fördert zwei wichtige Erkenntnisse zutage. *Erstens* erweist sich die Präsenz alternativer Theorien, die in Opposition stehen zum in einer bestimmten Periode von Kapitalismus und Staatssozialismus herrschenden Typ des Wirtschaftens beziehungsweise ökonomischen Denkens, als eine Normalität. *Zweitens* kann die heutige alternative Ökonomie auf mobilisierungsfähige Ideenressourcen aus dem Bestand der Theoriegeschichte zurückgreifen, die Relevanz für gegenwärtige Debatten und Problemlagen besitzen. Kurz: sie existiert keineswegs voraussetzungslos, verfügt vielmehr über respektable Theorietraditionen. Dabei ist allerdings das kritisch-alternative Profil jeweils recht unterschiedlich entwickelt.

Welches sind nun jene Traditionen ökonomischen Denkens, die in diesem Kontext spezielle Beachtung verdienen? Ausgehend von der oben betonten *Systemkritik* als zentraler Klammer alternativer Ökonomie, sind vier historisch bedeutsame Ideenlinien auszumachen:

Sozialutopien und das ökonomische Gedankengut des Frühsozialismus – dazu zählen die ökonomischen Ideen, die in den Sozialutopien des 16. und 17. Jahrhunderts sowie in den Varianten des Frühsozialismus des 18. und 19. Jahrhunderts entwickelt wurden (vgl. Kool/Krause 1972; Seidel-Höppner/Höppner 1987; Zahn 1984); darunter die sozialutopischen Staatsromane von Thomas Morus (»Utopia«) und Thomas Campanella (»Der Sonnenstaat«). Ausgehend von kritischen Reflexionen zur Rolle des Privateigentums, bieten sie relativ systematisch angelegte, utopischen Charakter

Die Repräsentanten der alternativen Ökonomie sind vorzugsweise Intellektuelle, die in durchaus verschiedenen Theorietraditionen aufgewachsen sind und die ihr Denken auf unterschiedlichste Art und Weise mit dem politischen Handeln bestimmter sozialer Kräfte verbinden.

Vgl. dazu: Richard Saage: Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt 1991 sowie Utopische Profile: Renaissance und Reformation, Bd. 1, Münster 2001.

François Noël Babeuf (1760-1797), französischer utopischer Kommunist.
 Claude Henri de Saint-Simon (1760-1825), französischer Sozialwissenschaftler; kritischer utopischer Sozialist.
 Charles Fourier (1772-1837), Hauptvertreter des französischen utopischen Sozialismus.
 Robert Owen (1771-1858), Begründer des englischen utopischen Sozialismus.

Zu verweisen ist vor allem auch auf das theoretische Schaffen von Frühsozialisten und Anarchisten wie Louis Blanc, Louis Auguste Blanqui, Emile Cabet, Pierre Joseph Proudhon, Michail Bakunin, William Thompson, William Godwin, Thomas Paine, Edward Bellamy, Wilhelm Weitling und Moses Hess sowie von ricardianischen Sozialisten wie Thomas Hodgskin, John Gray und John F. Bray.

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58); Zur Kritik der politischen Ökonomie (1859); Das Kapital. Erster Band (1867); Das Kapital. Zweiter Band (1885); Das Kapital. Dritter Band (1894), letztere beide Bände ergänzt und herausgegeben von Friedrich Engels.

tragende Entwürfe von sozialistisch-kommunistischen Gesellschaften an.

Natürlich gehören in diesen Komplex die wirtschaftstheoretischen Gedanken des besonders in Frankreich und England verbreiteten Frühsozialismus (François Noël Babeuf, Claude Henri de Saint-Simon, Charles Fourier und Robert Owen). Charakteristisch für ihn waren eine stadien-theoretische Behandlung der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, die prinzipielle Kritik an den Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems (Kapitaleigentum, Konkurrenz und Marktkoordination) sowie die ideengeschichtlich bedeutsame Konzipierung einer *nach* dem Kapitalismus folgenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. In ihrem Zentrum standen vor allem genossenschaftliche beziehungsweise gemeinschaftlich-kooperative Strukturen, eine planmäßige Organisation von Produktion und Verteilung sowie ein unter Umgehung des Marktes und auf Grundlage des Arbeitswertprinzips erfolgreicher Austausch.

Die Kritik an ökonomischer Theorie und Praxis des Kapitalismus wie die Debatten über einen künftigen Sozialismus beziehungsweise Kommunismus wurden in Frankreich, England, Rußland, den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland zudem geprägt von Vertretern des in weiteren Formen existenten Frühsozialismus.

Marx' Kritik der politischen Ökonomie als Fundament einer neuen Theorietradition – Marx' Kritik der politischen Ökonomie erwies sich innerhalb der Dogmengeschichte als bedeutende Zäsur. Dieses neue, stark sozialwissenschaftlich angelegte Forschungsprogramm konstituierte nicht allein eine neue Theorietradition, sondern wurde fortan zu einem gewichtigen Fundament beziehungsweise Ausgangspunkt theoretischer Alternativen.

Marx' Projekt rückte die Analyse und Darstellung kausaler, struktureller und funktioneller Zusammenhänge und Gesetze, in denen sich die Beziehungen der Menschen in der gesellschaftlichen Produktion sowie der hiervon determinierten Distribution äußern, in das Zentrum der Theoriebildung (vgl. Thal 1990). Ausgehend von einem historisch-materialistischen Ansatz, verfolgte Marx die Ursachen und Triebkräfte der Wandlungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft sowie die sozialökonomischen Determinanten des ökonomischen Bewußtseins. Er behandelte es als spezifisches, materielles Interesse bestimmter Klassen und Schichten der Gesellschaft. Insofern ist seine Kritik der politischen Ökonomie sowohl eine Kritik der bürgerlichen Produktionsweise als auch der Ideologie der bürgerlichen theoretischen Ökonomie.

Marx verstand sein wissenschaftliches Unternehmen als genuinen Beitrag zur politischen Mobilisierung und welthistorischen Emanzipation des Proletariats. Dies bildet zugleich den Kontext seiner systematisch angelegten, vor allem im Kapital zum Ausdruck kommenden Untersuchungen zu Strukturen und Bewegungsweise, zu Akteuren und zur historischen Perspektive des Kapitalismus. Immanenter Bestandteil von Marx' Kritik der politischen Ökonomie waren zugleich allgemeine Reflexionen über Anlage und Ausrichtung einer dem Kapitalismus folgenden Wirtschaft und Gesellschaft der Zukunft. Damit lagen von nun an wichtige wissenschaftliche Bausteine für das Gebäude einer ›proletarischen‹ politischen Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus vor.

In der Theoriegeschichte entwickelten sich schließlich verschiedene Stränge einer marxistisch inspirierten Wirtschaftswissenschaft. Dazu zählte beispielsweise die politische Ökonomie des Parteikommunismus, die nach 1917 zunächst in der Sowjetunion, später auch im übrigen Staatssozialismus entstand und die Wirtschaftstheorie beherrschte. Mit Lenins Studien über den Imperialismus, seinen Arbeiten zur Entwicklung des Kapitalismus in Rußland sowie mit seinen Gedanken und Vorschlägen zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) sollte schließlich die politische Ökonomie des Kapitalismus erweitert und die Entwicklung einer ökonomischen Theorie des Sozialismus initiiert werden. Dabei wurden im Sowjetrußland der zwanziger Jahre – gerade im Zuge der Installierung des Planungssystems und bei der Industrialisierung – bemerkenswerte Leistungen (unter andern von Grigorij A. Feldman, Wassily Leontief, Nikolai Kondratieff, Alexander Tschajanow und Nikolai Bucharin) erbracht. Mit der Anfang der dreißiger Jahre einsetzenden Verschärfung des Kampfes um die Ausrichtung der ökonomischen Politik beim weiteren Aufbau des Kommunismus sowie mit dem endgültigen Triumph des Stalinismus in der KPdSU, in Wirtschaft und Gesellschaft geriet die Wirtschaftstheorie unter das Machtdiktat und Herrschaftsmonopol der Partei. Infolge dieser Instrumentalisierung wurden Deformation und Verfall zur vorherrschenden Tendenz weiterer Theoriegenese. In der Folgezeit nahm die politische Ökonomie des Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion wie im gesamten Staatssozialismus den Charakter einer Offizialökonomie an. Ungeachtet dessen gelangten Ökonominen und Ökonomen dieses Stranges marxistischer Theorie (etwa Leonid Kantorovich, Eugen Varga, János Kornai, Oskar Lange und Fritz Behrens) zu wissenschaftlich bedeutsamen Einsichten.

Die Ende des 19. Jahrhunderts in der internationalen Arbeiterbewegung entstandene Spaltung in politischer wie die Differenzierung des Marxismus in theoretischer Hinsicht (Reformismus- und Revisionismus-Debatte) blieb nicht ohne Folgen für die theoretische Ökonomie. Angesichts erheblicher Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft des Kapitalismus, in der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen kam es zum Streit um die Aktualität von Marx, die Theorie des Klassenkampfes, die ›Zusammenbruchstheorie‹ sowie um Ziele, Aufgaben und Wege zum Sozialismus. Im Ergebnis dessen gelangte unter anderen der Austro-Marxismus (Max Adler, Otto Bauer, Karl Renner und Rudolf Hilferding) zu Einfluß. Speziell Hilferding – als sein theoretischer Kopf – steuerte wichtige Erkenntnisse zur Theorie und Kritik des modernen Kapitalismus bei.

In kritischer Distanz zu diesem Marxismus-Strang, mit einem klaren Bekenntnis zum Erbe von Marx, der Revolution und dem unabänderlichen Zusammenbruch des Kapitalismus argumentierte der tradierte Marxismus um Karl Kautsky und Rosa Luxemburg. Dabei erwies sich speziell Luxemburgs ökonomische Imperialismusanalyse als gewichtiger Beitrag zur radikalen Kritik des neuen Stadiums des Kapitalismus sowie zum weiteren Ausbau der Kapitalismustheorie. Immerhin kam Joseph Schumpeter zu dem bemerkenswerten Urteil, die marxistische Wirtschaftstheorie »entwickelt sich ruhig und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ihre führenden Vertreter mit

Grigorij A. Feldman (1884-1958), sowjetrussischer Wirtschaftstheoretiker.
Wassily Leontief (1906-1999), US-amerikanischer Ökonom und Ökonometriker russischer Herkunft; Nobelpreis 1973 für die Entwicklung der input-output-Analyse.

Nikolai D. Kondratieff (1892-1938), sowjetrussischer Ökonom und Konjunkturforscher. Begründer der Theorie der »Langen Wellen«, einer der Architekten des ersten sowjetischen Fünfjahrplans.

Alexander W. Tschajanow (1870-1937), sowjetrussischer Ökonom und Agrartheoretiker.

Nikolai Bucharin (1888-1938), bedeutender sowjetrussischer Gesellschaftswissenschaftler und Ökonom.

Leonid Kantorovich (1912-1986), sowjetischer Mathematiker und Ökonom; Nobelpreis 1975.

Eugen Varga (1879-1964), ungarischer Politökonom, emigrierte 1920 in die Sowjetunion.

János Kornai (Jahrgang 1928), ungarischer Ökonom, lebt seit 1968 abwechselnd in Ungarn, Westeuropa und den USA.

Oskar Lange (1904-1965), polnischer Ökonom und Statistiker.

Fritz Behrens (1909-1980), deutscher Volkswirt, Statistiker und Theorienhistoriker; lebte seit 1945 in der SBZ bzw. DDR.

Max Adler (1873-1937), österreichischer Philosoph und Politiker, führender Vertreter des Austromarxismus, edierte seit 1904 gemeinsam mit Rudolf Hilferding die Zeitschrift »Marx-Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus«.

Otto Bauer (1881-1938), österreichischer Publizist und Politiker; einflussreicher Aktivist der II. Internationale, führender Vertreter des Austro-Marxismus.

Karl Renner (1870-1950), österreichischer Jurist und sozialdemokratischer Politiker; Vertreter des Austro-Marxismus.

Rudolf Hilferding (1877-1941), deutscher sozialdemokratischer Gesellschaftstheoretiker und Politiker.

Karl Kautsky (1854-1938), deutscher sozialdemokratischer Historiker, Ökonom und Publizist.

Rosa Luxemburg (1871-1919), Theoretikerin, Publizistin und revolutionäre Führerin der polnischen und deutschen Arbeiterbewegung; Mitbegründerin der KPD.

Zur »westlichen« marxistischen Wirtschaftstheorie gehören Ökonomen wie Maurice Dobb, Ernest Mandel, Paul Baran, Paul Sweezy, David Gordon, Paul Boccara, John Roemer, Michio Morishima, Charles Bettelheim, Ian Steedman, John Gurley, Anwar Sheik und Elmar Altvater.

Prominente Vertreter des nichtmarxistischen Sozialismus waren etwa Henry George, Karl Rodbertus, Lorenz von Stein, Adolph Wagner, Albert Schäffle, Victor Aimé Huber, Hermann Schultze-Delitzsch, Friedrich W. Raiffeisen, Franz Oppen-

den Aufgaben täglicher Parteipolitik überlastet sind, nicht unbefriedigend weiter« (1927: 20).

Vor dem Hintergrund des politischen und theoretischen Streits in der internationalen Arbeiterbewegung sowie des Kampfes um Wege und Methoden beim Aufbau des Kommunismus kam es auch in Rußland beziehungsweise später in Sowjetrußland zu verschiedenartiger Interpretation und Anwendung des Marxismus (zum Beispiel »legaler Marxismus«, Lenins Konzept, der Ansatz von Trotzki und Preobraschenski). In diesen Kontext gehört ebenfalls, daß die Geschichte dieses Stranges marxistischer Theorie auch Ökonominnen und Ökonomen kennt, die aus dem Gehäuse kommunistischer Parteihörigkeit ausbrachen, auf die Pluralität des marxistischen Forschungsprogramms setzten und Anregungen anderer Theorietraditionen produktiv aufnahmen.

Die in den westlichen Gesellschaften präsente marxistische Wirtschaftstheorie stellt einen weiteren Entwicklungsstrang marxistischer Ökonomie dar. Vorrangig außerhalb der engen Grenzen kommunistischen Parteidenkens existent, zum Teil auch relativ fest im akademisch-institutionellen Milieu und in theoretischen Diskursen verankert, tritt sie in recht vielfältiger Erscheinungsform auf. Ökonominnen und Ökonomen dieses Stranges haben gehaltvolle Beiträge zur Analyse und Kritik des Kapitalismus geliefert und partiell auch über eine sozialistische Wirtschaftsordnung reflektiert.

Wirtschaftstheorien des nichtmarxistischen Sozialismus – Innerhalb der Ideengeschichte finden sich auch ökonomische Vorstellungen von Sozialismus, die unübersehbar bestimmt sind von Distanz zu dem mit Marx und seinen Anhängern verbundenen Sozialismuskonzept in theoretischer und dem Staatssozialismus in praktischer Hinsicht.

Sie sind *einerseits* geprägt von der Kritik der ökonomisch und sozial polarisierenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den Zweigen der Volkswirtschaft sowie der Analyse der miserablen Lage der Arbeiterschaft und anderer ökonomischer Akteure wie etwa einfache Warenproduzenten, Kleinunternehmer, Gewerbetreibende und weite Teile der Bauernschaft. *Andererseits* geben diese Theorien oft Begründungen für die Nationalisierung von Grund und Boden, die Verstaatlichung von Industrie, Handel und Banken sowie für die Notwendigkeit neuer Prinzipien des Tausches und der Verteilung von Einkommen. Häufig wurde die Alternative in der Verwirklichung von Genossenschaftsgedanken, der Einrichtung von Kooperativen, einer starken Bewegung für Bodenreformen oder einer vom Staat umfassend angelegten Sozialreform gesehen.

Der nichtmarxistische Sozialismus entwickelt sich seit dem 19. Jahrhundert in Europa und den Vereinigten Staaten in verschiedener Form. So gelangten seine ökonomischen Konzepte zum Beispiel im Rahmen des Agrar-, Staats-, Katheder- und Genossenschaftssozialismus sowie des christlichen, liberalen und bäuerlichen Sozialismus zur Wirkung.

Zudem entwickelten sich im 20. Jahrhundert – meist im Kontext des Kampfes um nationale und soziale Befreiung – in Ländern Afrikas, Asiens sowie teilweise auch Mittel- und Lateinamerikas ebenfalls nichtmarxistische Sozialismuskonzepte. Diese häufig mit viel

nationalem Kolorit behafteten Entwürfe einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beinhaltet unterschiedliche Quellen. Ihre Vertreter – oft Intellektuelle und führende Repräsentanten sozialer und politischer Gruppen, Parteien und Bewegungen mit nationaler wie auch internationaler Sozialisation – mixten Ideengut religiöser, ethnischer sowie regionaler und westlicher Herkunft. Häufig wurde dieses dann noch mit einem speziellen Avantgarde-Denken, radikalen Utopien und dem geistig-politischen Erbe von großen nationalen Heroen (zum Beispiel Simon Bolivar, José Martí, Tupac-Amaro, Augusto Sandino, Léopold Sédar Senghor oder Kwame Nkrumah) aufgeladen.

Nichtmarxistische Theorien mit kritisch-alternativem Profil und Potential – Zu dieser für die heutige alternative Ökonomie relevanten Theorietradition gehören vor allem Institutionalismus, Linkskeynesianismus und die Regulationsschule, die – bei allem Wissen um die Problematik dieser Wertung – jeweils für ein vergleichsweise relativ geschlossenes Denksystem stehen.

Der von Thorstein B. Veblen, Wesley C. Mitchell und John R. Commons Ende des 19. beziehungsweise Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte, heute weiterhin präzente *Institutionalism* erwies sich nicht allein als gewichtiger Beitrag zur Herausbildung der evolutionären Ökonomie und der Verankerung eines neuen Paradigmas in der Wirtschaftstheorie (vgl. Reuter 1994). Speziell mit der dezidierten Thematisierung der institutionellen Gegebenheiten des Wirtschaftens erschloß er Theorie und Forschung einen neuen Bereich. Diesen nahm die Neoklassik lange Zeit nicht zur Kenntnis beziehungsweise verbannte dessen Objekte in den nicht weiter zu untersuchenden ›Datenkranz‹ einer Volkswirtschaft. Bemerkenswert ist das institutionalistische Verständnis der Wirtschaft als dynamischer, sich in Raum und Zeit sukzessive verändernder sozialer Organismus. Große Aufmerksamkeit widmet der Institutionalismus der systematischen Aufbereitung der mit der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus verbundenen Modifikationen in Ökonomie, Politik, Ideologie, Recht, Technik und Kultur. Dabei erfährt die durch die Neoklassik so hervorgehobene steuernde Rolle des Marktes eine kritische Bewertung, wobei gerade die inneren Schranken der Marktkoordination aufgedeckt werden.

Das von Keynes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begründete Lehrsystem eröffnete eine neue Traditionslinie innerhalb der theoretischen Ökonomie. Angesichts der großen Krise von 1929/32 widerlegte es überzeugend das von der neoklassischen Lehre gepflegte Saysche Realisierungstheorem. Danach könnten Marktökonomien gesamtwirtschaftlich nicht aus dem Gleichgewicht geraten. Keynes' Ansatz, der insbesondere mit der Aufdeckung einer permanenten Nachfragerücke ihre *gesetzmäßige* Instabilität ins Visier nahm und sie über verstärkte Wirtschaftsaktivitäten des Staates zu beheben suchte, legte nicht allein die Fundamente für eine staatliche Steuerung der Makroökonomie. Er bereitete damit auch den Boden für die Entwicklung der *Welfare Economics*.

Keynes' System erfuhr schließlich eine ›linke‹ Auslegung. Dieser *Linkskeynesianismus*, der eng mit Joan Robinson, Michał Kalecki, Gunnar Myrdal, Lawrence Klein oder Robert Heilbroner verbunden

heimer, Gustav von Schmoller, Lujo Brentano, Karl Bücher, Werner Sombart, Adolf Damaschke, Charles Gide und Alexander Tschajanow.

Thorstein B. Veblen (1857-1929), US-amerikanischer Ökonom und Soziologe; Begründer des Institutionalismus.

Wesley C. Mitchell (1875-1948) und John R. Commons (1862-1945), US-amerikanische Ökonomen; Vertreter des Institutionalismus.

John Maynard Keynes (1883-1946), bedeutender englischer Wirtschaftstheoretiker, sein wissenschaftliches Forschungsprogramm verkörpert eine grundlegende Theorieinnovation in der Volkswirtschaftslehre (›Keynesische Revolution‹).

Joan V. Robinson (1903-1983), englische linkskeynesianische Ökonomin.

Michał Kalecki (1899-1970), polnischer Ökonom und Statistiker.

Gunnar K. Myrdal (1898-1987), schwedischer Ökonom; Nobelpreis im Jahre 1974 (zusammen mit Friedrich A. v. Hayek).

Lawrence R. Klein (1920-1980), US-amerikanischer Ökonom und Ökonometriker, Nobelpreisträger im Jahre 1980.

Robert L. Heilbroner (Jahrgang 1919), US-amerikanischer Ökonom; Repräsentant der radikalen politischen Ökonomie.

ist, orientiert das ökonomische Denken wie die Wirtschaftspolitik auf die Schließung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragerücke über eine nachhaltige Stärkung der Massenkaufkraft (etwa via Steuersenkungspolitik). Zudem plädiert er nachdrücklich für im Interesse der sozialen Wohlfahrt liegende staatliche Investitionen beziehungsweise für eine staatliche Förderung derart ausgerichteter privater Investitionstätigkeit.

Von Gewicht ist auch das Erkenntnis- und Forschungspotential der seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts aktiven *französischen Regulationsschule* um Robert Boyer, Michel Aglietta und Alain Lipietz, bei der zugleich Einflüsse des Strukturalismus und partiell auch marxistischer Theorie erkennbar sind (vgl. Hübner 1989). Insbesondere der Versuch, den Begriff der ökonomischen und sozialen Regulation im Kontext der Genesis der Strukturen und Formen des Kapitalismus wesentlich zu erweitern, ihn mit zentralen Aussagen der Theorie der Selbstregulation aufzufüllen, gilt als ein fruchtbarer Ansatz. Er ist gerade für Diskurse über die Funktionsweise von hoch komplexen Wirtschaften und Gesellschaften, die Möglichkeiten ihrer ausgewogenen Steuerung von Relevanz.

Weiterhin existiert seit geraumer Zeit ein ökonomisches Denken, das in unterschiedlicher Ausdrucksform – etwa in speziellen Theorien und Konzepten, Denk- und Glaubenssystemen, in wirtschaftspolitischen Empfehlungen oder Zustandsberichten – kritische Positionen zu Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft und Entwicklungslogik des globalen Kapitalismus vertritt und alternative Handlungsoptionen vorstellt. In dieses Spektrum gehören etwa die Ideen der Ökonomen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*. An linkskeynesianischer wie marxistischer Ökonomie orientiert, legen sie seit 1975 jährlich *Memoranden* zu den Kernproblemen der aktuellen Wirtschaftslage sowie den Empfehlungen der ›Fünf Weisen‹ vor. Diese Memoranden enthalten neben der kritischen Bilanz beziehungsweise kritischen Kommentaren zugleich Angebote für eine alternative Wirtschaftspolitik.

Zu dem hier angesprochenen Kreis ökonomischen Denkens rechnen natürlich auch diverse Ansätze der Entwicklungs-, Unterentwicklungs- und Dependenztheorie, die Berichte des *Club of Rome* oder der *Brundland-Kommission* sowie die Konzepte von *Sustainable Development*.

Ebenfalls sind hier ökonomische Auffassungen der Befreiungstheologie beziehungsweise mit ihr verbundener Theoretiker (Franz J. Hinkelammert), der christlichen Soziallehren wie etwa dem in der Tradition von Oswald von Nell-Breuning stehenden Vertreter der katholischen Soziallehre Friedhelm Hengsbach, die von Ulrich Duchow entwickelten Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft und der 1994 im Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen entstandene Text *Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland* zu nennen.

Theoriegeschichtliche Reminiszenzen

Hält die Geschichte der Wirtschaftstheorien irgendwelche ›Lehren‹ beziehungsweise relevanten Erkenntnisse für die alternative Ökonomie, ihre Ausrichtung und weitere Genesis bereit? Lassen sich aus

Prominente Vertreter der Entwicklungs-, Unterentwicklungs- und Dependenztheorie aus der ›Dritten Welt‹ sind unter anderem Raúl Prebisch, Osvaldo Sunkel, Fernando Henrique Cardoso, Thomas dos Santos, Celsio Furtado, Samir Amin, Arghiri Emmanuel, Pablo Gonzalez Casanova, André Gunder Frank und Ruy M. Marini.

der Vielzahl der Strömungen und Prozesse bestimmte allgemeingültige Züge filtern? Eine allseits befriedigende Antwort auf diese Frage fällt auch bei näherer Beschäftigung mit der Materie nicht leicht. Doch ich bin der Auffassung, daß sich – ohne jedweden Anspruch auf Vollständigkeit – einige Erkenntnisse gewinnen lassen.

Die *erste* Erkenntnis berührt die Entstehung von alternativen Wirtschaftstheorien. Verlauf und Beispiele der Theoriegeschichte belegen, daß in einer Gesellschaft erst dann verstärkt und ernsthaft nach Alternativen im ökonomischen Denken, in den wirtschaftspolitischen Konzepten gefragt wird, wenn sich in den sozialen Strukturen, der ökonomischen Ausbeutungs- beziehungsweise Herrschaftsweise sowie in den natürlichen Existenzbedingungen wesentliche Veränderungen und Zuspitzungen vollziehen. Vor allem bei spürbar wachsender Destruktion bislang stabiler Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft, in Umwelt und Sozialstruktur, in der nationalen wie internationalen Verteilung von Arbeit und Reichtum sowie einer sukzessiv abnehmenden Bindungskraft der von Mainstream oder Offizialökonomie gelieferten Rezepte, kommt es zur Suche nach neuen Erklärungs- und Handlungsansätzen. Der lauter werdende Ruf nach neuen Koordinaten, Instrumenten und Perspektiven in Wirtschaft und Wirtschaftstheorie befördert dann die Ausbildung und Rezeption alternativer Ideen und Konzepte. Beispiele jüngerer Datums hierfür sind etwa die Aktivitäten und Berichte des *Club of Rome*, der Aufstieg und die Ausbreitung der *Ecological* wie der *Gender Economics*, die Entstehung von *Unterentwicklungs-* und *Dependenztheorien* sowie die Ausarbeitung von *Nachhaltigkeitskonzepten*.

Die *zweite* Erkenntnis betrifft den ›Stoff‹, den bevorzugten *Gegenstand* alternativer Ökonomie. Bemerkenswert ist, daß es bei aller unterschiedlicher Diktion *immer wieder* um eine Reihe relativ stabil bleibender Problemlagen und Fragen geht. Diese betreffen vor allem die allgemeinen Ziele und Triebkräfte jeglichen Wirtschaftens, die vielgestaltige Eigentumsfrage, die Stellung von Markt, Geld und Plan, also die Art und Weise wirtschaftlicher wie sozialer Regulation, die historische Rolle der Warenproduktion, das Thema von Verteilung und Gerechtigkeit, die Stellung und Funktion der Klassen und sozialen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft, den Umgang mit den Ressourcen der Natur, die Hierarchien in der Wirtschaft beziehungsweise im Arbeitsprozeß, die Produktions- und Lebensweise sowie die Rolle des Staates.

Die *dritte* Erkenntnis bezieht sich auf die praktische *Umsetzung* alternativer Vorstellungen. Positive wie negative Beispiele der Theoriegeschichte zeigen, daß dieses erfolgreiche Umsetzen wesentlich an die Existenz und das Agieren von starken sozialen Kräften und Bewegungen mit ernsthaftem emanzipatorischen Anspruch gebunden ist. Nur wenn diese fähig und bereit sind, für alternatives ökonomisches Denken und Wirtschaften auch wirklich funktionierende Organisationen, Netzwerke und Diskurse einzurichten, besteht Aussicht auf dauerhaften Erfolg eines Projekts. So sind beispielsweise die weltweite Ausbreitung der *Ecological Economics* innerhalb der akademischen Ökonomie, das große Interesse an den Theorieansätzen von Nicholas Georgescu-Roegen, Herman Daly, Fred Hirsch oder Robert Constanza sowie die politischen Versuche zur nationa-

Der US-amerikanische Ökonom Benjamin Ward bemerkte zur Systemlogik der Zukunft treffend: »Die Tyrannei des ›ökonomisch Korrekten‹ kann nicht ohne einen Blick auf das Universitätsystem verstanden werden, in dem, trotz eines gewissen scheinbaren Pluralismus, jede Fachrichtung im allgemeinen von einem monolithischen ›Zentrum‹ beherrscht wird. An der Spitze eines solchen Zentrums findet man etwa ein Dutzend Institute von Rang, deren Professoren auf Grund ihres Bekanntheitsgrades und durch Oberaufsicht über Stiftungen, Fachzeitschriften und Universitätsverlage die Debatte und den beruflichen Werdegang der Fachkollegen kontrollieren. Dieses inestuöse Universum betrachtet die Außenwelt als inkompetent und wenig wissenschaftlich« (Ward 1995: 69).

Der britische Ökonom Anthony Brewer schrieb mit Blick auf Marx' Stellung in der Ideengeschichte beziehungsweise seinen Beitrag zum Theoriefortschritt, also exemplarisch für die alternative Ökonomie: »The criteria by which Marx' work should be judged are the same as those would be used to assess any other economist. First, his contribution to economics must be judged by the novelty and usefulness of what he had to say about economic, defined as it normally... Second, his theories must be judged by their capacity to explain observable phenomena... Third, he must be judged by his causal explanations of observable phenomena.« (Brewer 1995: 114)

len, regionalen oder globalen Realisierung von *Sustainable Development* nicht ohne Existenz und Druck von breiten grün-alternativen Bewegungen zu erklären. Die verschiedenen Theorieansätze und Wirtschaftsprojekte des Frühsozialismus scheiterten unter anderem wiederum deshalb, weil sie zwar auf sozialem beziehungsweise ethischem Engagement einiger aufgeklärter Bürger beruhten, doch noch keinen breiten Rückhalt bei starken gesellschaftlichen Kräften fanden.

Die vierte Erkenntnis zielt auf die *Funktionsweise* der institutionellen akademischen Ökonomie. Zwei Aspekte verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit. *Zum einen* ist die Kompetenz des alternativen ökonomischen Denkens in den Sphären der Axiomatik (zum Beispiel in bezug auf Leitbilder und Formeln des Mainstream; Stichwort: homo-oeconomicus-Ansatz), der Semantik (zum Beispiel in bezug auf die Erweiterung beziehungsweise Neufassung der Bedeutung ökonomischer Begriffe und Kategorien wie etwa Arbeit, Wachstum, Entwicklung, Bedürfnis und Bedarf) sowie der Systemlogik der Zukunft (zum Beispiel in bezug der Infragestellung ›klassischer‹ Organisationen, Strukturen und Reproduktionsmechanismen des Mainstream, Entwicklung von akademischen ›Gegenwelten‹) gefordert. *Zum anderen* hat sich die alternative Ökonomie im Rahmen des innerwissenschaftlichen Diskurses – ungeachtet der durch den Mainstream diktierten Herrschaftsnormen – den gemeinhin gültigen Prinzipien der Evaluation zu stellen.

Natürlich ist nicht zu übersehen, daß gerade mit sozialen Emanzipationsbewegungen eng verbundene Theoretiker in vielen Fällen ihre ökonomischen Ideen nicht gemäß den Standards der akademischen Wissenschaft entwerfen. Ihre alternativen Argumentationen orientieren sich nicht stets und ständig an den tradierten Normen der Schulökonomie, der Logik ökonomischer Lehre und Forschung, wiewohl es auch dafür Beispiele gibt (so etwa die US-amerikanischen *Radical Economics*).

Zeichen einer Trendwende in der Wirtschaftstheorie?

Die theoretische Opposition wider den Mainstream gehört seit langem zur Geschichte der Wirtschaftstheorien. *Institutionalismus* und *Keynesianismus* stehen ebenso für diesen Fakt wie zahlreiche Werke der an Marx' *Kritik der politischen Ökonomie* oder den *Radical Economics* orientierten Wirtschaftslehre.

Beispielsweise zählt Veblens prinzipielle Kritik der Neoklassik, Robinsons scharfe Analyse ihres Ideologiegehalts (1974), Kaldors brillante Auseinandersetzung mit dem *Monetarismus* (1982), Arndts Polemik mit Annahmen und methodischen Instrumentarien der *neoklassischen Ökonomie* (1979), Mandels *Untersuchung der ökonomischen Ideologie und Praxis des Spätkapitalismus* (1972) oder die von Bowles et al. (1983) verfaßte Studie zum Einfluß der neoklassischen Ökonomie auf Wirtschaft und Gesellschaft der USA zu den Standardwerken dieses oppositionellen Denkens.

Doch seit einiger Zeit – etwa Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre beginnend, sich dann zum Ende der neunziger Jahre, dem Beginn des 21. Jahrhunderts verstärkend – können höchst bemerkenswerte Phänomene in der Wirtschaftstheorie beobachtet werden.

Wenngleich übertriebene Erwartungen fehl am Platze sind, so gibt es doch Zeichen einer möglichen Trendwende im ökonomischen Denken. Immerhin wird jetzt – zehn Jahre, nachdem die beiden US-amerikanischen Konservativen Daniel Bell und Irvin Kristol das Problem der *Crisis in Economic Theory* (1981) noch mit einem mehr provokativen Impetus aufwarfen – recht massiv die Frage nach einer »Grundlagenkrise der neoklassischen Theorie« (Ötsch 1991: 642; Hervorhebung – G. K.) gestellt.

Wenig später charakterisiert der Augsburger Volkswirt Horst Hanusch, Generalsekretär der renommierten *International Joseph A. Schumpeter Society*, die Lage treffend: »Zwar sitzen zahlreiche wissenschaftliche Gruppierungen sozusagen in den Startlöchern, um die Ablösung des neoklassischen Paradigmas voranzutreiben... Aber alle haben gegenwärtig noch mehr mit den konzeptionellen Problemen ihrer eigenen Lehrmeinung zu tun, als daß sie die Kraft fänden für einen erfolgreichen Generalangriff« (Hanusch 1993: 114). Inzwischen scheint die Zeit reif für »die notwendige Neuorientierung« der Wirtschaftstheorie (vgl. Bürgermeier 1994: 153).

Welche Entwicklungen verdienen nun in diesem Kontext besondere Aufmerksamkeit?

Erstens gibt es eine sehr intensive und ernst zu nehmende Debatte zum »State of Economics« (vgl. Stiglitz 1989; Clower 1989; Blaug 1997; Frey 2000; Galbraith 2002; Hodgson 2001 a, 2001 b). Sie ist insbesondere gegenüber der Neoklassik vor allem unter dem Blickwinkel von Realitätsnähe, Leistungsfähigkeit und Erklärungskraft ihres theoretischen wie analytischen Instrumentariums in Gang gekommen. In dieser Debatte wird nachdrücklich das Problem aufgeworfen, wie es heute um die Fähigkeit speziell der Neoklassik bestellt ist, die ökonomische Realität in ihrer Komplexität adäquat abzubilden, den Wirtschaftsablauf im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren und wirkungsvolle Beiträge zur wirtschaftspolitischen Gestaltung volks- wie weltwirtschaftlicher Prozesse zu liefern.

Zweitens stehen zentrale ideologische Leitbilder der Neoklassik auf dem Prüfstand. Vor dem Hintergrund der welthistorischen Veränderungen von 1989/90, des Triumphes kapitalistischer Wirtschaft und der sie stützenden ökonomischen Ideologie, der weltweiten Transformations- und Globalisierungsprozesse sowie von kaum erkennbaren Systemalternativen verbinden Ökonomen ihre kritischen Reflexionen mit der recht vehement vorgetragenen Forderung, die bislang speziell seitens der Neoklassik präferierten Leitbilder einer substantiellen Prüfung zu unterziehen. Beispielsweise publizierte der US-Amerikaner Robert Kuttner das starke Resonanz auslösende Buch *The End of Laissez-Faire* (1991). Es ist unschwer zu erkennen, daß dieser Titel Anleihen bei Keynes' aus dem Jahre 1926 stammenden, gleichnamigen berühmten Essay aufnimmt. Keynes hatte hierin fundamentale theoretische wie politische Umbrüche seiner Zeit thematisiert und nach neuen Trends gefragt. Ein ähnliches Anliegen – gerade auf die ökonomische Ideologie des heutigen Kapitalismus bezogen – verfolgt auch Kuttner. Er stellt die These auf, daß die Legende von der sich selbst regulierenden Marktökonomie wesentlich ideologischer Hintergrund und Flankenschutz für die US-amerikani-

Selbst ein neoklassisch eingestellter Ökonom wie der US-amerikanische Nobelpreisträger James Buchanan muß einräumen, daß »formalisierte Modelle des allgemeinen Gleichgewichts mit höchst verfeinerten Existenzbedingungen ... von der Mitte des 20. Jahrhunderts bis in die letzte Dekade hinein im Werkzeugkasten der Ökonomie eine Hauptrolle gespielt (haben). Zu Beginn der neunziger Jahre erkennt man indes immer mehr, wie begrenzt die Anwendbarkeit und der Nutzen solcher Modelle sind. Man kann zwar formal beweisen, daß auf Märkten mit einem funktionierenden Wettbewerb »die Ressourcen zu der Verwendung gelangen, in der sie am höchsten geschätzt werden«. Diese Modelle mit ihren festgelegten Präferenzen sagen aber nur sehr wenig über die ökonomische Wirklichkeit aus.« (Buchanan 1992: 69).

sche Dominanz im Westen während des Kalten Krieges, für die Kämpfe West gegen Ost in dieser historischen Periode war. Mit dem Ende des Kalten Krieges habe nun folglich auch das lange heroisierte *laissez-faire*-Prinzip ausgedient. Regierungen, Politiker und eben auch Ökonomen müßten sich jetzt wieder aktiv um die wirklichen Interessen und Konflikte ihrer Länder und Völker kümmern und nicht wenig an ideologischem Ballast abwerfen. In der Wirtschaftstheorie stehe daher eine radikale Überprüfung der bislang gepflegten ideologische Dogmen der Neoklassik an.

Ähnliche Überlegungen finden sich auch bei Amitai Etzioni. Als wohl prominentester Ökonom und Sozialtheoretiker des sicher mit Ambivalenzen behafteten *Kommunitarismus* attackiert er die neoklassische Ökonomie vor allem in bezug auf den *homo-oeconomicus-Ansatz* sowie die immense Ideologisierung des Marktes. Entgegen der unterstellten Annahme, das Wohlbefinden des Menschen hänge vor allem von der Verfolgung des ökonomischen Eigennutzes ab, plädiert Etzioni für eine bestimmte Zurücknahme desselbigen zugunsten von Werten wie Nachhaltigkeit und soziale Sicherheit, Umweltschutz und Nächstenliebe. Er fragt nach alternativen Wegen in eine bessere Wirtschaft und Gesellschaft, dabei gerade nach einem *Spirit of Community* (1993) und bekennt sich zur *Moral Dimension* der Ökonomie (1990). Etzioni macht deutlich, daß ökonomischer Egoismus – dem via Markt gehuldigt wird – das notwendige gesellschaftliche Gleichgewicht zwischen individuellem Autonomiestreben und dem Erfordernis zur Übernahme von Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft zerstört habe (vgl. Etzioni 1994). Die von ihm beförderten *Socio-Economics*, die die Theorie verstärkt auch für wirtschaftsethische Probleme zu öffnen sucht, verzeichnen heute einen steigenden Einfluß (vgl. Bürgermeier 1994).

Drittens werden verstärkt zentrale Begriffe und Kategorien des neoklassischen Mainstream kritisch reflektiert. Offensichtlich kristallisiert sich der Eindruck heraus, daß sie nicht mehr tauglich, zu stark ideologisch aufgeladen und nicht genügend operationalisierbar sind. Nachdem man bereits vor längerer Zeit Begriff und Theorie des Wachstums problematisierte, werden nun zum Beispiel das Gleichgewicht beziehungsweise das Gleichgewichts-Denken, der Arbeitsbegriff, der mikroökonomische Begriff der Unternehmung, die Kategorien Einkommen und Konsum, der Begriff Wettbewerbsfähigkeit oder das Verständnis von Entwicklung zum Objekt kritischer Beschäftigung. Die zweifellos monopolistische Züge tragende Interpretationshoheit der Neoklassik über wichtige ökonomische Kategorien und Phänomene wird offensichtlich schrittweise untergraben.

Viertens wird der mit der Neoklassik verbundene hohe Grad an Mathematisierung und Formalisierung der Wirtschaftstheorie thematisiert und nach dem für die Ökonomie wirklich notwendigen Maß gefragt. So stellt der prominente US-amerikanische Ökonom William J. Baumol fest, daß gerade durch »diese übertriebene Mathematisierung« die ökonomische Wissenschaft und Literatur »gehörig an Substanz verloren« habe.

Fünftens läßt sich innerhalb der Zunft der Wirtschaftswissenschaften ein deutlich gestiegenes Interesse an konkurrierenden be-

»Wir stehen heute vor einer Überfülle an mathematischen Modellen, die meist nur ihre eigene Existenz beweisen wollen, die aus nichtssagenden Gleichungen und Untergleichungen bestehen und keinerlei Schlußfolgerungen zulassen.« (Baumol 1992: 22).

ziehungsweise alternativen Forschungsprogrammen ausmachen. So hat sich vor allem das Gewicht der *evolutorischen Ökonomie* und des *Institutionalismus* spürbar erhöht (Aruka 2001; Dopfer 1992, 2001; Dugger 1989, 1992; Foster/Metcalf 2001; Hodgson 2002). Doch auch der *Historismus* beziehungsweise die *historisch-ethische Schule der Nationalökonomie* erfreut sich einer bestimmten Aufmerksamkeit (vgl. Shionoya 2000; Hodgson 2001 a, 2001 b), von einer »Wiederentdeckung der historischen Schulen« (Jürgen G. Backhaus; Geoffrey Hodgson) beziehungsweise »an increasing interest in the program of the Historical School« (Peukert 2001: 113) ist die Rede.

Für die registrierte Tendenz sprechen sowohl der gewachsene Einfluß des wissenschaftlichen Output der erwähnten Richtungen in den verschiedenen Diskursen als auch der Ausbau ihrer Infrastruktur. Hierzu gehören besonders zunehmende Aktivitäten etablierter Gesellschaften (etwa der *Association for Evolutionary Economics*, *European Association for Evolutionary Political Economy*, *Association for Institutional Thought* sowie im bestimmten Maße auch der *International Joseph A. Schumpeter Society*), die verstärkte Verbreitung wissenschaftlicher Journale wie auch die Veranstaltung zahlreicher nationaler und internationaler Tagungen. Beachtung verdient diese Tendenz, weil eine nachhaltigere Profilierung und Rezeption von Forschungsprogrammen erkennbar wird, die eine Abkehr vom Mainstream darstellen.

Auch das *Post-Autistic Economics Movement* (PAE) gehört in dieses Spektrum. Entstanden im Jahre 2000 aus einer Protestaktion französischer Ökonomiestudenten gegen die »autisme-economie«, das heißt die repressive Dominanz neoklassischer Theorie in Lehre und Forschung, den exzessiven Einsatz von mathematischen Methoden sowie die Vernachlässigung eines kritischen und reflektierenden ökonomischen Denkens, weitete sie sich in Westeuropa und den USA rasch aus. Im Juni 2001 veröffentlichten dann an der Universität von Cambridge 27 PhD-Studenten ihre Petition »Opening up Economics«. Wenig später sollte in Kansas City, an der Universität von Missouri der »Kansas City Proposal«, ein von Studenten, Forschern und Professoren aus 22 Ländern verfaßter internationaler Offener Brief an alle Fachbereiche der Wirtschaftswissenschaften, verabschiedet werden.

Der Brief hat unter Ökonomen weltweit Resonanz gefunden. In der Zwischenzeit entwickelte die PAE ihre Infrastruktur weiter (Homepage im Internet, globales PAE-Netzwerk, PAE Review). Prominente Ökonomen publizieren etwa in der *PAE Review* Aufsätze zum Generalanliegen und ausgewählten Themen des Projekts. Für Juni 2003 ist in den USA eine Weltkonferenz zu »The Future of Heterodox Economics« datiert, die eine breite Koalition von alternativen Theorieansätzen repräsentieren und demzufolge ein *plurales* Verständnis heutiger Wirtschaftstheorie zum Ausdruck bringen wird.

Die aufgezeigten Entwicklungen signalisieren nicht allein eine mögliche Trendwende in der heutigen Wirtschaftslehre. Vielmehr eröffnen sie der alternativen Ökonomie aus der Perspektive der Theoriesgeschichte einen doch recht erfreulichen Ausblick.

In diesem Brief heißt es:
 »We believe that economic theory, inhibited by its ahistorical approach and abstract formalist methodology, has provided only a limited understanding of the challenging complexity of economic behavior. The narrow methodological approach of economics hinders its ability to generate truly pragmatic and realistic policy prescriptions or to engage in productive dialogue with other social sciences. All economics departments should reform economics education to include reflection on the methodological assumptions that underpin our discipline.«

Literatur

- Amin, Samir (2001): »Pure Economics« – der reine Wahn, in: UTOPIE kreativ, Nr. 126 (April), S. 304 ff.
- Arndt, Helmut (1979): Irrwege der Politischen Ökonomie. Die Notwendigkeit einer wirtschaftstheoretischen Revolution, München.
- Aruka, Yuji (2001) (ed.): Evolutionary Controversies in Economics – A New Transdisciplinary Approach, Berlin/Heidelberg/New York.
- Baumol, William J. (1992): Über die Ökonomie von morgen, in: Hanusch, H./Recktenwald, H. C. (Hg.), Ökonomische Wissenschaft in der Zukunft. Ansichten führender Ökonomen, Düsseldorf, S. 21ff.
- Becker, Gary S. (1977): The Economic Approach to Human Behavior. Diskussionspapier anlässlich des internationalen Seminars über die soziologische Ökonomie in Paris, vom 28. bis 30. September, zitiert in: Lepage, H., Der Kapitalismus von morgen, Frankfurt/New York 1979.
- Bell, Daniel/Kristol, Irvin (eds.) (1981): The Crisis in Economic Theory, New York.
- Bennholdt-Thomsen, Veronica/Faraclas, Nicholas/von Werlthof, Claudia (2001): There is an Alternative: Subsistence and Worldwide Resistance to Corporate Globalization, Victoria-London-New York
- Blaug, Mark (1997): Ugly Currents in Modern Economics. Fact or Fiction? Paper to the Conference on Realism in Economics, Rotterdam, 14-15 November.
- Bowles, Samuel/Gordon, David/Weisskopf, Thomas E. (1983): Beyond the Waste Land, New York.
- Brewer, Anthony (1995): A Minor Post-Ricardian? Marx as an Economist, in: History of Political Economy 27, No. 1, p. 111 ff.
- Buchanan, James M. (1992): Das Bild der ökonomischen Wissenschaft von morgen, in: Hanusch, H./Recktenwald, H. C. (Hg.), a. a. O., S. 69 ff.
- Bürgermeier, Beat (1994): Sozioökonomie. Für eine ethische Erweiterung der wirtschaftspolitischen Diskussion, Marburg.
- Clower, Robert (1989): The State of Economics: Hopeless but not Serious?, in: Colander, D./Coats, A. W. (eds.), The Spread of Economic Ideas, Cambridge, p. 23 ff.
- Dopfer, Kurt (1992): Evolutionsökonomie in der Zukunft: Programmatik und Theorieentwicklungen, in: Hanusch, H./Recktenwald, H. C. (Hg.), a. a. O., S. 96 ff.
- Dopfer, Kurt (ed.) (2001): Evolutionary Economics. Program and Scope, Boston/Dordrecht.
- Dugger, William M. (1989): Radical Institutionalism. Contemporary Voices, Westport/London.
- Dugger, William M. (1992): Underground Economics, Armonk/London.
- Etzioni, Amitai (1990): The Moral Dimension. Towards a New Economics, New York.
- Etzioni, Amitai (1993): The Spirit of Community, New York.
- Etzioni, Amitai (1994): Jenseits des Egoismus-Prinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Stuttgart.
- Foster, John/Metcalf, John S. (eds.) (2001): Frontiers of Evolutionary Economics. Competition, Self-Organization and Innovation Policy, Aldershot.
- Frey, Bruno S. (2000): Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 1 (1), S. 5 ff.
- Galbraith, James K. (2002): A Contribution to the State of Economics in France and the World, in: Post-Autistic Economics Newsletter, Issue No 4, January, Article 1, (www.btinternet.com/~pae/news/review/issue4.htm).
- Grefe, Christiane/Greffrath, Mathias/Schumann, Harald (2002): Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Berlin.
- Gubitzler, Luise (1993): Alternative Ökonomie. Ein neues Paradigma in der Ökonomie, in: Berger, W./Pellert, A. (Hg.), Der verlorene Glanz der Ökonomie. Kritik und Orientierung, Wien.
- Hanusch, Horst (1993): Zurück zur Wirklichkeit, in: Zeit der Ökonomen. Eine kritische Bilanz volkswirtschaftlichen Denkens, ZEIT-Punkte, Nr. 3, Hamburg, S. 11 2ff.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): Empire, Cambridge.
- Heseler, Heiner/Huffschmid, Jörg/Reuter, Norbert/Troost, Axel (2002) (Hg.): Gegen die Marktorthodoxie. Perspektiven einer demokratischen und solidarischen Wirtschaft, Hamburg, S. 15 ff.
- Hickel, Rudolf/Kisker, Klaus Peter/Mattfeldt, Harald/Troost, Axel (2000), Vorwort, in: Hickel, R./Kisker, K. P./Mattfeldt, H./Troost, A. (Hg.), Politik des Kapitals – heute, Hamburg, S. 9 ff.
- Hodgson, Geoffrey (2001a): How Did Economics Get Into Such a State?, in: Post-Autistic Economics Newsletter, Issue No. 8, July, Article 2, (www.btinternet.com/~paeNews/review/issue8.htm).
- Hodgson, Geoffrey (2001b): How Economics Forgot History. The Problem of Historical Specificity in Social Science, London/New York
- Hodgson, Geoffrey (2002) (ed): A Modern Reader in Institutional and Evolutionary Economics. Key Concepts, Aldershot.
- Hübner, Kurt (1989): Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, Berlin.
- Kaldor, Nicholas (1982): The Scourge of Monetarism, New York.
- Kitzmüller, Erich/Paul-Horn, Ina (1998) (Hg.): Alternative Ökonomie, Wien/New-York.
- Klein, Naomi (2001): No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht, München.
- Kool, Fritz/Krause, Werner (1972) (Hg.): Die frühen Sozialisten, Bd. 1-2, München.
- Kuhn, Thomas (1962): The Structure of Scientific Revolutions, Chicago.
- Kuttner, Robert (1991): The End of Laissez-Faire, New York.
- Lakatos, Imre (1978): The Methodology of Scientific Research Programmes, Cambridge.
- Lepage, Henri (1979): Der Kapitalismus von morgen, Frankfurt/New York.
- Mair, Douglas/Miller, Anthony G. (1991): A Modern Guide to Economic Thought. An Introduction to Comparative Schools of Thought in Economics, Aldershot.
- Mandel, Ernest (1972) Untersuchung der ökonomischen Ideologie und Praxis des Spätkapitalismus, Frankfurt.
- Mander, J./Goldsmith, E.(eds.) (2001): The Case Against Global Economy, London.
- Ötsch, Walter (1991): Gibt es eine Grundlagenkrise der neoklassischen Theorie?, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 208/6, S. 642 ff.
- Peukert, Helge (2001): The Multifaceted Balance of the Concept of Staatswissenschaften in the Tradition of the Historical School, in: European Journal of Law and Economics 12, p. 113 ff.

- Plener, Ulla (2001): *Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit*, Berlin.
- Potts, Jason/Nightingale, John (2001): *An Alternative Framework for Economics*, in: *Post-Autistic Economics Review*, Issue No. 7, December, Article 3, <http://www.btinternet.com/~paenews/review/issue7.htm>
- Reuter, Norbert (1994): *Der Institutionalismus. Geschichte und Theorie der evolutionären Ökonomie*, Marburg.
- Robinson, Joan (1974): *Ökonomische Theorie als Ideologie*, Frankfurt/M.
- Samuelson, Paul A./Nordhaus, William D. (1995): *Economics*, New York.
- Sassen, Saskia (2001): *Gefährliche Leere* (Interview), in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20./ 21. Oktober.
- Schindowski, Waldemar (1990): *Alternative Ökonomie. Eine Bibliographie*, Amsterdam.
- Schui, Herbert (2000): *Staatsmonopolistische Komplexe als Gebrauchswertbereiche und die Trennung von Staat und Wirtschaft*, in: *Hickel, R. et al., Politik des Kapitals – heute, a. a. O., S. 50 ff.*
- Schumpeter, Joseph (1927): *Deutschland*, in: *Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, Bd. 1: *Gesamtbild der Forschung in den einzelnen Ländern*, hrsg. von Hans Mayer, Wien, S. 1 ff.
- Seidel-Höppner, Waltraud/Höppner, Jürgen (1987): *Theorien des vormarxistischen Sozialismus und Kommunismus*, Köln.
- Shionoya, Yuichi (2000): *The German Historical School. The Historical and Ethical Approach to Economics*, London/New York.
- Stiglitz, Joseph (1989): *Reflections on the State of Economics*, in: *The Economic Record*, March.
- Stiglitz, Joseph (2002 a): *Es fehlt der Sinn für soziale Gerechtigkeit* (Interview), in: *Süddeutsche Zeitung* vom 7. März.
- Stiglitz, Joseph (2002 b): *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin.
- Thal, Peter (1990): *Politische Ökonomie*, in: *Sandkühler, H. J. (Hg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*, Bd. 3, Hamburg, S. 793ff.
- Thurrow, Lester C. (1984): *Gefährliche Strömungen. Wirtschaftspolitik in der Krise*, Frankfurt/New York.
- Wagener, Hans-Jürgen (ed.) (1998): *Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe*, London/New York.
- Ward, Benjamin (1996), zitiert in: *Andrew, Janos, Politics and Paradigms*, Stanford.
- Zahn, Lola (1984): *Utopischer Sozialismus und Ökonomiekritik*, Berlin.

Wissenschaftlich-publizistischer Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg 2003

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V. schreibt für das Jahr 2003 wiederum einen Wissenschaftlich-publizistischen Förderpreis aus. Damit sollen zum dritten Mal Arbeitsergebnisse von jüngeren Wissenschaftlern beziehungsweise Autoren gefördert werden, die sich für die politische Bildungsarbeit der Stiftung eignen und die durch eine Publikation sowie durch begleitende Veranstaltungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der/die Preisträger sollten das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und möglichst in der Region Brandenburg/Berlin beheimatet sein.

Thematisch ist weiterhin ein breites Spektrum angesprochen, insbesondere jedoch der sozialwissenschaftliche Bereich. Die Arbeiten sollten sich gegebenenfalls in die bestehenden Schriftenreihen des Vereins einordnen: *Land Brandenburg in Geschichte und Gegenwart*; *Europa und die Welt – Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft*; *Militärgeschichte und Militärpolitik*; *Außen- und deutschlandpolitische Analysen*; *Erlebte Geschichte - Zeitzeugen berichten*. Darüber hinaus sind philosophische, soziologische, literatur-, kultur- und kommunikationswissenschaftliche, ökonomische, rechtswissenschaftliche oder politologische Manuskripte einreichbar.

Der Preis beinhaltet die vollständige Übernahme der Druckkosten für eine Publikation im Umfang bis zu ca. 250 Druckseiten und die Übergabe von 20 Belegexemplaren an den/die Preisträger. Der Wissenschaftliche Beirat benennt den/die Preisträger Anfang 2003. Zum nachfolgenden Geburtstag der Vereins-Namenspatronin im März 2003 werden Preisträger und Publikation im Rahmen einer Veranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Manuskripte können bis zum 30. November 2002 durch die Autoren selbst oder durch Personen, die auf die entsprechende Arbeit aufmerksam geworden sind, eingereicht werden. Die eingereichten Manuskripte werden durch den Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung begutachtet und bewertet.

RLS Brandenburg e.V., Dortustraße 53, 14467 Potsdam

JOCHEN WEICHOLD

Die vergoldeten Diäten. Zusatzeinkünfte und Versorgungen der Abgeordneten

Diäten sind eine demokratische Errungenschaft. Sie machen die Wahrnehmung des passiven Wahlrechts durch jedermann erst möglich. Sowohl im Bund als auch in den Ländern beruht die Entschädigung der Abgeordneten heute auf einem Vier-Säulen-System: Mandats-Entschädigung (Grund-Diäten, ergänzt durch Funktionszuschläge), Aufwendersersatz, Übergangsgeld und Altersversorgung.

Die reine Aufwandsentschädigung der bundesrepublikanischen Gründerzeit (in Korrelation zum Verständnis des Abgeordnetenmandats als pures Ehrenamt) wandelte sich schon in den 50er und 60er Jahren in ihrer faktischen Ausgestaltung immer mehr zu einer Alimentation zur Sicherung des Lebensunterhalts des Abgeordneten und seiner Familie. In diesem Kontext wurde die eigentliche Mandats-Entschädigung durch Zusatzeinkünfte und Versorgungen der Abgeordneten gewissermaßen »vergoldet«. Die wichtigsten Schritte bestanden darin, daß 1958 mit der Bindung der Entschädigung von Bundestagsabgeordneten an das Ministergehalt und damit indirekt an die Beamtensbesoldung gleichzeitig für mandatsbedingte »Unkosten« zusätzliche Pauschalen fixiert wurden und daß 1968 zusammen mit einer Anhebung der Entschädigung auf ein Drittel der Amtsbezüge eines Bundesministers die Einführung der Altersversorgung für Bundestagsabgeordnete einherging.

Nachdem wir uns bereits in einem früheren Aufsatz ausführlich mit den Grund-Diäten der Abgeordneten befaßt hatten,¹ soll nun der Blick auf die Zusatzeinkünfte und Versorgungen der Abgeordneten gerichtet werden, die zu Recht immer wieder in das Kreuzfeuer der Kritik geraten.

Funktionszuschläge

Funktionszuschläge, die nach dem Abgeordnetengesetz beziehungsweise aus der Fraktionskasse gezahlt werden, gibt es unter anderem in den Landtagen von Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Thüringen², Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie im Bund. In Sachsen-Anhalt hatte die Gewährung von Zusatzentschädigungen für die Ausübung besonderer parlamentarischer Funktionen – mißt man sie am Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von 1975 – eine Inflation erfahren. Es war ein ganzes System von zusätzlichen, in sich gestaffelten Entschädigungen (von 20 bis 100 Prozent zur Grundentschädigung) entwickelt worden. Nicht nur der Landtagspräsident, die Vizepräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden und ihre Stellvertreter wurden

Jochen Weichold –
Jg. 1948; Dr. sc. phil.,
Politikwissenschaftler,
Bereichsleiter in der Rosa-
Luxemburg-Stiftung. Letzte
Veröffentlichung in UTOPIE
kreativ: »Abschied von
Visionen«, Heft 140 (Juni
2002) S. 491-499.

1 Vgl. Jochen Weichold:
»Der Abgeordnete und die
Diäten. Zum verfassungs-
rechtlichen Problem der
»angemessenen«, die »Unab-
hängigkeit« des Abgeord-
neten sichernden Entschä-
digung«. In: UTOPIE kreativ,
Heft 125 (März/2001)
S. 232-241.

2 Nachdem das Bundes-
verfassungsgericht die im
Thüringer Abgeordneten-
gesetz festgeschriebenen
Diätenzuschläge für stell-
vertretende Fraktionsvorsit-
zende, Parlamentarische
Geschäftsführer und Aus-
schußvorsitzende, die

nach dem Abgeordnetengesetz mit Zusatzentschädigungen bedacht, sondern auch die Vorsitzenden der Ausschüsse des Landtags, die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen und die Vorsitzenden der Fraktionsarbeitskreise.³ In der dritten Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt (1998-2002) erhielten danach von den 99 Abgeordneten immerhin 64 Abgeordnete (entsprechend der Funktion abgestufte) Funktionszuschläge. Das waren fast zwei Drittel aller Abgeordneten. Damit waren die »einfachen Abgeordneten« deutlich in die Minderheit geraten. Daß dies noch verfassungsgemäß war (Stichwort: Gleichheitssatz), darf wohl mit Recht bezweifelt werden.⁴

Das BVerfG hat in seinem Diäten-Urteil vom 5. November 1975 hinsichtlich des saarländischen Landtages im Zusammenhang mit der Bemessung der Entschädigung auf den Gleichheitssatz abgehoben und dazu in aller Deutlichkeit festgestellt: »Alle Mitglieder des Parlaments sind einander formal gleichgestellt. Das Prinzip dieser formalisierten Gleichbehandlung ist verfassungsrechtlich im egalitären Gleichheitssatz ausgeprägt. ... Aus ihm folgt ..., daß jedem Abgeordneten eine gleich hoch bemessene Entschädigung zusteht, unabhängig davon, ob die Inanspruchnahme durch die parlamentarische Tätigkeit größer oder geringer ist, ob der individuelle finanzielle Aufwand oder das berufliche Einkommen verschieden hoch ist...«⁵

Ausgenommen von der gleichen Bemessung der Entschädigung wurden nur der Parlamentspräsident und seine Stellvertreter, das heißt, ihnen wurde eine höhere Entschädigung zugestanden als dem einfachen Abgeordneten, da ihre angemessene Entschädigung dadurch mitbestimmt werde, »daß sie an der Spitze eines obersten Verfassungsorgans stehen«. Das Gericht erklärte dazu: »Die so verstandene einheitliche Entschädigung mit Alimentscharakter schließt aus den dargelegten Gründen alle weiteren, der Höhe nach differenzierten, individuellen oder pauschalierten finanziellen Leistungen an einzelne Abgeordnete aus öffentlichen Mitteln aus, die nicht einen Ausgleich für sachlich begründeten, besonderen, mit dem Mandat verbundenen finanziellen Aufwand darstellen. Danach werden also künftig zum Beispiel eine Reihe von Pauschalen, Tage- und Sitzungsgeldern, Verdienstausschüttungen und ähnlichen Zuwendungen aus der Parlamentskasse sowie gestaffelte Diäten für Abgeordnete mit besonderen parlamentarischen Funktionen entfallen.«⁷

In der rechtswissenschaftlichen Literatur ist diese Passage des Diäten-Urteils unterschiedlich interpretiert worden. Nach Auffassung der Verwaltungsjuristin Annette Fischer widersprechen die Funktionszulagen der verfassungsmäßigen formalisierten Gleichheit der Abgeordneten, wie sie im Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt wurde.⁸ Andere Autoren halten eine Unzulässigkeit von Funktionszulagen dagegen nicht für zwingend.⁹ Die Juristen Wolfgang Czepluch und Joachim Linck meinen, das Verbot, den Trägern bestimmter Funktionen im Parlament (zum Beispiel den Fraktionsvorsitzenden) eine höhere Entschädigung zu gewähren, führe im Vergleich zu den Abgeordneten, die im Parlament keine besondere Funktion bekleiden, zu einer relativen Schlechterstellung,

zwischen 40 und 70 Prozent der Mandatsentschädigung lagen, als verfassungswidrig gerügt hatte, beschloß die CDU-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit im Landtag des Freistaates eine Novelle des Abgeordneten-gesetzes, in der für Parlamentarische Geschäftsführer und Ausschußvorsitzende eine monatliche »Aufwandsentschädigung« von 665 € (1 300 DM) festgeschrieben wurde. Die Landtagsfraktionen von SPD und PDS reichten daraufhin beim Landesverfassungsgericht in Weimar Klage gegen die Änderung des Abgeordnetengesetzes ein.

3 Vgl. § 6 Abs. 2 AbgG LSA (in der Fassung vor der Änderung des Gesetzes vom 20. November 2001).

4 Nach der Änderung des Abgeordnetengesetzes von Sachsen-Anhalt Ende November 2001 erhalten in der jetzigen, vierten Wahlperiode des Landtages nur noch der Präsident beziehungsweise die Präsidentin, die Vizepräsidenten, die Ausschußvorsitzenden und (nach Zustimmung des Ältestenrates) die Vorsitzenden der Unterausschüsse des Landtages einen Funktionszuschlag (Vgl. § 6 Abs. 2 und § 8 Abs. 4 AbgG LSA in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2001). Parallel zur Änderung des Abgeordnetengesetzes wurden aber durch eine Änderung des Fraktionsgesetzes die finanziellen Zuwendungen an die Fraktionen mit der Intention erhöht, die nach dem geänderten Abgeordnetengesetz weggefallenen Funktionszuschläge für Fraktionsvorsitzende und

ihre Stellvertreter, für die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen und für die Vorsitzenden der Fraktionsarbeitskreise nunmehr aus dem Topf der Fraktionsgelder zu zahlen.

5 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 40. Band, Tübingen 1976, S. 296 (S. 318). Im folgenden zitiert: BVerfGE 40, 296 (S. 318).

6 Ebenda.

7 Ebenda.

8 Vgl. Annette Fischer: Abgeordnetendiäten und staatliche Fraktionsfinanzierung in den fünf neuen Bundesländern, Frankfurt am Main 1995, S. 244.

9 Vgl. Klaus Schlaich/Hermann Josef Schreiner: Die Entschädigung der Abgeordneten, in: Neue Juristische Wochenschrift, München und Frankfurt am Main 1979, Nr. 14, S. 680.

10 Vgl. Wolfgang Czepluch: Abgeordnetenstatus und politische Partei. Zu den Voraussetzungen und Folgen der Professionalisierung des Abgeordnetenmandates, Frankfurt am Main 1991, S. 130/131; Joachim Linck: Zur Zulässigkeit parlamentarischer Funktionszulagen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1976, Nr. 1, S. 54-60.

11 BVerfGE 40, 296 (S. 340).

12 Vgl. Höhere Diäten für Funktionsträger der Hamburger Bürgerschaft (Wiedergabe der Diäten-Entscheidung des Hbg-VerfG), in: Neue Juristische Wochenschrift, München und Frankfurt am Main

Diese einfachen Abgeordneten hätten nämlich aufgrund ihrer geringeren zeitlichen Inanspruchnahme faktisch eher die Möglichkeit, neben dem Abgeordnetenamt noch einer entgeltlichen Tätigkeit nachzugehen.¹⁰

In ähnlicher Art und Weise argumentiert auch Bundesverfassungsrichter Walter Seuffert in seinem Minderheitsvotum zum Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975: Diejenigen, die Ämter oder Funktionen im Parlament übernommen hätten, seien in deren Wahrnehmung nicht so frei, wie sie es bei Ausübung ihres Mandates selbst seien. Sie hätten Verpflichtungen gegenüber dem Parlament zur Anwesenheit in Sitzungen und zur Erledigung von Amtsgeschäften. Sie könnten vom Parlament mit Aufträgen versehen werden, die sie auszuführen hätten, und mit Verantwortungen belastet werden, für die sie einzustehen hätten. Diese Verpflichtungen könnten durchaus als rechtliche qualifiziert werden. »Erhalten sie Vergütungen – das können solche für zeitlichen und sachlichen Aufwand, aber auch für die Funktionsübernahme selbst sein –, so sind diese Vergütungen nicht unter Art. 3 Abs. 1 GG mit der Abgeordnetenentschädigung vergleichbar; sowohl die Grundlage wie die Rechtsnatur sind andere«.¹¹

Das Hamburgische Verfassungsgericht hat am 11. Juli 1997 in diesem Sinne eine Klage gegen das Abgeordneten- und Fraktionsgesetz der Hansestadt abgelehnt, mit der die in diesem Gesetz enthaltene Regelung zu Fall gebracht werden sollte, nach der Fraktionsvorsitzende dreifache Diäten erhalten. Das Gericht argumentierte, Abgeordnete dürften eine sonstige Berufstätigkeit ausüben, Fraktionsvorsitzende könnten dies wegen ihrer umfangreichen Aufgaben jedoch nicht.¹² Im speziellen Hamburger Fall sollte allerdings beachtet werden, daß es sich bei der dortigen Bürgerschaft um ein sogenanntes Feierabendparlament handelt.

Das BVerfG hat mit seiner neuen Entscheidung vom 21. Juli 2000 einen vorläufigen Schlußpunkt unter die Debatte um Funktionszuschläge gesetzt. Das Gericht erklärte die bisherige Praxis im Freistaat Thüringen, stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Parlamentarischen Geschäftsführern und Ausschußvorsitzenden einen Funktionszuschlag in Höhe von 40 Prozent der Grund-Diät zu zahlen, für verfassungswidrig.¹³ Das BVerfG betonte in seiner Entscheidung, daß das Prinzip des »freien Mandats« erfordere, »die Abgeordneten in Statusfragen formal gleich zu behandeln, damit keine Abhängigkeiten oder Hierarchien über das für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments unabdingbare Maß hinaus entstehen«.¹⁴

Die obersten Verfassungsrichter hielten aber nun im Unterschied zur Entscheidung von 1975 die Zahlung eines Funktionszuschlages für Fraktionsvorsitzende angemessen, und sie räumten auch ein, daß die »gesetzliche Gewährung von zusätzlichen Entschädigungen mit Einkommenscharakter für Abgeordnete mit besonderen Funktionen eine Maßnahme im Rahmen der Parlamentsautonomie (ist), die der Landtag grundsätzlich in eigener Verantwortung trifft«.¹⁵

Umstritten ist jetzt, ob die Entscheidung des BVerfG nur für Zahlungen nach dem Abgeordnetengesetz gilt oder auch für Zahlungen aus der Fraktionskasse. Während der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden,

meint, das Urteil wende sich nicht gegen Zahlungen der Fraktionen, erblickt der Bielefelder Verfassungsrechtler Joachim Wieland keinen Unterschied darin, ob die Zulagen direkt aus der Staatskasse oder von den ebenfalls staatlich finanzierten Fraktionen kommen: »Nach den Leitsätzen des Urteils muß das für alle Parlamente und für alle Zahlungswege gleichermaßen gelten.«¹⁶

Aufwandsentschädigung

Die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage bekommen neben ihrer Mandats-Entschädigung eine monatliche (steuerfreie) Kosten-Pauschale für allgemeine Kosten. So erhalten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages seit dem 1. Januar 2002 eine monatliche steuerfreie Kostenpauschale von 3417 €. ¹⁷ In Rheinland-Pfalz beträgt diese Kostenpauschale 1 125 € (2 200 DM). ¹⁸ Die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses erhalten eine steuerfreie Kostenpauschale von 870 €. ¹⁹

Es ist außerdem durchaus üblich, daß über die Kosten-Pauschale hinaus Tagegeld, Übernachtungsgeld, Wegstrecken-Entschädigung und der Ersatz der Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern sowie eine Reihe weiterer Leistungen gezahlt werden. So erhalten die Abgeordneten des Landtages von Nordrhein-Westfalen neben einer steuerfreien Aufwandspauschale von 1 196 € monatlich eine Tagegeldpauschale von 296 € und je nach der Entfernung ihres Wohnsitzes vom Landtag in Düsseldorf eine gestaffelte Fahrtkostenpauschale (ohne Nachweis der tatsächlich entstehenden Fahrtkosten), die bei einer Entfernung des Wohnortes vom Sitz des Landtags bis zu 50 km 447 € beträgt, von 50 bis 150 km 695 € und über 150 km immerhin 876 €. ²⁰ Im Bundestag ist der jährliche Höchstbetrag, bis zu dem jeder Abgeordnete die Kosten für die Beschäftigung von Mitarbeitern erstattet bekommt, von umgerechnet 9 357 € im Jahre 1969 auf 97 907 € im Jahre 2002 angestiegen. ²¹

Das BVerfG erklärte in seinem Diäten-Urteil vom 5. November 1975 eine zusätzlich gewährte pauschale Aufwandsentschädigung unter der Voraussetzung für zulässig, daß sich diese Pauschale am tatsächlichen und angemessenen Mandatsaufwand orientiert. ²² Der Parteienkritiker Hans Herbert von Arnim verlangt, die Kostenpauschale müsse der durchschnittlichen Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen entsprechen und dürfe nicht überhöht sein, sonst spreche sie nicht mehr dem Kriterium der Angemessenheit und sei verfassungswidrig. ²³

Die rechts- und staatspolitisch am meisten befriedigende Lösung wäre – analog zu den Werbungskosten des normalen Bürgers – die Festlegung eines Sockelbetrages und (sofern die mandatsbezogenen Aufwendungen des Abgeordneten diesen Betrag übersteigen) die Erstattung der mit dem Mandat verbundenen Aufwendungen auf der Grundlage des Einzelnachweises. Der frühere Bundesverfassungsrichter Willi Geiger hat vorgeschlagen, diesen pauschalisierten Sockelbetrag so festzusetzen, daß er »in etwa dem niedrigsten tatsächlichen besonderen Aufwand entspricht, den die Abgeordneten mit den günstigsten Verhältnissen haben. Den übrigen Abgeordneten wird ein Vorbehalt gerecht, daß jeder, der insgesamt einen höheren gerechtfertigten besonderen Aufwand nachweist, diesen höheren

1998, Nr. 15, S. 1054 und 1056.

13 Vgl. BVerfGE 102, 224 (S. 225).

14 Vgl. BVerfGE 102, 224 (S. 224).

15 Ebenda.

16 Zit. in: Der Spiegel, Hamburg 2000, Nr. 30, S. 19. – Ähnlich wie Wieland auch andere. Vgl. Wolfgang von Eichborn: Zur angemessenen Bezahlung parlamentarischer Führungspositionen. Anmerkungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Juli 2000, in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Baden-Baden 2001, Nr. 1, S. 59; Johannes Hellermann: Von einfachen Abgeordneten und besonderen Funktionsträgern im Parlament. Bemerkungen zum zweiten Diätenurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Juli 2000 – 2 BvH 3/91, in: Zeitschrift für Gesetzgebung, Heidelberg 2001, Nr. 2, S. 188.

17 Vgl. <http://www.bundestag.de/>.

18 Vgl. AbgG RhPf, § 6 Abs. 2.

19 Vgl. LABgG, § 7 Abs. 2; Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 14/1510, S. 3.

20 Vgl. AbgG NW, § 6 Abs. 2.

21 Vgl. Peter Schindler: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982, Bonn 1983, S. 984; <http://www.bundestag.de/>.

22 Vgl. BVerfGE 40, 296 (S. 318 und 328).

23 Vgl. Hans Herbert von Arnim: Macht macht erfinderisch. Der Diätenfall: ein politisches Lehrstück, Zürich 1988, S. 39/40.

24 Willi Geiger: Der Abgeordnete und sein Beruf, in: Politik als Beruf? Das Abgeordnetenbild im historischen Wandel. Protokoll eines Seminars der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn 1979, S. 114. - Mit Vehemenz dagegen: Rudolf Hanauer: Der Abgeordnete und seine Bezüge – Fragen zu einer Antwort von Willi Geiger, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1979, Nr. 1, S. 118.

25 So auch Kissel. Vgl.: Otto Rudolph Kissel: Vom gerechten Lohn des Bundestagsabgeordneten, in: Festschrift für Albrecht Zeuner zum siebzigsten Geburtstag, hrsg. von Karl August Bettermann, Manfred Löwisch, Hansjörg Otto, Karsten Schmidt, Tübingen 1994, S. 89.

26 Vgl. Hans Herbert von Arnim: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München 1996, S. 244/245.

27 Vgl. Willi Geiger: Der Abgeordnete und sein Beruf, a. a. O., S. 119; Hans Herbert von Arnim: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld, a.a.O., S. 245.

28 Otto Rudolph Kissel: Vom gerechten Lohn des Bundestagsabgeordneten, a. a. O., S. 88.

Aufwand von seinem Einkommen steuerrechtlich absetzen kann.«²⁴

Um ungebührlichen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, der die gute Absicht der Einsparung öffentlicher Gelder leicht in ihr Gegenteil verkehren könnte, sollte meines Erachtens die Kostenpauschale der durchschnittlichen Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen entsprechen. Abgeordnete, die insgesamt einen höheren gerechtfertigten besonderen Aufwand nachweisen, sollten diesen gegen Einzelnachweis unmittelbar erstattet bekommen. Hierbei könnte zudem ein Höchstbetrag festgelegt werden, mit dem man kritikwürdige Überausgaben vermeiden könnte. Und schließlich bliebe bei einem Erstattungsvorgang innerhalb der Landtagsverwaltung sowohl die Diskretion gewahrt als auch eine fachbezogene Prüfung gewährleistet.²⁵

Sowohl im Bund als auch in den Ländern Bayern und Thüringen ist eine (automatische) Dynamisierung der Kostenpauschale entsprechend der durchschnittlichen Preissteigerung beziehungsweise der Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungsausgaben aller privaten Haushalte im vorvergangenen Kalenderjahr eingeführt worden. Eine solche Erhöhung der Kostenpauschale ist in der Literatur besonders deshalb auf Kritik gestoßen, weil für den normalen Bürger und Steuerzahler die meisten steuerlichen Pauschalen, Freibeträge und Grenzen seit Jahren nicht mehr angehoben und hinsichtlich der steuerlichen Geltendmachung von Werbungskosten und Betriebsausgaben seit Anfang 1996 auch noch empfindlich eingeschränkt worden sind wie beispielsweise beim häuslichen Arbeitszimmer.

Übergangsgeld

Die Funktion des Übergangsgeldes besteht darin, dem aus dem Parlament Ausscheidenden den Übergang in den alten Beruf zu erleichtern. Es soll eine Start- und Anpassungshilfe sein. Für eine angemessene Gestaltung lassen sich daraus nach von Arnim drei Eckpunkte ableiten:²⁶ *Erstens*: Das Übergangsgeld wird wirklich nur für eine Übergangszeit gezahlt (Willi Geiger: drei Monate; Hans Herbert von Arnim: maximal ein Jahr).²⁷ *Zweitens*: Wer über ein ausreichendes Erwerbseinkommen verfügt, bedarf keiner Anpassungshilfe; Erwerbseinkommen aus privater und erst recht aus halbstaatlicher Quelle, das unterhalb des Übergangsgeldes liegt, ist daher auf das Übergangsgeld anzurechnen. *Drittens*: Bereits im Pensionsalter befindliche Personen können kein Übergangsgeld beanspruchen, da sie keiner beruflichen Anpassung mehr bedürfen.

Otto Rudolph Kissel, der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts, vertritt die Auffassung, das Übergangsgeld müsse im Gegensatz zum überkommenen Recht, das eine pauschale, für alle ausscheidenden Abgeordneten gleich hohe und großzügig bemessene langdauernde Zahlung vorsehe, »an den Zweck der Wiedereingliederung herangeführt werden, damit man dem oft erhobenen Vorwurf, hier liege ein zweites Einkommen des Abgeordneten vor, die Grundlage nimmt.«²⁸

In der rechtswissenschaftlichen Literatur ist – von den oben genannten Kriterien ausgehend – kritisiert worden, daß das Über-

gangsgeld in vielen Bundesländern über einen zu langen Zeitraum gezahlt werden soll. Da die Mitgliedschaft im Parlament grundsätzlich nur auf Zeit angelegt sei, müßten die Abgeordneten von vornherein damit rechnen, das Parlament nach einer oder mehreren Wahlperioden wieder zu verlassen. Es könne daher von ihnen erwartet werden, daß sie sich auf eine andere Lebensgrundlage für die Zeit nach der Beendigung des Mandats einzustellen hätten.²⁹

Die Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt erhalten nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament ein Übergangsgeld in Höhe der Grund-Entschädigung von derzeit 3 937 € für mindestens drei Monate und höchstens für zwei Jahre, das auf Antrag auch zum halben Betrag für den doppelten Zeitraum gezahlt wird.³⁰ Die Vorschriften in Sachsen-Anhalt genügen der gebotenen Anrechnung aller beruflichen Einkünfte (auch der aus privater Quelle) auf das Übergangsgeld. Jedoch ist offensichtlich der Grundsatz, daß ein Übergangsgeld in den Ruhestand sinnwidrig und deshalb nicht zu gewähren ist, in Sachsen-Anhalt nicht berücksichtigt worden.

Die Hamburger Enquête-Kommission »Parlamentsreform« hat das für die verschiedenen Berufsgruppen unterschiedliche Risiko, nach dem Ausscheiden aus dem Parlament wieder problemlos eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu können, analysiert und davon ausgehend eine »differenzierte Ausgestaltung der Reintegrationsleistungen« vorgeschlagen: Zunächst sollen alle ausscheidenden Mandatsträger wegen der finanziellen Abwicklung des Mandats ein Übergangsgeld in Höhe einer dreimonatigen Entschädigung erhalten. Darüber hinaus solle bei Bedürftigkeit eine »Übergangshilfe« für bis zu neun weiteren Monaten in Höhe von 50 Prozent der Entschädigung gezahlt werden.³¹

Dieser Vorschlag ist durchaus begrüßenswert, weil er zum einen das volle Übergangsgeld auf drei Monate begrenzt und zum anderen für alle ausscheidenden Abgeordneten gleich gestaltet (Gleichheitssatz). Der Vorschlag geht dabei davon aus, daß die für alle Abgeordneten einheitliche Grundentschädigung zugrundegelegt wird und Funktionszuschläge keine Berücksichtigung finden. Der Hamburger Vorschlag läßt sich in der Weise weiterentwickeln, daß die nach drei Monaten einsetzende »Übergangshilfe« – analog zum Arbeitslosengeld – nach dem erreichten Lebensalter in seiner Bezugsdauer gestaffelt wird.

Eine solche Lösung würde insbesondere jenen Abgeordneten zugute kommen, die entweder als Arbeitslose Abgeordnete wurden oder die als abhängig Beschäftigte in Unternehmen tätig waren, die zwischenzeitlich in Konkurs gegangen sind. Sie würde den Unterschied zwischen diesen Abgeordneten und den Beamten-Abgeordneten, die heute in großer Zahl im Bundestag und in den Landtagen vertreten sind und die über eine Wiedereinstellungsgarantie nach Beendigung ihres Mandats verfügen, zwar nicht ausgleichen, aber doch mindern. Eine solche Lösung würde die erstgenannte Personengruppe auch gegenüber jenen abhängig Beschäftigten gerechter behandeln, die nach Artikel 48 Absatz 2 Satz 2 GG Kündigungsschutz genießen und nach Beendigung ihres Mandates ihre Arbeit im alten Unternehmen wieder aufnehmen können. Sie würde auch dem entsprechen, was der Arbeitsrechtler Götz Sadtler zu Recht feststellt:

29 Vgl. Annette Fischer: Abgeordnetendiäten und staatliche Fraktionsfinanzierung in den fünf neuen Bundesländern, a. a. O., S. 86.

30 Vgl. AbgG LSA, besonders § 16.

31 Vgl. Annette Fischer: Abgeordnetendiäten und staatliche Fraktionsfinanzierung in den fünf neuen Bundesländern, a. a. O., S. 87.

32 Götz Sadtler: Die Bedeutung des Art. 48 GG und des Art. 160 Weimarer Verfassung für das Arbeitsrecht, Köln, Berlin, Bonn, München 1968, S. 23.

33 Vgl. Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordneten-gesetz – AbgG), § 19 und § 20.

34 Vgl. <http://www.bundestag.de/>.

35 Vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin: Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Landesabgeordnetengesetzes (Drucksache 13/3569), S. 2/3; Abgeordnetenhaus von Berlin: Plenarprotokoll 13/62, S. 4524. – Ein mit der 15. Wahlperiode ins Parlament eingetretener Abgeordneter erhält nach 20 Mandatsjahren (also schon nach der Hälfte des normalen Arbeitslebens) mit dem 57. Lebensjahr »nur noch« 65 Prozent seiner Diäten. Vgl. LAbgG, §§ 11 und 12 und Anlage zu den §§ 11 und 12.

36 Vgl. die Kritik des PDS-Abgeordneten M. Nelken an der Novelle: Michail Nelken: Parteikonsens bei Pfründensicherung, in: Neues Deutschland, Berlin, 12. 05. 1999.

37 Die Höhe der Mandats-Entschädigung verändert sich jährlich nach Maßgabe der allgemeinen Einkommensentwicklung in Bayern bzw. Thüringen, koppelt also das Wachstum der Diäten an dasjenige der Brutto-Bezüge von abhängig Beschäftigten.

38 BVerfGE 32, 157 (S. 165).

»Gerade in einem Staat, dem eine freiheitliche, demokratische Verfassung zugrunde liegt, ist die Eingliederung von politisch tätigen Bürgern in das Arbeitsleben von Bedeutung.«³²

Altersversorgung

Ein Mitglied des Deutschen Bundestages erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament eine Altersentschädigung, wenn es dem Bundestag acht Jahre angehört und das 65. Lebensjahr vollendet hat. Mit jedem weiteren Jahr der Mitgliedschaft (jedoch nur bis zum 18. Jahr) entsteht der Anspruch auf Altersentschädigung ein Lebensjahr früher. Die Altersentschädigung bemißt sich nach der monatlichen Abgeordneten-Entschädigung, wobei der Steigerungssatz für jedes Jahr bis zum 23. Jahr der Mitgliedschaft drei Prozent der Abgeordneten-Entschädigung beträgt.³³

Ein ehemaliger Abgeordneter erhält so nach zwölfjähriger Mitgliedschaft im Bundestag ab Vollendung des 61. Lebensjahres 36 Prozent der Mandats-Entschädigung als Altersversorgung beziehungsweise nach 23jähriger Mitgliedschaft mit vollendetem 55. Lebensjahr 69 Prozent der Diäten. Andere Bezüge aus öffentlichen Kassen werden dabei angerechnet.³⁴

Im April 1999 wurde im Berliner Abgeordnetenhaus zwar eine Reform der Altersversorgung der Mandatsträger beschlossen, welche die derzeit üppigen Pensionen absenkt.³⁵ Dadurch aber, daß die Neuregelung der Altersversorgung erst ab der 15. Wahlperiode in Kraft getreten ist, können wiedergewählte Abgeordnete weitere Versorgungsansprüche aufbauen und nach 20jähriger Parlamentszugehörigkeit bei ihrem Ausscheiden aus dem Abgeordnetenhaus mit einer »Sofortrente« von 75 Prozent der dann gültigen Diäten rechnen. Nach zwölfjähriger Parlamentszugehörigkeit kommen derartige Abgeordnete ab dem 55. Lebensjahr in den Genuß einer Pension von 75 Prozent der Mandats-Entschädigung.³⁶

In Bayern und in Thüringen steigt die ohnehin schon überzogene Altersversorgung der Abgeordneten überproportional, weil die in diesen Ländern eingeführte Indexklausel³⁷ nicht nur die Entschädigung selbst automatisch erhöht, sondern auch alle anderen an sie geknüpften Leistungen. Während sich die Altersversorgung bei Abgeordneten auf das Bruttoeinkommen bezieht, sind die Renten der Sozialversicherung dagegen nur auf das (neben der Lohnsteuer auch um die Versicherungsbeiträge geminderte) Nettoeinkommen bezogen. Die Indexierung führt so zu einer ständigen Erhöhung der Übersversorgung und erweist sich damit als ein komfortabler *Selbstbedienungsmechanismus* der Parlamentarier aus öffentlichen Mitteln. Während Politiker etablierter Parteien so für dicke Abgeordneten-Pensionen aus der Staatskasse sorgen, rufen sie gleichzeitig die Bürger auf, *privat* Vorsorge für ihr Alter zu treffen.

Das Gebot der Angemessenheit gilt für alle Teile der Entschädigung, die ein Abgeordneter erhält, also auch für das Übergangsgeld und für die Altersversorgung. Eine Altersversorgung für Abgeordnete ist verfassungsrechtlich zwar nicht geboten, gilt jedoch gleichwohl grundsätzlich als zulässig. Das BVerfG hat daher lediglich eine »begrenzte Altersversorgung«³⁸ konzediert und mehrfach klargestellt, daß den Abgeordneten und ihren Familien nur »während der

Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Parlament«³⁹ eine ausreichende Existenzgrundlage und eine ihrem Amt angemessene Lebensführung gesichert werden muß.

Angesichts der Tatsache, daß die Renten der allgemeinen Sozialversicherung aufgrund der sich verändernden Altersstruktur der Bevölkerung immer schwieriger zu finanzieren sind, von der rot-grünen Regierungskoalition eine Absenkung des Rentenniveaus auf 67 Prozent (nach 45 Arbeitsjahren) beschlossen wurde, insbesondere von Politikern der FDP und der CDU/CSU immer aufs neue eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit gefordert wird und das Rentenalter für Frauen schrittweise auf 65 Jahre angehoben wird, scheint derzeit eine Zurückführung der Altersversorgung für Parlamentarier auf Normalmaß geboten. Im Lichte der finanziellen Schwierigkeiten, in welchen sich gegenwärtig die öffentlichen Haushalte befinden, besitzt diese Forderung sogar größte Dringlichkeit. Von verschiedenen, mit dieser Materie befaßten Kommissionen sind daher in jüngster Zeit konkrete Vorschläge dazu unterbreitet worden.

- Die Kommission der Landtagsdirektoren hat vorgeschlagen, die Anwartschaftszeiten so zu strecken, daß der Abgeordnete erst mit einem vollen Arbeitsleben Anspruch auf volle Altersversorgung erwirbt, und daher angeregt, zu diesem Zweck den Sockel zu beseitigen und den jährlichen Steigerungssatz auf unter zwei Prozent zu senken.

- Die Diätenkommission von Baden-Württemberg empfiehlt, die Altersversorgung mit einem linearen Steigerungssatz von zwei Prozent pro Mandatsjahr wachsen zu lassen (ohne Sockel, Höchstsatz von 60 Prozent der Entschädigung nach 30 Mandatsjahren, Beginn der Zahlung nicht früher als bei der gesetzlichen Rentenversicherung beziehungsweise der Beamtenversorgung).

- Die Diätenkommission von Rheinland-Pfalz hat den Vorschlag unterbreitet, die Altersversorgung der Abgeordneten mit einem linearen Steigerungssatz von zwei Prozent der Entschädigung pro Jahr zu bemessen (ebenfalls ohne Sockel, Höchstsatz von 75 Prozent nach 37,5 Mandatsjahren, Beginn mit dem vollendeten 60. Lebensjahr).⁴⁰

- Auch der Jurist Martin Grundmann plädiert dafür, die Versorgungsbezüge der Abgeordneten zu linearisieren und hält eine Steigerungsrate von 2,5 Prozent für angemessen. Wenn die Altersentschädigung der Abgeordneten als lückenschließende Teilversorgung verstanden werde, bedürfe es weder der Erfüllung einer Mindestmandatszeit noch eines Versorgungssockels. Lediglich aus Praktikabilitätsgründen will Grundmann an einer Mindestmandatszeit von einem Jahr festhalten.⁴¹

Insgesamt sollte bei der Altersversorgung die Höchstversorgung auf mindestens 67 Prozent abgesenkt werden, wie dies die Neuregelung für die Renten aus der Sozialversicherung vorsieht. Der Beginn der Rentenzahlungen sollte auf das normale Pensions- und Rentenalter (das heißt auf 65 Jahre) verlagert werden. Die jährlichen Steigerungssätze sollten – ohne Sockel – linear gestaltet und auf zwei Prozent der Grundentschädigung pro Jahr vermindert werden, so daß die Anwartschaftszeiten gestreckt werden. Es liegt in der Logik des Vorschlags, daß damit eine Mindestmandatszeit entfallen kann. Auf

39 BVerfGE 40, 296 (S. 315).

40 Vgl. Hans Herbert von Arnim: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld, a. a. O., S. 258/259.

41 Vgl. Martin Grundmann: Zur Altersentschädigung für Abgeordnete, in: Die Öffentliche Verwaltung, Stuttgart 1994, Nr. 8, S. 332/333.

diese Art und Weise wird auch das Entstehen einer Lücke im Gesamtverlauf der Altersversicherung vermieden.

Um »unangemessene« Vorteile der Abgeordneten gegenüber der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung aufzuheben, hat die PDS-Bundestagsgruppe bereits 1997 in einem Antrag verlangt, für Abgeordnete des Deutschen Bundestages »unverzüglich, das heißt noch für das Jahr 1997, eine gesetzliche Rentenversicherung nach dem Vorbild der gesetzlichen Rentenversicherung für Angestellte einzurichten«.⁴²

42 Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und der Gruppe der PDS: Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten (Drucksache 13/7691), S. 2.

Doppel-Alimentierung

Obwohl das Prinzip der Gewaltenteilung gebietet, daß Ministerpräsidenten beziehungsweise Bundeskanzler und Minister nicht gleichzeitig Abgeordnete der Legislative sein dürfen, die ja die Exekutive zu kontrollieren hat, sind in der Bundesrepublik Deutschland nur in Hamburg und in Bremen Senatorenamt und Bürgerschaftsmandat inkompatibel, womit eine Doppel-Alimentierung von vornherein ausgeschlossen ist. In Niedersachsen und im Saarland werden an Regierungsmitglieder, die gleichzeitig ein Abgeordnetenmandat innehaben, keine Diäten gezahlt. In allen übrigen Ländern erhalten Regierungsmitglieder mit Abgeordnetenmandat zwischen 25 und 70 Prozent der Mandats-Entschädigung eines »einfachen« Abgeordneten zusätzlich zu ihren Bezügen als Ministerpräsident oder Minister. Im Bund beträgt diese Marge 60 Prozent. Dazu kommen jeweils anteilige steuerfreie Abgeordneten-Kostenpauschalen.

Im Ergebnis erhalten so die Bundesminister Otto Schily, Rudolf Scharping oder Joschka Fischer mit Abgeordnetenmandat 265 597 € (519 463 DM), die Bundesminister Hans Eichel, Walter Riester oder Werner Müller jeweils ohne Abgeordnetenmandat »nur« 166 092 € (324 847 DM) im Jahr. In Bayern kommt Ministerpräsident Edmund Stoiber neben seinem Amtsalär von 193 538 € (378 527 DM) auf ein »Schatteneinkommen« von 106 267 € (207 840 DM) im Jahr. Und in Baden-Württemberg bezieht Ministerpräsident Erwin Teufel zu seinem Bruttoeinkommen aus dem Amt von 179 603 € (351 272 DM) noch 87 891 € (171 900 DM) aus seinem Abgeordnetenmandat im Landtag.⁴³

Verfassungsrechtlich wird die Möglichkeit für fragwürdig gehalten, Doppelbezüge aus öffentlichen Kassen zu beziehen.⁴⁴ Jürgen Grünert, Richter am Amtsgericht Völklingen, konstatiert: »Bei Vereinbarkeit von Amt und Mandat ist eine »Mehrfach-Alimentation« verfassungsrechtlich nicht geboten.«⁴⁵ Das BVerfG hat dazu in seinem Diäten-Urteil von 1975 generell festgestellt: »Bei der Neuregelung (der Diäten – J. W.) wird zu beachten sein, daß nun in einer Person zwei Bezüge aus öffentlichen Kassen mit Alimentationscharakter zusammentreffen können: die Abgeordnetenentschädigung und beispielsweise das Gehalt eines Hochschullehrers, eines Parlamentarischen Staatssekretärs, eines Ministers. Die Alimentationsverpflichtung der öffentlichen Hand geht in einem solchen Fall nicht notwendig auf eine doppelte Aufbringung des angemessenen Lebensunterhalts. Es fehlt jedenfalls an jedem sachlich zureichenden Grund, diesen Fall anders als entsprechend den gegenwärtig im Beamtenrecht geregelten Grundsätzen zu behandeln und den Abgeordneten zu privi-

43 Vgl. Hans Herbert von Arnim: Politik macht Geld. Das Schwarzgeld der Politiker – weißgewaschen, München 2001, S. 240/241, 246/247 und 250/251.

44 Vgl. BVerfGE 40, 296 (S. 329/330); BVerfGE 76, 256 II (S. 343).

45 Jürgen Grünert: Amt, Mandat und »Mehrfach-Alimentation«, in: Verwaltungsrundschau. Zeitschrift für Verwaltung in Praxis und Wissenschaft, Köln 1992, Nr. 12, S. 417.

46 BVerfGE 40, 296 (S. 329/330).

47 BVerfGE 40, 296 (S. 330). – Dagegen vertritt Walter Seuffert in seinem Sondervotum zum Diäten-Urteil die Auffassung, bei einer Anrechnung von Ab-

legieren (vgl. BVerfGE 32, 157 {166}). Das wäre unvereinbar mit dem Gleichheitssatz.⁴⁶

Und weiter: »Außerdem wird bei der Neuregelung zu überlegen sein, ob nicht im Hinblick auf die dargestellte Verfassungsrechtslage auch die Regelung über das Übergangsgeld und über die Altersrente geändert oder ergänzt werden muß (letzteres beispielsweise, wenn zwei Altersversorgungen aus der öffentlichen Kasse zusammentreffen) und ob Übergangsregelungen (beispielsweise zur Angleichung des Rechtsstandes ausgeschiedener Abgeordneter an den neuen Rechtsstand) oder Vorbehalte zugunsten eines erworbenen Rechtsstandes ausgeschiedener Abgeordneter nötig sind.«⁴⁷

In der Literatur ist in diesem Zusammenhang mit Recht die Frage aufgeworfen worden, weshalb ein Minister neben seinen Ministerbezügen noch ein weiteres der Alimentation dienendes Einkommen (wie das des Abgeordneten) beziehen müsse, wenn die Ministerbezüge ohnehin dazu bestimmt sind, die Alimentation des Ministers und seiner Familie *voll und angemessen* zu gewährleisten.⁴⁸ Meines Erachtens gibt es in der Tat *keinen* inneren Grund für eine solche Verfahrensweise, und zwar weder in der Form, daß beide Voll-Alimentationen nebeneinander bezogen werden noch in der Form, daß eine Alimentation (zum Beispiel die Ministerbezüge) voll und die andere (zum Beispiel die Abgeordnetenbezüge) teilweise (über ein Anrechnungsverfahren) zugestanden wird.

Martin Grundmann und Hans Herbert von Arnim haben darauf hingewiesen, daß das BVerfG zwischen der Frage, ob die öffentliche Hand zu einer doppelten Aufbringung des angemessenen Lebensunterhalts *verpflichtet* sei, was grundsätzlich verneint wird, und der Frage, inwieweit es *zulässig* ist, daß der Abgeordnete neben Bezügen aus öffentlichen Kassen mit Alimentationscharakter weitere derartige Bezüge aus öffentlichen Kassen erhält, sehr wohl unterscheidet. Bezüglich der zweiten Frage hebt das Gericht auf den Vergleich mit den gegenwärtig im Beamtenrecht geregelten Grundsätzen ab und unterstreicht, daß eine Besserstellung des Abgeordneten mit dem Gleichheitssatz *unvereinbar* sei, weil es an jedem *sachlichen Grund* dafür fehle. Nach den gegenwärtig im Beamtenrecht geregelten Grundsätzen gilt, daß beim Zusammentreffen von Dienstbezügen aus mehreren Hauptämtern grundsätzlich nur die Besoldung aus dem Amt mit den höheren Dienstbezügen gewährt wird (§ 5 BBesG). Nur *als Ausnahme* kann zusätzlich ein Teil des Einkommens, und zwar maximal ein Drittel, aus dem geringer besoldeten Amt zusätzlich gezahlt werden.⁴⁹

Willi Geiger hat darauf hingewiesen, daß dann, wenn die Existenzsicherung der Grund für die Leistung aus der öffentlichen Kasse ist, die öffentliche Kasse nicht voll doppelt leisten soll.⁵⁰

Das BVerfG hat in seiner Entscheidung von 1987 zwar einerseits die Statusunterschiede von Beamten und Abgeordneten betont, andererseits aber unterstrichen, daß dann, wenn der Bundesgesetzgeber die Abgeordneten-Entschädigung und -Versorgung nach dem Prinzip der Voll-Alimentation bemessen habe, »es wenig folgerichtig« sei, »bei einem Zusammentreffen von Abgeordnetenentschädigung und -versorgung mit Bezügen aus anderen öffentlichen Kassen von deren Anrechnung abzusehen«⁵¹. Das BVerfG hat damit auch für

geordneten-Entschädigung und anderen Bezügen aus öffentlichen Kassen entsprechend den im Beamtenrecht geregelten Grundsätzen würde »damit Unvergleichbares in einen Topf geworfen«. Es würde dem Gebot der gleichen Entschädigung für alle Abgeordneten und Artikel 3 Absatz 1 GG widersprechen, Bezüge aus öffentlichen Kassen, die nicht der Abgeordneten-Entschädigung selbst zuzurechnen seien, (wie auch Bezüge aus anderen Kassen) mit der Entschädigung zu verrechnen. Vgl. BVerfGE 40, 296 (S. 341/342). – Ähnlich wie Seuffert Henkel: Vgl. Joachim Henkel: Amt und Mandat. Die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes, Berlin und New York 1977, S. 59-63.

48 Vgl. Hans Herbert von Arnim: Macht macht erfinderisch, a. a. O., S. 77. – Horst Dietrich hält hingegen eine Teilanrechnung mit dem Diäten-Urteil und offenbar auch in der Sache für vereinbar. Vgl. Horst Dietrich: Beamte als Abgeordnete und das Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Zeitschrift für Beamtenrecht, München, Düsseldorf 1976, Nr. 4, S. 104.

49 Vgl. Martin Grundmann: Zur Altersentschädigung für Abgeordnete, a. a. O., S. 332; Hans Herbert von Arnim: Macht macht erfinderisch, a. a. O., S. 77/78.

50 Willi Geiger in der Diskussion. In: Politik als Beruf? a. a. O., S. 142.

51 BVerfGE 76, 256 II (S. 343).

Abgeordnete die im Beamtenversorgungsgesetz vorgesehene Anrechnung nahegelegt. Abgeordnete würden ansonsten gegenüber anderen Berufsgruppen *ungerechtfertigt privilegiert* werden, wenn Einkommen und Versorgungsbezüge aus öffentlichen Kassen, die ebenso wie die Abgeordneten-Entscheidung Alimentscharakter besitzen, nicht angerechnet würden.

Über den Komplex der ungerechtfertigten zusätzlichen Belastung der öffentlichen Kassen hinaus ist auch aus funktionellen Erwägungen eine zusätzliche Voll- oder Teil-Alimentierung aus dem Abgeordnetenstatus zur Alimentierung als Ministerpräsident oder Minister abzulehnen. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) erklärte, als er noch Oppositionsabgeordneter war: »Tatsache ist, wer in diesem Lande Minister ist, nimmt Verpflichtungen als Abgeordneter nicht mehr wahr, hat keinen Aufwand als Abgeordneter mehr, und deshalb ist es auch nicht sinnvoll, daß er dafür noch etwas zusätzliches bezieht.«⁵²

Der Staatsrechtler und ehemalige Hamburger Senator Ingo von Münch nennt es zu Recht eine »Verhöhnung der Gewaltenteilung«, wenn ein Minister zugleich ein Abgeordneten-Mandat innehat, und schreibt: »Wie jemand neben einem Regierungsamt noch ausreichend Zeit finden kann, um zusätzlich ein Abgeordnetenmandat tatsächlich wahrzunehmen, ist mir schleierhaft. Dies muss um so mehr für Bundesminister gelten, die zugleich Bundestagsabgeordnete sind. Nach dem Diätenurteil des BVerfG verlangt das zur ›Hauptbeschäftigung‹ gewordene Mandat ,den ›ganzen Menschen‹ [...]. Kein Gesäß ist so breit, dass jemand gleichzeitig auf der Regierungsbank und auf einem Abgeordnetenstuhl sitzen kann.«⁵³

Vor diesem Hintergrund bleibt die Tatsache, daß beispielsweise einem bayerischen Minister zu seinen Ministerbezügen noch die Hälfte der Abgeordneten-Entscheidung gezahlt wird⁵⁴, zumindest fragwürdig und in der Sache selbst nicht gerechtfertigt. Wenn im Bund und in den Bundesländern – wie bereits in Hamburg und in Bremen – eine Inkompatibilität von Ministerpräsidentenamt und Ministeramt einerseits und Abgeordnetenmandat andererseits festgelegt würde, wäre das hier soeben abgehandelte Problem des Zusammenstehens von Ministerpräsidenten- beziehungsweise Minister-Bezügen und Abgeordneten-Entscheidung gegenstandslos.

52 Zitiert in: Hans Herbert von Arnim: Politik macht Geld, a. a. O., S. 32.

53 Ingo von Münch: Minister und Abgeordneter in einer Person. Die andauernde Verhöhnung der Gewaltenteilung, in: Neue Juristische Wochenschrift, München und Frankfurt am Main 1998, Nr. 1/2, S. 35.

54 Vgl. Bayerisches Abgeordnetengesetz, Artikel 6 Abs. 6.

JÜRGEN MEIER

Wer hat Angst vor Bürokraten? Wahlillusionen und Demokratie

In der Vorstellung des Bürokraten wird die Ökonomie¹ von dinglichen Beziehungen bestimmt, denen der Mensch nur konkret zu folgen braucht, indem er die Dinge kauft, verkauft, konsumiert oder produziert. Mit seiner Bürokratentätigkeit legt er für diese dinglichen Beziehungen die »Rahmenbedingungen« fest. Dabei sieht er nicht den Menschen, den er mit seinen Entscheidungen trifft. Dem konkreten Leben der Menschen gegenüber ist der Bürokrat gleichgültig; es ist ihm fremd. Dieser Fremdheit entspringen die vielen Beamtenwitze, mit denen die Bevölkerung die Bürokraten geißelt. Aber auch seine schnelle Anpassungsfähigkeit an neue Staatsgebilde, denen er dient, sind häufig Zielscheibe von Späßen. Der Bürokrat paßt sich den staatlichen Vorschriften rasch an, gilt aber als völlig unflexibel, wenn es um Entscheidungen geht, die das Alltagsgeschäft der Marktwirtschaft erfordern. Er hält sich am Abstrakten fest, wirkt dabei stocksteif, häufig unsympathisch, unfreundlich, und scheint vom Leben nicht viel Sinnlichkeit vermittelt zu bekommen. Er funktioniert nach Vorschritt. Dies sind für Populisten gute Gründe, um die Jagd auf ihn zu eröffnen. Doch was wollen die Jäger des Bürokraten eigentlich zur Strecke bringen? Die Bürokratie?

Lothar Späth – ein Antibürokrat?

Es ist für Politiker unserer repräsentativen Demokratie chic geworden, die Bürokratie² dieser Demokratie zu kritisieren. Sie meckern über die »Verkrustungen« oder »Bürokratisierungen« des Staates, und haben dabei häufig nur partikuläre Interessen im Kopf. Wenn Lothar Späth zum Beispiel in einem Interview weltmännisch erklärt, daß er der SPD nicht zutraue, »weniger Staatseinfluß und Bürokratieabbau durchzusetzen«, macht er durch seine Haltung zum neuen Tarifreuegesetz deutlich, was das im Konkreten für ihn bedeutet: »Ich kann mich nicht für diese Neuregelung aussprechen ... für den ostdeutschen Bau, der nur noch dadurch gestützt wird, daß er sich im Westen mit günstigeren Löhnen ein paar Aufträge holen kann, wären die Auswirkungen verheerend.«³ Späth, vielleicht die künftige Inkarnation des entbürokratisierten modern bürgerlichen Staatspolitikers, der den Citoyen⁴ und den Bourgeois in einer Person vereint, fordert Lohndumping. Darin bekommt er lauthals Unterstützung vom BDI-Chef Rogowski, den ärgert die Tarifautonomie auf der Grundlage von Flächentarifverträgen genauso wie Späth. Streiks, so Rogowski, seien »martialische Instrumente aus dem vorletzten Jahrhundert«, die durch »neue Konzepte der Lohnfindung« und weitge-

Jürgen Meier – Jg. 1950, studierte »Intermedia« in Bielefeld (Kunst, Philosophie, Foto, Film), arbeitete als PR-Berater, Werbekonzepter und -texter. Derzeit ist er als Dokumentarfilmer und freier Publizist tätig. Autor mehrerer Bücher, unter anderem »Werbung oder Kunst« (Edition Collage), »Das moderne Krankenhaus« (Luchterhand) und aktuell »Fortunas Kinder – Eine kleine Geschichte des Glücks« (Aufbau 2002). Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Die Abkehr von der Manipulation ist ein Gerichtetsein auf die Wirklichkeit – Georg Lukács« in Heft 131 (September 2001), S. 838-843.

1 Mit der bürgerlichen Produktionsweise entstand die Notwendigkeit einer Staatsbürokratie, die das Gleichheitsrecht für alle Menschen auf nationaler Ebene mit Gesetz und ausführenden Staatsorganen umsetzte und kontrollierte. Die Bourgeoisie, die sich mit ihren Forderungen nach Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit massiv gegen die Feudalherren durchsetzen mußte, deren Standesdenken der gesellschaftlichen Entwicklung im Wege stand, griff in ihrem revolutionären Eifer, als Orientierung für eigenes Handeln, gern auf die griechische Antike zurück. Sie unterlag dabei allerdings selber einer Illusion. Denn die Kapitalisierung der Produktionsverhältnisse organisierte die Beziehungen der Menschen »von unten« her völlig neu. Die einen waren Eigentümer von vergegenständlichter Arbeit, von Kapital, die anderen von lebendiger Arbeit, Arbeitskraft. Die vergegenständlichte Arbeit brauchte die lebendige und umgekehrt. Die »Form der Organisation« dieser Produktion von lauter Privateigentümern, die sich aus dieser, die Gesellschaft prägenden Beziehung ergab, war nicht vergleichbar mit der griechischen Polis, in der die freien Menschen allesamt Polis-menschen waren, also wirklich identisch mit der Polis.

2 Die *bureaucratie*, die »Herrschaft des Beamtenapparates«, tauchte in Europa erstmalig mit der französischen Revolution auf. Damit innerhalb einer Nation ein globaler Markt entstehen konnte, mußte sich die Bourgeoisie gegen die Willkürherrschaft der Aristokratie durch einheitlich national herrschende

hende Autonomie der Betriebe bei Lohn- und Arbeitszeitfragen ersetzt werden müßten. Der Kündigungsschutz, die Mitbestimmung, die Versicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte und das Recht auf Teilzeitarbeit müßten weitgehend abgeschafft werden. So spricht der Antibürokrat, der alles konkret im Interesse der bürgerlichen Marktwirtschaft regeln möchte. Wenn Arbeiter und Angestellte die »martialische« Waffe des Streiks einsetzen wollen, um den Preis ihrer Arbeitskraft dem gesellschaftlichen Wert anzupassen, tun sie doch nur das, was jeder Unternehmer täglich tut. Der versucht doch auch den möglichst höchsten Preis für seine Waren zu erzielen. Genau das aber wollen die Streikenden für ihre Arbeitskraft auch erreichen. Nur durch Streik erzielten die Beschäftigten der Metallindustrie 2002 die Durchsetzung der Preiserhöhung ihrer Arbeitskraft um vier Prozent. Ein Streiktag, so beschwerte sich die Porsche-Geschäftsführung, kostete das Unternehmen elf Millionen Euro. Den nüchtern blickenden Betrachter könnte dies lediglich zu dem Schluß kommen lassen, daß die Arbeiter und Angestellten des Unternehmens offensichtlich doch immer noch diejenigen sind, die den Porsche-Reichtum produzieren.

Der Bürokrat beim Arbeitsgericht, der sich als abstrakter Mensch an die jetzt bestehenden Vorschriften hält, kontrolliert auf einem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz, Rechtsstaatlichkeit genannt, die Einhaltung des gültigen Tarifrechts, Kündigungsschutzes oder der Mitbestimmung. Das ärgert nicht nur Lothar Späth, sondern alle, die der Arbeitskraft einen höheren Preis zahlen sollen oder den Arbeitenden mehr Rechte zusprechen müssen. Auch in anderen Bereichen der Gesellschaft nervt der Bürokrat, der sich an die Vorschriften hält und sich nicht von dem Scheckbuch eines Unternehmers flexibilisieren läßt. Verlangt der Bürokrat von allen Produzenten, die einen Öko-Stempel auf ihre Waren drucken möchten, festgelegte Auflagen und Kontrollen, so verhindert er durch seine kontrollierende Aktivität den freien Handel, der für die Freiheit schlechthin zu stehen scheint. Deshalb sind natürlich einzelne Produzenten oder Händler, die ihren Weizen, ihre Tomaten, Hühner, Puten, Schweine oder Rinder lieber dort kaufen wollen, wo sie billig, wenn auch verseucht sind, um einen Extraprofit einzustecken, erzürnt über diesen Bürokraten, der sich stur an seine Vorschriften hält und der überhaupt nicht dem entsprechen will, was tüchtige Leute *Flexibilität* zu nennen pflegen. Dennoch bleibt auch der aufrechtste und gerechteste Bürokrat ein Bewahrer des gesellschaftlichen *status quo*, was besonders dann deutlich wird, wenn der Bürokrat bei Besetzung einer Fabrik durch die Arbeiter und Angestellten oder einer Schienenblockade von Demonstranten, die sich gegen die Castortransporte der Atomindustrie wehren – und dies in dem Bewußtsein tun, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke ist –, diese Aktionen als illegal einstufen muß, weil seine Vorschriften dies für ihn deutlich belegen. Zur Durchsetzung seiner Vorschriften setzt er die exekutive Macht der Polizei in Bewegung, was ihm das Lob auch jener Antibürokraten einbringt, die ihn ansonsten nicht sehr schätzen. Nutzt der Gleichheitsgrundsatz den eigenen ökonomischen Interessen, freut man sich über den sturen Bürokraten, richtet sich dieser jedoch gegen diese Interessen, so wird er als verkrustete Struktur beschimpft.

Der bürgerliche Citoyen, schlicht Bürokrat genannt, ist die allgemeine Kehrseite des bürgerlichen *homme*. Wie in Streiks oder in Demonstrationen der Bevölkerung deutlich wird, richten sich diese zwar zunächst nur punktuell gegen konkrete oder abstrakte Interessen der Bourgeoisie;⁵ sie bedeuten aber immer einen massiven Protest dieser konkreten, von der bürgerlichen Gesellschaft verärgerten und enttäuschten Menschen, gegen eine Demokratie, die formal demokratisch ist, weil sie vor den Fabrikatoren endet, also bei einer Form stecken bleibt, die demokratisch aussieht, aber sich dennoch vom Volk und dessen konkreten Lebensumständen entfernt hat. Dies verhindert die Entstehung der tatsächlichen oder totalen Demokratie, die aus der Vereinigung von konkreten Menschen entsteht und in der der einzelne sich als handelndes Subjekt begreift, das die Ökonomie als prägende Kategorie des gesellschaftlichen Seins versteht, die, wie in der griechischen Polis, allerdings unter modernen und alle Menschen erfassenden Bedingungen, unmittelbar beim konkreten Menschen bleibt.

Der bürgerliche Bürokrat ist und bleibt dagegen nur eine Karikatur dieses totalen Menschen. Doch, je nach Stand der gesellschaftlichen Entwicklung, ist dieser Bürokrat unter bestimmten Umständen von allen Demokraten gegen die Angriffe der Antibürokraten zu schützen. Auch wenn der Bürokrat vorgibt, im Interesse des Allgemeinwohls zu handeln, und darunter versteht, das ideelle Gesamtinteresse der bürgerlichen Produktionsweise verteidigen zu müssen, so stellen die Angriffe der meisten Antibürokraten auf die Bürokratie demgegenüber keinen Fortschritt dar, sondern sind ein Schritt zurück. Nicht mehr der Bürokrat, also der abstrakte *Mensch*, sondern der *Markt*, also die Interessen einzelner, der stärksten und größten Bourgeois, soll die Rechtsverhältnisse bestimmen. Die Industriemanager Späth oder Müller personifizieren hier eine deutliche Tendenz. Der heutige Bürokrat (Berufspolitiker) soll sich mehr und mehr als bürgerlicher *homme* fühlen, nicht mehr als abstrakter *Mensch*. Das spiegelt sich sehr gut in der Wandlung des Managements von der direkten Befehlsstruktur zum *Teamwork* wider, welche die bürokratischen Institutionen des Staates von der Industrie übernommen haben. Es herrscht nicht mehr nur der Befehlston vor, sondern es ist das projektbezogene »Wir-Gefühl« von Dienstleistern gefragt, die für das bürgerliche Allgemeinwohl nützlich sein wollen. Der »sture« Beamte soll dynamisiert werden. Es soll verhindert werden, daß ein sturer Beamter an dem Umweltschutzgesetz festhält, statt zu erkennen, daß es zur Sicherung des »Wir-Gefühls« in erster Linie um die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland geht. Also soll der sture Beamte oder Bürokrat im Team lernen, flexibel über schlechte Emissions- oder Grenzwerte hinwegzusehen. Teamarbeit ist natürlich der konkreten Arbeitsweise der Menschen viel entsprechender als Dienst nach Befehlsanweisung. Deshalb verblüfft es den Bürger, wenn im Staatsbüro »teammäßig« gearbeitet wird. Das klingt soviel menschlicher als der barsche Ton des preußischen Staatsbeamten. Doch der Schein trügt. Hinter der Teamfassade steckt noch immer der »ideelle Gesamtkapitalist«, wie zu Zeiten Bismarcks. Es geht den Antibürokraten um Marktvorteile, nicht um allgemeines Recht oder um den »Sozialstaat«.

Bestimmungen abgrenzen. Der Grundsatz der Gleichheit, an dem die Bürokratie festzuhalten hatte, war gegenüber den Vertretern des »blauen Blutes«, die ihre Vormachtstellung als besondere, von Geburt an festgelegte Klasse naturmäßig und »von Gottesgnaden« herleitete, eine fortschrittlich wirkende Kraft, die sich an dem individualistischen römischen Recht schulte.

Der Bürokrat ist daher ein »sachbezogener«, sich an den »Tatsachen« und »Vorschriften« orientierender Mensch. Dementsprechend verwaltet er sein Ressort, Abteilung, Schule, Referat, Krankenhaus, Ministerium, Institut, Gericht oder Polizeistation. Er setzt die formale Gleichheit der Besitzenden und der Abhängigen, die lediglich die Freiheit besitzen, sich ihre Arbeitsstelle selbst zu suchen, mit der Freiheit und Gleichheit ganz allgemein in eins. Er funktioniert also nach dem Grundsatz: Gleiches Recht für alle.

3 Rheinischer Merkur, Nr. 22, 2002.

4 Der bürgerliche *Citoyen* ist die allgemeine Kehrseite des *Bourgeois*.

5 Der Bourgeois beruft sich auf nichts, außer auf sich selbst. Sein Selbstbewußtsein ist unmittelbar irdisch und er lächelt über mögliche ethische Ermahnungen des Citoyen oder dessen Ideologen, von denen er weiß, daß sie von »seinen« Steuergeldern, also von der Produktivität seiner Unternehmungen partizipieren.

Die antike Polis war das politische Vorbild der bürgerlichen Revolutionäre, bis ihr Streben in der Französischen Revolution ihre praktische Erfüllung fand. Eine Erfüllung, die den Unterschied von antiker und moderner Gesellschaft enthüllte. Es wurde deutlich, wie sehr die antike Polis und das Ideal des Polisbürgers weder Inhalt noch Form der modernen bürgerlichen Gesellschaft abgeben konnten, sondern bloß das notwendige Kostüm, die – notwendige – Illusion ihrer heroischen Periode waren.

Marx hat die gesellschaftlichen Grundlagen dieser notwendigen Illusion in seiner Analyse der Notwendigkeit der Spaltung des bürgerlichen politisch-gesellschaftlichen Bewußtseins in *Citoyen* und *Bourgeois* aufgedeckt. Diese Spaltung folgt zwangsläufig aus der Beziehung der modernen bürgerlichen Gesellschaft zu ihrem eigenen Staat, aus der Beziehung des individuellen Mitglieds der bürgerlichen Gesellschaft zu diesem Staat, aus der Beziehung der kapitalistischen Basis zu ihrem staatlichen Überbau.

Der gewählte Bürokrat braucht ein Image!

Die Krankenhäuser, die in ihrer modernen Form mit der französischen Revolution entstanden, sind Denkmäler der bürgerlichen Illusionen.⁶ Sie wurden vom Citoyen auf verschiedenen Ebenen des Staates (national, kommunal, später von den Bundesländern) gegründet. Der antiken Polis entsprechend, sollte jeder einzelne als Gleicher mit der Gemeinschaft identisch sein. Die Gemeinschaft, besser gesagt, die Illusion dieser Gemeinschaft, verkörpert durch den bürgerlichen Citoyen, scheint ein Gegensatz zur privaten Produktionsweise des Bourgeois zu sein. Citoyen und Bourgeois scheinen getrennte Wege zu gehen. Der Citoyen scheint ein über der Gesellschaft schwebendes Wesen zu sein, dessen Aufgabe allein die Hinwendung des menschlichen Trachtens auf das »Allgemeinwohl« (Gerhard Schröder) ist, das alle gesellschaftlichen Interessen miteinander zu versöhnen hat.⁷

Die Trennung, bei gleichzeitiger Einheit, von Citoyen und Bourgeois prägt aber nicht nur die gesellschaftliche Entwicklung im allgemeinen, sondern der einzelne »Staatsbürger«, der in demokratischen Wahlen darüber entscheidet, wer beruflich oder ehrenamtlich zum bürgerlichen Citoyen aufsteigen darf, lebt in sich selbst diese Gedoppeltheit. Er bleibt, solange er sich nicht selbst um ein Mandat bewirbt, allerdings immer nur konkreter Mensch, der bestrebt ist, sein Eigentum (Wissen, Know-how, Arbeitskraft, Kapital, Aktien, Hobbys etc.) gewinnbringend einzusetzen. Dabei kennt er nur seine Karriere, seine Benotung, seine Prämie, seinen Bonus, sein Bedürfnis, seine Lust, sein Eigenheim, sein Image, sein Gehalt, seine »Stütze« oder seinen Lohn, sein Auto, seinen Umsatz, seinen Vorteil, seinen Gewinn und kritisiert die Politiker als eitle Typen, die seine Steuergelder vergeuden. Der ständige Rückgang der Wahlbeteiligungen, gerade bei Kommunalwahlen⁸, hat mit dieser Ich-Orientierung des Staatsbürgers zu tun, aber auch mit der Deutlichkeit, mit der die Gedoppeltheit der Kandidaten von den Wählern erlebt wird. Je kleiner die Kommune, desto unmittelbarer ist diese Beziehung von Wähler und Kandidaten. Damit reduziert sich die Möglichkeit der Fetischisierung von Kandidaten. Wenn zum Beispiel der verhei-

6 Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal (1730-1795) ließ das Würzburger Julius-Spital (1789-1793) mit dem Hinweis in ein modernes Krankenhaus umbauen: »Der Fürst sei für das Volk und nicht das Volk für den Fürsten da.«

7 Wirtschaftsminister Müller: »Die Politik ist gegenüber der Industrie nie ganz gleichberechtigt. Wir sind immer die Bittsteller.« (Die Zeit vom 7. 10. 1999)

8 Kommunalwahl Niedersachsen 2001: 56,2 Prozent Wahlbeteiligung. Hannover lag knapp über 40 Prozent.

ratete Oberbürgermeister oder Fraktionsvorsitzende im Rathaus eine homosexuelle Liebschaft pflegt oder wenn er den Posten des Museumsdirektors für sich ins Auge gefaßt hat, so spricht sich das in der Kommune schnell herum. Die konkreten Menschen erleben den abstrakten Menschen, den Politiker, hautnah als konkreten Menschen. Er kann sich nicht verstecken. Anders bei Bundestagswahlen. Die Spitzenkandidaten der Parteien sind hier sehr bemüht, ihr Leben als »Privatpersonen« vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Daß ihnen das nicht ganz gelingt, dafür sorgen die Medien. Sie versuchen es aber, um auf diese Weise mehr Freifläche zu schaffen, auf der sie dann als Citoyen agieren können. Nur als *Citoyen*, als abstrakte oder künstliche Menschen, werden sie von den Wählern bewundert oder einfach nur gemocht. Nur als abstrakte Menschen können sie das darstellen, was die PR-Berater »Image« nennen. Das Image ist aber nur das Bild von einem konkreten Menschen, wie er als Fetisch für viele konkrete Wähler positiv wirken soll. Dieses Bild muß mit dem konkreten Menschen, der es für die Öffentlichkeit darzustellen versucht, nicht übereinstimmen.⁹ Dieses Image ist von Strömungen in der Bevölkerung abhängig, zu der auch die Mode gehört, wie unschwer an den Anzügen der bisherigen Bundeskanzler festzustellen ist. Diese Schaffung eines ausgetüftelten Image für einen Citoyen-Kandidaten funktioniert auf der kommunalen Ebene nicht. Hier ist der Bürokrat, ob als Mitglied des Rates oder in der Verwaltung, immer auch deutlich als *konkreter* Mensch zu erkennen, was gute Chancen bietet, um die direkte Demokratie in allen Belangen zu befördern und zu entwickeln. In der direkten Demokratie ist die Gedoppeltheit der Personen aufgelöst. Die Menschen begegnen sich hier als wirkliche Menschen, die gesellschaftlich denken und handeln. Hier repräsentiert niemand als Citoyen ein Amt, in dem er als konkreter oder wirklicher Mensch Gefahr läuft, zerrieben zu werden. Wenn hier Menschen für die Realisierung einer gesellschaftlichen Aufgabe gewählt werden, bleibt die Qualität dieser Realisierung stets unmittelbarer Maßstab, an dem die gewählte Person von den Wählern gemessen wird. Dieses Prinzip wird längst in den Bürgerinitiativen und vielen Vereinen praktiziert, die besonders in den Kommunen entstehen und sich entfalten.

Die Zerrissenheit des bürgerlichen Menschen¹⁰ in den *Citoyen*, den abstrakten Menschen, und den *homme*, den wirklichen, wahren, egoistischen Menschen, rückt die konkreten und materiellen Alltagsfragen des Menschen in die Sphäre des bloß privaten Lebens. »Wer ist der vom *citoyen* unterschiedene *homme*? Niemand anders als das *Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft*. Warum wird das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft »Mensch«, Mensch schlechthin, warum werden seine Rechte *Menschenrechte* genannt? Woraus erklären wir dies Faktum? Aus dem Verhältnis des politischen Staats zur bürgerlichen Gesellschaft, aus dem Wesen der politischen Emanzipation.«¹¹

»Cleverle« wird der spät(h)e *homme* genannt

Dieser *homme* trägt den freiheitlichen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft, alles Staatliche ist ihm fremd. Allerdings nur, wenn der Staat eine Einschränkung seiner eigenen Freiheit vornimmt und er

9 »Jeder Mensch – Politiker sind da keine Ausnahme – darf seine Gefühle offen zeigen«, so Rudolf Scharping (in *Bild*), dessen Ferienfotos als konkreter Mensch im Pool in der *Bunte* für Wirbel sorgten. Er verstieß damit gegen die bürgerlichen Regeln, nach denen ein Minister ein abstrakter Mensch zu bleiben hat. Krieg kann nur der Citoyen, also der künstliche Mensch, führen, der Ideale zu verteidigen hat, die er als allgemeingültige darstellt.

10 »Endlich gilt der Mensch, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ist, für den *eigentlichen* Menschen, für den *homme* im Unterschied von dem *citoyen*, weil er der Mensch in seiner sinnlichen individuellen *nächsten* Existenz ist, während der *politische* Mensch nur der abstrahierte, künstliche Mensch ist, der Mensch als eine *allegorische, moralische* Person. Der wirkliche Mensch ist erst in der Gestalt des *egoistischen* Individuums, der *wahre* Mensch erst in der Gestalt des *abstrakten citoyen* anerkannt. (Karl Marx: Zur Judenfrage in: MEW, Bd. 1, Berlin 1977, S. 369-370)

11 Ebenda, S. 363 f.

12 »Für viele Firmen ist die Abhängigkeit vom Staat überflüssig geworden.« (Leonard J. Schoppa, Universität von Virginia, im *Rheinischen Merkur*, 14. 9. 2001)

13 Die New-Economy ist, wie Lothar Späth richtig bemerkt, »ganz stark eine Dienstleistungs-Economy«, sie dient nämlich der Beschleunigung der Industrieproduktion und -zirkulation,

das ist ihr allgemeiner Zweck. Nicht die Rivalität von »alter« und »neuer« Ökonomie ist Triebfeder der Globalisierung, sondern die neue Ökonomie dient der alten. Dabei wird allerdings auch deutlich, welch große Möglichkeiten wir Menschen uns unbewußt, also hinter dem Rücken der um Markt-vorteile kämpfenden Akteure, geschaffen haben, und wie wenig wir diese Möglichkeiten bewußt einzusetzen verstehen, um international die menschlichen Verkehrsformen auf die Ebene einer internationalen Kooperation zu heben, in der die Menschen in Malaysia wie in Passau mit ihrer Arbeit ein gemeinsames Ziel verbinden: die Gestaltung unserer Welt dahin zu verbessern, daß sie menschlicher wird und sich jeder Mensch zu einer Persönlichkeit entwickeln kann.

14 Nach der Fusion von Dasa und Aerospace hob Jürgen Schrempf, hervor: »Das ist ein bahnbrechender industrieller Beitrag zum Zusammenwachsen Europas und insbesondere Frankreichs und Deutschlands«, der ohne die »Hilfe der deutschen und französischen Regierung nicht gelungen wäre« ... Schröder sprach von einem »glücklichen Tag« für Deutschland, Frankreich und Europa. »Dies zeigt auch, daß die deutsch-französische industrielle Zusammenarbeit funktioniert.« (HAZ vom 15. 10. 1999)

15 »Wo der politische Staat seine wahre Ausbildung erreicht hat, führt der Mensch nicht nur im Gedanken, im Bewußtsein, sondern in der *Wirklichkeit*, im *Leben* ein doppeltes, ein himmlisches und ein irdi-

Steuer-, Strafzahlungen und behördliche Kontrollen akzeptieren muß. Gegen andere fordert er dagegen mehr Staat, mehr Einschränkung, mehr Kontrollen, mehr Polizei. Er vollzieht aus freier Entscheidung heraus das, was die Triebfeder der Verwertung oder sein Vorteilsringen von ihm verlangt. Besonders »clever« findet er sich, wenn er andere »ausgebootet« hat, was Lothar Späth den Spitznamen »Cleverle« eingebracht hat. Zur Sanierung der Zeissoptik-Werke kassierte er nicht nur Milliarden vom Staat; er verstand es auch mit schwäbischer Raffinesse, Tausende von Arbeitern väterlich auf die Straße zu setzen, ohne daß diese sich dagegen tatkräftig zur Wehr gesetzt haben. Doch der *homme*, egal wie clever er ist, entfremdet sich als Mensch, er sondert sich ab, wird privat und kann das, was Erich Fromm die »Entfaltung des Menschen« genannt hat, nicht wirklich vollziehen. Der *homme* ist lediglich die bürgerliche Emanzipation vom Staat, vom *Citoyen*, dem er als Mensch gegenübersteht. So wie sich der *Citoyen* vom *homme* trennt, so trennt sich das Ideal des menschlichen Lebens von der Wirklichkeit desselben. Der *Citoyen* liefert die Ideale, die bürgerliche sind und dementsprechend mit dem Alter der Bourgeoisie immer heuchlerischer und banaler werden, bis sie im »schlanken« Staat fast ganz verschwinden.¹² Der *homme* kämpft in und mit seiner Wirklichkeit, die er bewußt »seine« nennt, um seinen goldenen Platz am Abgrund, in den er viele wünscht und manchen stößt, verteidigen zu können.¹³ Er will Sieger sein! Gewinner! Erster! Bester! – Freundschaft, Liebe und Kunst gedeihen in dieser Zerrissenheit der bürgerlichen Persönlichkeit immer weniger; sie zeigen sich lediglich noch als Floskeln oder als abstrakte Darstellungen und Kitsch.

Über die Politik des *Citoyen*, der von vielen konkreten *homme* gewählt wurde, für den sich dieser *homme* vielleicht in einer Wählerinitiative engagierte, schimpft der *homme*, sobald sich der Bürokrat im Interesse der gesellschaftlichen Gesamtorganisation gegen seine eigenen partikularen Interessen stellt. Der bürgerliche *Citoyen* beruft sich auf die Vernunft, worunter er immer offener und direkter die adäquate »Form der Organisation« der kapitalistischen Produktionsweise versteht. Der Bourgeois beruft sich auf nichts, außer auf sich selbst. Sein Selbstbewußtsein ist unmittelbar irdisch und er lächelt über mögliche ethische Ermahnungen des *Citoyen* oder dessen Ideologien in Universitäten und Medien, von denen er weiß, daß sie von »seinen« Steuergeldern, also von der Produktivität seiner Unternehmungen partizipieren. Aber der Bourgeois braucht den *Citoyen*, wie dieser den Bourgeois braucht.¹⁴ Sie bilden eine seinsmäßig unzertrennliche Einheit, in der es so scheint, als ob der illusionäre, historisch, wissenschaftlich und rhetorisch gebildete *Citoyen* die Führung übernimmt. Doch der Schein trügt.

Daß diese Zerrissenheit in den einzelnen Individuen, die entsprechend ihrer sozialen Lage weder Bourgeois noch *Citoyen* sind, nicht selten zu psychischen Störungen, gar Psychosen, führt, ist verständlich. Der einzelne kann zwischen den Idealen des *Citoyen*, der sich stets auf das allgemeine Wohl zu kaprizieren scheint und der konkreten bürgerlichen Wirklichkeit, die bereits in der ersten Schulklasse mit quantifizierbaren Leistungsforderungen des Bourgeois beginnt, nicht unterscheiden. Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt

nicht selten Partei für eine der beiden Seiten und verteidigt diese vehement gegen die andere, ohne zu bemerken, daß diese Zerrissenheit zwischen Citoyen und Bourgeois nur zwei Seiten der bürgerlichen Persönlichkeit sind. Ängste, Depressionen, Aggressionen und Suchterkrankungen sind häufig verzweifelnde Reaktionen eines Menschen, der sich in diesem profanen bürgerlichen Leben nach Sinn sehnt, der, wie Erich Fromm sagt, nicht *Haben*, sondern *Sein* will, der aber spürt, daß er in der bürgerlichen Gesellschaft nur *ist*, wenn er etwas *hat*.¹⁵

Je intensiver sich die kapitalistische Ökonomie entfaltet, desto weiter scheinen sich die Formen des Staates vom wirklichen Leben der Menschen zu entfernen. Die Citoyenseite des bürgerlichen Menschen verläuft sich in immer inhaltsleeren und oft heuchlerischen Abstraktionen.¹⁶

Ein »Paradigmenwechsel« der Politik (Schröder, Blair und andere) war 1998 fällig geworden. Die Dominanz des Bourgeois im gesellschaftlichen Sein wurde, wesentlich verursacht durch die sogenannte dritte technische Revolution, welche die schnelle und unbürokratische Verbindung zwischen Produzent und Konsument, Konsument und Konsument ermöglichte, immer deutlicher.

Mehr »Speed«¹⁷ erwartete die Industrie vom Staat. Dem entsprach der Citoyen Gerhard Schröder, so gut er konnte. Siemens ist in den vergangenen Jahren in Deutschland aber nicht weiter gewachsen. 1990 betrug das Inlandsgeschäft noch 50 Prozent, heute sind es noch 25. »Wir haben 65 000 Leute in den USA, 25 000 in China, die Dinge verschieben sich. Deutschland ist immer noch wichtig, weil hier immer noch ein großer Teil unserer Wertschöpfung stattfindet, aber es ist nicht mehr wie vor 20 Jahren.« (Heinrich von Pierer)

Der Bürokrat verliert an Autorität

Die Aufgabe des Citoyen als Personifizierung des organisierenden und vermittelnden Überbaus, der sich über die privatkapitalistische Produktionsweise erhebt, ist heute eine andere geworden. Der Citoyen, ehemals noch mit einem großen Stab von Intellektuellen darum bemüht, historische Vergleiche der bürgerlichen Gesellschaft zu der antiken Polis zu konstruieren, um daraus die utopischen Ideale einer bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten, wird »irdischer«. Seine Ideale, falls er überhaupt noch welche benennen kann, werden auf den Augenblick fixiert (Osterweiterung der Europäischen Union, »neue soziale Marktwirtschaft«, Arbeitsbeschaffung, Senkung der Lohnnebenkosten), was neofaschistische Bewegungen als Nische nutzen, um ihre Ideale vom starken Staat, Kameradschaft und nationalem Stolz, die sie aus der Geschichte der Germanen oder auch der Griechen völlig willkürlich entlehnen und idealisieren, unter den orientierungslosen Menschen zu verbreiten.¹⁸ Sie fordern die Rückkehr des autoritären Citoyen. Sie wünschen sich einen Citoyen mit vielen Idealen, die aber alle nichts mit der konkreten Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu tun haben. Sie restaurieren die Ideale der Antike, die dem herrschenden, dem »liberalen« Citoyen, der keinem *homme* Vorschriften machen möchte, verloren gegangen sind. Diese Rekonstruktion der Ideale kann, wie bei Hitler, schließ-

liches Leben, das Leben im *politischen Gemeinwesen*, worin er sich als *Gemeinwesen* gilt, und das Leben in der *bürgerlichen Gesellschaft*, worin er als *Privatmensch* tätig ist, die andern Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird. Der politische Staat verhält sich ebenso spiritualistisch zur bürgerlichen Gesellschaft wie der Himmel zur Erde. Er steht in demselben Gegensatz zu ihr, er überwindet sie in derselben Weise wie die Religion die Beschränktheit der profanen Welt, d. h., indem er sie ebenfalls wieder anerkennt, herstellen, sich selbst von ihr beherrschen lassen muß. Der Mensch in seiner *nächsten* Wirklichkeit, in der bürgerlichen Gesellschaft, ist ein profanes Wesen. Hier, wo er als wirkliches Individuum sich selbst und andern gilt, ist er eine *unwahre* Erscheinung. In dem Staat dagegen, wo der Mensch als Gattungswesen gilt, ist er das imaginäre Glied einer eingebildeten Souveränität, ist er seines wirklichen individuellen Lebens beraubt und mit einer unwirklichen Allgemeinheit erfüllt.« (Karl Marx: Zur Judenfrage, a. a. O., S. 354 f)

16 Zu der zählt auch die psychologisierte Wendung der Eigentumsfrage, wie sie Alexander Kluge in seinem Buch *Chronik der Gefühle* beschreibt, wonach die Menschen zweierlei Arten von Eigentum besitzen, ihre Lebenszeit und ihren Eigensinn.

17 »Wir sind ein Land mit zwei Geschwindigkeiten. Die Wirtschaft ist beim Umbau schneller als die Politik.

Eines der Kernelemente der Globalisierung ist Speed. Die Entwicklung hat sich in dramatischer Weise beschleunigt. Das Ende ist noch nicht abzusehen. Die Frage ist, ob ein Land wie Deutschland mit dieser Geschwindigkeit mitkommt.« (Heinrich von Pierer, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG)

18 »Thule-Netz«: »Befreite Zonen sind aber auch Plätze, wo die Menschen unsere Worte an unseren Taten messen können. Sie sind Mikrokosmen der Gemeinschaft, die wir für alle anstreben. Befreite Zonen in unserem Sinn sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. Sie sind Heimat für die Heimatlosen. Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands.«

lich dazu führen, daß die Mehrheit der Bevölkerung den »starken« Staat, mit »starken«, jeden Staatsbürger verpflichtenden Idealen, fordert und fördert. An die Stelle des liberalen Citoyen, der sich als direkter Apologet der bürgerlichen Gesellschaft in Pose setzt – weil es schließlich nach 1989 bewiesen sei, daß es nichts besseres gibt, als die »freie Marktwirtschaft«, also die Antibürokratie –, würde dann der indirekte Apologet dieser Produktionsweise treten. Die Formen des bürgerlichen Citoyen haben sich seit der 68er Bewegung mehr und mehr profanisiert oder »liberalisiert«.

Aus dem autoritären Citoyen, der die Mitglieder der Gesellschaft nach überlieferten Idealen und rigiden moralischen Vorschriften als Amtsautorität erziehen wollte, wurde ein antiautoritärer Citoyen, der heute nicht mehr zu erziehen verspricht, sondern der locker, dem modischen Trend folgend, hilft, den Markt der Bedürfnisse des Augenblicks zu befriedigen. Dabei läuft der Citoyen Gefahr, die Zerrissenheit seiner Person zu negieren, die elementarer Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft bleibt, trotz aller formalen Veränderungen. Die Dominanz des Bourgeois in unserer Gesellschaft, und damit die kapitalistische Produktionsweise, ist deutlicher geworden. Statt die Einführung des Unterrichtsfaches Philosophie an den Gymnasien – wie noch im 19. Jahrhundert vom frühbürgerlichen deutschen Citoyen praktiziert –, fordert das Bildungsministerium heute eine flächendeckende Versorgung der Schulen mit Computertechnik.

Die Autorität des Staates und des Citoyen ist in den Hintergrund getreten. Illusionen in den Staat wurden auf diese Weise zerstört oder wenigstens geschmälert, was für den historischen Reifungsprozeß des Subjektes dann nützlich sein kann, wenn in der privaten oder partikularen Produktionsweise eine Aneignungsweise von Mensch und Natur erkannt wird, die den Menschen weltweit immer mehr von sich selbst und vom anderen Menschen als sinnlichen Menschen entfernt. Die Entfremdung der modernen Arbeit ist gleichzeitig subtiler und vereinnahmender geworden, je weniger der abstrakte Mensch des Citoyen im wirklichen Menschen Illusionen auszulösen verstand.

MATHIAS IVEN

»Eine Tugend gibt es, die liebe ich sehr ... « Hermann Hesse in seinen Briefen

» ... eine einzige. Sie heißt Eigensinn. – Von den vielen Tugenden, von denen wir in Büchern lesen und von Lehrern reden hören, kann ich nicht so viel halten. Und doch könnte man alle die vielen Tugenden, die der Mensch sich erfunden hat, mit einem einzigen Namen umfassen. Tugend ist: Gehorsam. Die Frage ist nur, *wem* man gehorche. Nämlich auch der Eigensinn ist Gehorsam. Aber alle andern, so sehr beliebten und belobten Tugenden sind Gehorsam gegen Gesetze, welche von Menschen gegeben sind. Einzig der Eigensinn ist es, der nach diesen Gesetzen nicht fragt. Wer eigensinnig ist, gehorcht einem andern Gesetz, einem einzigen, unbedingt heiligen, dem Gesetz in sich selbst, dem ›Sinn‹ des ›Eigenen‹.¹ « Das sind die Worte eines Menschen, der, »ein Dichter, ein Sucher und Bekenner«,² diesem Sinn des Eigenen in seinem Leben und seinen Werken unablässig folgte. Ein Mensch, der wie kein zweiter die Individualität *kultivierte*, ja, in ihr offensichtlich die Grundbedingung des menschlichen Zusammenlebens überhaupt sah.

Calw im Jahre 1877.³ Am 2. Juli, »gegen das Ende der Neuzeit, kurz vor der beginnenden Wiederkehr des Mittelalters, im Zeichen des Schützen und von Jupiter freundlich bestrahlt«,⁴ wird Hermann Hesse als Sohn des baltischen Missionars und späteren Leiters des *Calwer Verlagsvereins* Johannes Hesse (1847-1916) und dessen in Indien geborener Frau Marie, geb. Gundert, verw. Isenberg (1842-1902), der ältesten Tochter des namhaften Indologen, Sprachwissenschaftlers und Missionars Hermann Gundert, geboren.

Vom Vater ererbt er »das Verlangen nach Unbedingtheit, zugleich die Anlage zu Skepsis, Kritik und Selbstkritik« und »namentlich auch den Sinn für Präzision im sprachlichen Ausdruck«. »Von der Mutter habe ich die Leidenschaftlichkeit des Temperaments geerbt, die heftige, etwas sensationslustige Phantasie, außerdem die musikalische Begabung.« Schließlich brachte die »gemischte Herkunft« der Eltern es mit sich, daß Hesse nie einen sonderlichen »Respekt vor Nationalismus und Landesgrenzen« entwickelte.⁵ War die Frage der Staatsbürgerschaft zur damaligen Zeit doch eher eine großzügig gehandhabte bürokratische Angelegenheit. So heißt es dann auch später: »Für mich ist die Zugehörigkeit zu einem Lebens- und Kulturkreise, der von Bern bis zum nördlichen Schwarzwald, von Zürich und dem Bodensee bis an die Vogesen reicht, ein erlebtes, erworbenes Gefühl geworden.«⁶

Die Familie wohnt von 1881 bis 1886 in Basel. Der Vater unterrichtet bei der *Basler Mission* und erwirbt für die Familie 1883 die

Mathias Iven – Jg. 1960; Dr. phil., Studium der Philosophie, Staats- und Rechtswissenschaften sowie der Psychologie; Herausgeber mehrerer Bücher, zahlreiche Rezensionen, zuletzt in »UTOPIE kreativ«; »Leben als gelebte Ethik. Ludwig Wittgenstein zum 50. Todestag« (Nr. 134; Dezember 2001).

Am 2. Juli diesen Jahres jährt sich zum 125. Mal der Geburtstag von Hermann Hesse. Aus diesem Anlaß fanden und finden in der gesamten Welt zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen statt, die sich dem von einer beispielhaften Humanität, Welt-offenheit und Toleranz geprägten Leben und Werk des international meistgelesenen deutschsprachigen Schriftstellers des 19. und 20. Jahrhunderts widmen.

1 Hermann Hesse: Eigensinn, in: Ders.: Sinclairs Notizbuch, Frankfurt a.M. 1985, S. 55.

2 Nicht anders bezeichnete Zitate finden sich in den unten angeführten Briefausgaben Hesses.

3 Zur Bedeutung dieses Ortes vgl. unter anderem Uli Rothfuss: Autoren, Bücher, Calw. Eintausend Jahre Literatur- und Geistesgeschichte in Calw und Hirsau, Tübingen 2001.

4 Hermann Hesse: Kurzgefaßter Lebenslauf, in: Ders.: Eigensinn, Autobiographische Schriften, Reinbek b. Hamburg 1993, S. 18.

5 Hermann Hesse: Biographische Notizen, ebenda, S. 12/13. Im Zusammenhang mit Hesses Umzugsplänen in die Schweiz schrieb ihm Conrad Haußmann: »Ich zerlege Dich in Gedanken, erkenne das Schweizerische und das Schwäbische in Dir und finde 35% Schwäbisches, 15% Schweizerisches und 50% Undefinierbares, aber doch ziemlich stark Deutsches in Dir stecken.« (zit. nach Hermann Hesse: Bodensee. Betrachtungen – Erzählungen – Gedichte, Stuttgart 2001, S. 262).

6 Ders.: Alemannisches Bekenntnis, ebenda, S. 84. In seinen Worten zum Bankett anlässlich der Nobel-Feier heißt es: »Doch ist mein Ideal keineswegs eine Verwischung der nationalen Charaktere zugunsten einer geistig uniformierten Gesamtmenschheit. O nein, es lebe die Mannigfaltigkeit, die Differenzierung und Stufung unserer lieben Erde! Herrlich ist es, daß es viele Rassen und Völker gibt, viele Sprachen, viele Spielarten der Mentalität und Weltanschauungen.« (ebenda, S. 152).

7 Ebenda, S. 14.

8 Hermann Hesse: Kurzgefaßter Lebenslauf, a. a. O., S. 20.

Schweizer Staatsangehörigkeit. 1886 kehren die Hesses zurück nach Calw. Hesse besucht das dortige Reallyzeum, wechselt, zur Vorbereitung auf das württembergische Landexamen, 1890 zur Göppinger Lateinschule, Voraussetzung für eine kostenlose Ausbildung zum evangelischen Theologen im Tübinger Stift. Die Ausbildung bringt es mit sich, daß Hesse auf sein Basler Bürgerrecht verzichten muß. Der Vater erwirbt für ihn deshalb, als einzigem Mitglied der Familie, im November 1890 die württembergische Staatsangehörigkeit.

Im Jahre 1891 erfolgt der Wechsel in das Klosterseminar Maulbronn. »Im Seminar fingen meine Nöte an.« Wird ihm doch bereits »schon damals durchaus klar«, daß er »nichts anderes als ein Dichter werden wollte«, auch wenn »dies kein anerkannter Beruf war und kein Brot einbrachte«.7 Jedoch: »Es war erlaubt und galt sogar für eine Ehre, ein Dichter zu sein«, allerdings war es unmöglich, ein Dichter zu werden, »es werden zu wollen, war eine Lächerlichkeit und Schande ... Dichter war etwas, was man bloß sein, nicht aber werden durfte.«8

Die Schule mit ihrem Reglement läuft seinen Auffassungen zuwider. »Ich brauchte nur das ›Du sollst‹ zu hören, so wendete sich alles in mir um, und ich wurde verstockt.«9 In einem für das Verständnis von Hesses Leben und Werk äußerst wichtigen Brief vom September 1892 – nach einem Selbstmordversuch wurde er in die Nervenheilanstalt Stetten überwiesen – heißt es: »Meine letzte Kraft will ich aufwenden, zu zeigen, daß ich nicht die Maschine bin, die man nur aufzuziehen braucht. ... Im Übrigen bin ich zwischen den vier Mauern (der Stettener Anstalt) mein Herr, *ich gehorche nicht und werde nicht gehorchen*.« Hesse rebelliert, verlangt nach seiner Freiheit, will seine Individualität leben. Ein paar Jahre später wird er einem Freund gegenüber bekennen: »Du weißt, daß ich trotz meiner Verachtung aller ›Moralen‹ doch auf festen eigenen Beinen stehe und keine Wege wandle, die ich nicht prüfte und die mich von meinen Sternen abführen. In Lebensfragen habe ich nie auf Rat gehört ... Es gilt das Leben, auch wenn es schwer fällt, zu respektieren und seine Bedrängnisse als eine strenge Schule aufzufassen.«

Über »mehr als vier Jahre lang ging alles unweigerlich schief, was man mit mir unternehmen wollte, keine Schule wollte mich behalten, in keiner Lehre hielt ich lange aus«. Mit 15 Jahren nimmt Hesse seine Ausbildung selbst in die Hand. *Lehrmeister* wird ihm die gewaltige großväterliche Bibliothek, »ein ganzer Saal voll alter Bücher, der unter anderem die ganze deutsche Dichtung und Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts enthielt«.10

Nach einem 15monatigen Praktikum in der Calwer Turmuhrenfabrik Perrot und der von 1895 bis 1898 in der Tübinger Buchhandlung Heckenhauer absolvierten Buchhändlerlehre11 veröffentlicht er 1896 sein erstes Gedicht. Zwei Jahre später erscheinen die *Romantischen Lieder*, sein erstes Buch, es folgt der Prosaband *Eine Stunde hinter Mitternacht*. Hesse siedelt nach Basel über, arbeitet als Sortimentsgehilfe in einer Buchhandlung und beginnt, für die *Allgemeine Schweizer Zeitung* Artikel und Rezensionen zu schreiben. Nachdem sich der literarische Erfolg langsam einstellt, gibt er seine Stellung auf.12 Über sechzig Jahre hinweg entsteht nun ein Werk, das Hermann Hesse zum meistgelesenen deutschsprachigen Autor des

19. und 20. Jahrhunderts macht. Werke wie *Unterm Rad*, *Peter Camenzind*, *Demian*, *Der Steppenwolf*, *Siddhartha* oder das *Glasperlenspiel* haben heute Millionenauflagen erreicht.¹³

Auch wenn die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vor wenigen Monaten auf den *Berliner Seiten* verkündete: »Es steht schlecht um Hesse in Berlin«, und die Autoren dieses Beitrages beispielsweise darauf verwiesen, daß – man kann es gar nicht glauben – sich an der *Berliner Freien Universität* vor zwanzig Jahren der letzte Kurs mit dem Dichter aus Calw beschäftigte, so zählen sie doch trotz allem zehn Gründe dafür auf, warum man Hesse noch immer lesen sollte.¹⁴

Erfolg, zumal literarischer, bringt es für einen Autor mit sich, daß sich vielerlei Menschen – und das nicht nur schriftlich¹⁵ – lobend, kritisierend, hilfeschend, wie auch immer an ihn wenden. Hesse hatte in seinem Leben weit mehr als 35 000 Briefe zu beantworten und jeder war ihm gleich wichtig, jedem Schreiber sollte eine persönliche Antwort zuteil werden. Eine selbstaufgelegte Verpflichtung, die ihn zeitweise ganz einnahm. »Ich bin dauernd krank«, heißt es 1928, »ich erhalte jeden Tag zweimal einen Haufen Post, und an den meisten Tagen darf ich an meine eigene Arbeit überhaupt nicht denken, die Briefschreiber wollen mir das nicht erlauben. Mein Privatleben habe ich längst opfern müssen und lebe seit zehn Jahren in einer Isolierung, die wenigstens äußerlich mir zu Zeiten Ruhe und Konzentrationsmöglichkeit zur Arbeit gibt.«

Hesses Briefe – er persönlich sah sich »zur mündlichen, dialogischen Auseinandersetzung wenig begabt und darin gar nicht geübt« – sind nicht nur wohlgefällige, pflichtgemäße Antworten. Da er jedem Schreiber gerecht zu werden versucht, bemüht ist, wenigstens eine kurze persönliche Mitteilung zu geben, stehen sie gleichberechtigt neben seinen, von ihm selbst als *Seelenbiographien* bezeichneten, Prosadichtungen. Auch wenn sich bestimmte Themen zwangsläufig wiederholen, so erfahren wir doch zahllose Dinge über Hesses Innenleben. Die Briefe zeigen ihn uns auf seiner »Höllenerreise« durch sich selbst und zeugen dabei von einem nicht zu erschütternden Verständnis des Individuellen.¹⁶

Eugen Drewermann hat bereits vor Jahren in einem das Werk Hesses psychologisch analysierenden Aufsatz darauf hingewiesen, daß sich an seiner Person das lernen läßt, »was als bloße Formel, als reines Gebot, als sittliches Vorbild nicht lehrbar noch lernbar sein kann: daß sich nichts *mehr* lohnt auf Erden, als gegen alles Verdrehen, Mißverstehen und Verleumdungen, gegen alles Verehren, Verklären und Vermarkten, den Weg nach Innen zu gehen und den Bau der Persönlichkeit niemals abzubrechen.«¹⁷

Solch ein für viele von uns unerreichbar scheinendes Ziel hat seine Voraussetzungen, verlangt grundlegende Entscheidungen. Andererseits macht, und das weiß auch Hesse, erst die Entfaltung der Individualität die Persönlichkeit des einzelnen aus. Natürlich mag ein Lebensweg »von gewissen Situationen aus noch so sehr determiniert scheinen«, jedoch trägt er »stets alle Lebens- und Wandlungsmöglichkeiten in sich, deren der Mensch selbst irgend fähig ist«. Hesse selbst hatte für sich schon früh »den Weg des Egoisten oder Religiösen gewählt« und betrachtete, den für ihn wichtigen Wert des Individuellen bedenkend, »die Pflichten nach außen als ne-

9 Ebenda, S. 18.

10 Ebenda, S. 21.

11 Dazu u.a. Wilfried Setzler: Hesse in Tübingen, Tübingen 2002.

12 Zum weiteren biographischen und werkgeschichtlichen Hintergrund sei bspw. verwiesen auf Joseph Mileck: Hermann Hesse. Dichter, Sucher, Bekenner, Frankfurt a. M. 1979 und Ralph Freedman: Hermann Hesse. Autor der Krisis, Frankfurt a.M. 1982; hilfreich auch Martin Pfeifer: Hesse-Kommentar zu sämtlichen Werken, München 1980, oder Gunnar Decker: Hesse ABC, Leipzig 2002.

13 Im anläßlich des 125. Geburtstages vom Suhrkamp Verlag herausgegebenen *Hesse-Magazin* wird darauf verwiesen, daß 2001 allein im deutschsprachigen Raum 491.680 Expl. von Hesses Werken verkauft wurden.

14 Michael Angele, Verena Mayer: Es steht schlecht um Hesse in Berlin. Heute beginnt die Ausstellung im Kulturforum: In der Realität wird Hesse aber schönede in der zweiten Regalreihe versteckt, in: F.A.Z. vom 17. Mai 2002, Nr. 113, BS 1.

15 Siehe den von Volker Michels herausgegebenen Band Hermann Hesse in Augenzeugenberichten, Frankfurt a.M. 1987.

16 Hermann Hesse: Kurzgefaßter Lebenslauf, a. a. O., S. 27; dazu Regina Bucher, Andreas Furger, Felix Garf (Hg.): »Höllenerreise durch mich selbst«. Hermann Hesse. Siddhartha, Steppenwolf, Zürich 2002.

17 Eugen Drewermann: Das Individuelle gegen das Normierte verteidigen, in: Ders.: Das Individuelle verteidigen. Zwei Aufsätze zu Hermann Hesse, Frankfurt a.M. 1995, S. 10.

18 »Hesse gehörte aber nicht zu denen, die sich mit den Bequemlichkeiten des von der Maske angebotenen eindimensionalen Menschentums begnügen. Er sehnte sich nach den Tiefen und nach der Fülle der Persönlichkeit, nach den Gefahren auf dem Weg zu dieser Fülle; er war bestrebt, auch in seinen Zeitgenossen diese Sehnsucht zu wecken. Darum eben rief er so leidenschaftlich zum Eigensinn – zum Sinn des eigenen Wesens – auf.« (Reso Karalashwili)

19 »Für mich gehört dies im Heimatlich-Deutsch-Romantischen wurzelnde Lebenswerk bei all seiner manchmal kauzigen Einzelgängerei, seiner bald humoristisch-verdrießlichen, bald mystisch-sehnsüchtigen Abgewandtheit von Zeit und Welt zu den höchsten und reinsten geistigen Versuchen und Bemühungen unserer Epoche.« (Thomas Mann)

bensächlich gegen die Pflichten, die wir unserer eigenen Seele schulden«.¹⁸

Diese Entscheidung birgt ein Paradoxon: Der hohe Verallgemeinerungsgrad spricht die Leser persönlich an, fordert sie heraus, den Gedanken Hesses zu folgen, und es tritt das ein, was Hesse immer vermeiden wollte. Auch wenn es manch einer seiner Leser anders sieht: Er ist »kein Führer«, er »will und darf keiner sein«. Es sind und sollen seine Bücher sein, die »den Leser, wenn er willig ist, bis dahin führen, wo er hinter den Idealen und Moralien unserer Zeit das Chaos sieht.« Es wäre unredlich, weiter führen zu wollen. »Die Ahnung der Erlösung, der Möglichkeit das Chaos neu zu ordnen, kann heute keine ›Lehre‹ sein, sie vollzieht sich im unaussprechbaren innersten Erleben Einzelner.«

Hesse sieht seinen Auftrag darin, »der Wahrheit und Aufrichtigkeit zu dienen (und zur Wahrheit gehört auch das Schöne, es ist eine ihrer Erscheinungsformen)«. Er hat eine kleine und beschränkte Aufgabe: »ich muß anderen Suchenden die Welt verstehen und bestehen helfen, und sei es nur, indem ich ihnen Trost gebe, daß sie nicht allein seien«.

Trotz eines solchen, von ihm zwar bescheiden formulierten, aber doch eine größere Dimension umfassenden Wahrheitsanspruchs, entwickelt er »nie das Bedürfnis, recht zu haben«, er erfreut sich eher immer wieder an »der Mannigfaltigkeit, auch der Meinungen und Glaubensformen«.

Hermann Hesse ist, so wie er sich auch zeitlebens selbst darstellt, »kein Vertreter einer festen, fertig formulierten Lehre«, er ist »ein Mensch des Werdens und der Wandlungen«. Dabei glaubt er, ähnlich manch anderem Intellektuellen zu dieser Zeit, nicht an den Fortschritt, »nicht an unsre Wissenschaft, nicht an unsre Politik, nicht an unsre Art zu denken, zu glauben, sich zu vergnügen«, er teilt »nicht ein einziges der Ideale unserer Zeit«. Ist er darum glaubenslos? Nein! Im Gegenteil: Er glaubt an die, an unseren Ursprung zurückgehenden, grundlegenden, uns überlieferten »Gesetze des Menschentums, die tausendjährig sind, und ich glaube, daß sie den ganzen Trubel unsrer Zeit überdauern werden«.¹⁹

Es zeigt sich auch in der heutigen Zeit, daß es vermessen ist zu denken, »daß es eine beste und einzige wahre Religion oder Lehre gibt – wozu auch? Buddhismus ist sehr gut, und Neues Testament auch, jedes zu seiner Zeit und da, wo es not tut«. Für ihn ist eine Religion »ungefähr so gut wie die andre. Es gibt keine, in der man nicht ein Weiser werden könnte, und keine, die man nicht auch als dümmsten Götzendienst betreiben könnte.«

Nicht irgendeine Tugend oder irgendein bestimmter Glaube erscheint Hesse als menschliches Ideal, »sondern als Höchstes, wonach Menschen streben können, erscheint mir die möglichste Harmonie in der Seele des einzelnen«, selbst wenn sie »nie ganz erreicht und immer wieder verloren wird«, so ist sie doch »auch immer wieder zu finden ... Sie bleibend zu haben, halte ich im Weltleben nicht für möglich.«

Die Anschauung des einzelnen resultiert aus dem individuell Gegebenen und so kommt es für Hesse »einzig darauf an, daß jedem von uns ein Erbe und eine Aufgabe mitgegeben ist, er hat von Vater-

und Mutterseite, von vielen Ahnen her, von seinem Volk, seiner Sprache her gewisse Eigenschaften, gute und böse, angenehme und schwierige geerbt, Talente und Mängel, und all dies zusammen ist Er, und dies Einmalige ... hat er zu verwalten und zu Ende zu leben, reif werden zu lassen und schließlich mehr oder weniger vollkommen zurückzugeben.

Natürlich haben sich vor Hesse schon andere Menschen über diese Dinge Gedanken gemacht. Der Sinn des Lebens, das Glück, die menschlichen Tugenden gehören seit Jahrtausenden zu den Dingen, die immer wieder neu bedacht beziehungsweise in Frage gestellt werden. Dabei gab und gibt es bessere und schlechtere Antworten. Hesse, den Blick nach Osten auf die von ihm sehr verehrten fernöstlichen Denker gewandt, resümiert: »Die Philosophie Europas hat Großes getan in der Erkenntniskritik, aber zu jenen grundlegenden Gedanken über Menschenwesen und Leben hat sie nichts Neues, geschweige denn Besseres hinzugebracht.«²⁰

Doch woran glaubt er, woran knüpft er seine Hoffnungen? Sind es nur die »Gesetze des Menschentums«? Gibt es überhaupt etwas, woran man glauben kann? In einem 1930 verfaßten Brief lesen wir: »Der Glaube, den ich meine, ist nicht leicht in Worte zu bringen. Man könnte ihn etwa so ausdrücken: Ich glaube, daß trotz des offensichtlichen Unsinns das Leben dennoch einen Sinn hat, ich ergebe mich darein, diesen letzten Sinn mit dem Verstand nicht erfassen zu können, bin aber bereit, ihm zu dienen, auch wenn ich mich dabei opfern muß. ... Diesen Glauben kann man nicht befehlen und sich nicht zu ihm zwingen. Man kann ihn nur erleben.«

Bei all dem darf man nicht vergessen, daß es natürlich eine gewisse Art von Schicksal gibt. »Es ist aber nicht eine blinde Macht von außen, deren Spielball wir sind, sondern es ist die Summe der Gaben, Schwächen und anderen Erbschaften, die ein Mensch mitgebracht hat. Ziel eines sinnvollen Lebens ist, den Ruf dieser innern Stimmen zu hören und ihm möglichst zu folgen.« Was wäre demnach zu tun? »Der Weg wäre also: sich selbst erkennen, aber nicht über sich richten und sich ändern wollen, sondern sein Leben möglichst der Gestalt anzunähern, die als Ahnung in uns vorgezeichnet ist.«

Diese »Ahnung«, und da ist sich Hesse sicher, läßt sich nicht als »Masse« erfahren. Der Mensch als Masse ist ihm »fremd und höchst fragwürdig«, und so hat auch der »Gedanke, es könnte übermorgen keine Menschheit mehr geben«, für ihn »nichts Schreckendes«. »Nach meiner Erfahrung ist der ärgste Feind und Verderber der Menschen der auf Denkfaulheit und Ruhebedürfnis beruhende Drang nach dem Kollektiv, nach Gemeinschaften mit absolut fester Dogmatik«. Es sind eher die Möglichkeiten des einzelnen, des Individuums, die für Hesse die Ordnung der Welt konstituieren. Er persönlich hat sich sein Leben lang »im Lesen und Schreiben um den einzelnen Menschen bemüht, nicht um den kollektiven«. Einzelgänger, »wachen Gewissens, weitgehend gegen Phrase und Massenhypnose gefeit, bereit zur Hingabe an den Nächsten, aber mißtrauisch gegen die Programme, gegen die Bünde und Kollektive«, wollte er ansprechen.²¹

Der einzelne hat, will er ehrlich gegen sich selbst bleiben, für solch eine Überzeugung Opfer zu bringen, muß sich selbst Be-

20 »Stets hat er die jeweilige konkrete Lebenssituation des anderen mitbedacht, sich in ihn hineinversetzt, stets hat er Anteil genommen an dem, was ihm an Sorgen und Hoffnungen vorgetragen wurde.« (Siegfried Unseld)

21 »Jede Generation seiner Bewunderer hatte andere Anlässe für ihren Enthusiasmus, aber allen gemein war die Sehnsucht nach Einfachheit, nach der Eroberung des Geistes, der Hesse eine Stimme gegeben hatte und die in seinen eigenen lebenslangen Konflikten ein durchgehender Kontrapunkt geblieben war.« (Ralph Freedman)

schränkungen im täglichen Leben auferlegen. Für Hesse bringt die »Einsicht, daß meine Funktion in der Welt nur die des Dichters ist«, es mit sich, daß die Ausübung dieser Funktion ihm »nur möglich (ist) bei größter Zurückgezogenheit«. Er hat Zeit seines Lebens seine »Einordnung ins Ganze des geistigen Lebens mehr in der Vergangenheit und Geschichte suchen müssen als im aktuellen Leben«. Dabei war er vollkommen unfähig, sich »einer der primitivsten Formen von Gemeinschaft auch nur versuchsweise anzuschließen, und desto mehr auf die Auseinandersetzung mit den Religionen und Philosophen der Vergangenheit angewiesen, um schließlich noch den Glauben zu gewinnen, daß auch ich trotz meines Einzelgängertums mit dem Ganzen der Menschheit innig zusammenhänge«. Mit seiner schriftstellerischen Arbeit konnte er dem einzelnen »zuweilen weiterhelfen, Prinzipielles aber habe ich nicht zu sagen«.

Klingt hier etwas wie Resignation an? Oder ist es nicht die Einsicht oder gar Weisheit, daß man oft nur wenige Menschen von seinen eigenen Anschauungen überzeugen kann, daß man als einzelner dem einzelnen gegenübersteht? »Nicht jedem Menschen ist es gegeben«, so Hesse Ende der zwanziger Jahre, »eine Persönlichkeit zu werden, die meisten bleiben Exemplare, und kennen die Nöte der Individualisierung gar nicht. Wer sie aber kennt und erlebt, der erfährt auch unfehlbar, daß diese Kämpfe ihn mit dem Durchschnitt, dem normalen Leben, dem Hergebrachten und Bürgerlichen in Konflikt bringen. Aus den zwei entgegengesetzten Kräften, dem Drang nach einem persönlichen Leben und der Forderung der Umwelt nach Anpassung, entsteht die Persönlichkeit.«

All das zusammengefaßt liest sich in einem Brief an seine Cousine Fanny Schiler so: »Du bist groß im Sichwehren. Du willst nicht geliebt werden, Du willst nicht frohsein oder traurigsein müssen, Du möchtest das alles selber wählen.« Jedoch gilt es nun nicht, so Hesse bereits früher an anderer Stelle, »seine ›Verrücktheiten‹ der Welt aufzuzwingen und die Welt zu revolutionieren, sondern es gilt, sich für die Ideale und Träume der eigenen Seele gegen die Welt soviel zu wehren, daß sie nicht verdorren«.

Betrachtet man Hesses Leben, sein Werk, so wird sehr schnell klar, daß es immer wieder um die Fragen von Moral und Ethik geht. Und selbst wenn er in seinen letzten Jahren gegen den von ihm verehrten Goethe festhält, daß sich für ihn aus der Weltgeschichte nicht schließen läßt, »daß der Mensch gut, edel, friedliebend und selbstlos sei«, so gesteht er doch zu, »daß unter den ihm gegebenen Möglichkeiten auch diese edle und schöne Möglichkeit, das Streben nach Güte, Frieden und Schönheit, vorhanden sei und unter glücklichen Umständen zur Blüte gelangen könne«.

Mit den Begriffen Moral und Ethik verbindet sich die landläufige Vorstellung, daß uns oder den anderen etwas auferlegt, daß die persönliche Freiheit eingeschränkt oder unsere Spontaneität eingeengt werden soll. Doch es geht nicht allein darum, Gebote oder Gesetze, Sünden- oder Pflichtenkataloge aufzustellen. Vorrangig sind es die Haltungen und Verhaltensweisen des Individuums sowie die gesellschaftlichen Wechselwirkungen, die uns interessieren. Die von jedem von uns schon einmal gestellten Fragen »Was soll ich tun?« und »Wie soll ich leben?« verweisen auf mich, auf mein Ich-selbst-Sein

und somit auf meine Individualität innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges.

1919, die Schrecken des Ersten Weltkrieges noch vor Augen, zweifelt so manch einer an der Existenz ethischer Grundwerte. In solch einem Augenblick plädiert Hesse für einen Moralbegriff, der so auf das Individuelle abhebt und dabei so übergreifend allgemein ist, wie wir es in philosophischen Betrachtungen selten finden. Hesse schreibt: »Dies ist der Sinn jeder Moral – was als schädlich erkannt ist, darf nicht nach oben kommen! Es ist aber nichts schädlich und nichts nützlich, alles ist gut, oder alles ist indifferent. Jeder Einzelne trägt Dinge in sich, die ihm angehören, die ihm gut und zu eigen sind, die aber nicht nach oben kommen dürfen. Kämen sie nach oben, sagt die Moral, so gäbe es ein Unglück. Es gäbe aber vielleicht gerade ein Glück! Darum soll alles nach oben kommen, und der Mensch, der sich einer Moral unterwirft, verarmt.«²²

Moral, dieser Inbegriff für Normen, Werturteile oder Institutionen, hat wesentlich mit einer Einstellung zu tun, mit dem Versuch des Individuums, autark zu bleiben. Es geht um die »selbstbewußte Sicherung der Individualität«, um »die ernsthafte Selbstdarstellung eines Individuums in praktischer Absicht«. Solch ein, dem Leben Hesses am ehesten entsprechender, *Selbstbegriff* läßt sich in einen Satz fassen: »Wer sein möchte, wie er ... ist und dabei ... konsequent sein möchte, der stellt sein Leben unter den Anspruch der *Moral*.«²⁴

Der einzig mögliche Ursprung für Moral und Ethik liegt wahrscheinlich und notwendig zuerst in uns selbst. Wir erkennen uns irgendwann als ein *Ich*, als ein einmaliges, unverwechselbares Individuum, dessen Wahrnehmungen und Anschauungen, Gefühle und Empfindungen sein Handeln bestimmen und ihm soziale Kompetenz verleihen. Mein Selbstbewußtsein, meine moralischen Überlegungen bringen mir Einsichten, die mich für oder gegen bestimmte Handlungen entscheiden lassen, die mich moralische Verantwortlichkeit empfinden lassen. In diesem Sinne scheint die Erkenntnis, daß nur wir selbst uns etwas *befehlen* können, für das Verständnis des Verhaltens eines jeden von uns wichtig zu sein.

Es sind die berühmten Sätze aus dem *Glasperlenspiel*, die, als ein ethisch-moralisches Credo gelesen, das Anliegen Hermann Hesses, für das er sein ganzes schriftstellerisches Leben lang gewirkt hat, in wenige Worte faßt: »Du sollst dich nicht nach einer vollkommenen Lehre sehnen, sondern nach einer Vervollkommnung deiner selbst. Die Gottheit ist in dir, nicht in Begriffen und Büchern.« Und gerade die letzten Worte machen das deutlich, was viele von uns immer wieder vergessen. »Der Fehler bei unseren Fragen und Klagen ist vermutlich der, daß wir von außen etwas geschenkt bekommen möchten, was wir nur selber, mit eigener Hingabe, in uns zu erlangen vermögen. Wir verlangen, das Leben müsse einen Sinn haben – aber es hat nur ganz genau soviel Sinn, als wir selber ihm zu geben imstande sind.«²⁵

Blicken wir zum Schluß auf den Anfang unserer Überlegungen zurück.

Drastisch erklärt Hesse Mitte der fünfziger Jahre: »Kurz: die Menschheit verbessern zu wollen, bleibt immer hoffnungslos.« Es kann nicht um die Masse gehen, wenn die Erziehung des einzelnen

22 »Die Bilder und Worte einiger echter Künstler und auch die Worte einiger echter Weiser und Liebender und Sichaufopfernder haben die Zeiten überdauert ... In der Reihe dieser Liebenden und Zeugen ein kleiner, einer von Tausenden zu sein, wäre mein Wunsch und Ehrgeiz, nicht aber für ›genial‹ und dergleichen zu gelten.« (H. H., 1937)

»Ich glaube an den Menschen als an eine wunderbare Möglichkeit, die auch im größten Dreck nicht erlischt und ihm aus der größten Entartung zurückzuhelfen vermag, und ich glaube, diese Möglichkeit ist so stark und so verlockend, daß sie immer wieder als Hoffnung und als Forderung spürbar wird, und die Kraft, die den Menschen von seinen höheren Möglichkeiten träumen läßt und ihn immer wieder vom Tierischen wegführt, ist wohl immer dieselbe, einerlei ob sie heute Religion, morgen Vernunft und übermorgen wieder anders genannt wird.« (H. H., 1938)

»Zwischen Marx und mir ist, abgesehen von den viel größeren Dimensionen von Marx, der Unterschied der: Marx will die Welt ändern, ich aber den einzelnen Menschen. Er wendet sich an die Massen, ich an Individuen.« (H. H., 1954)

23 Volker Gerhardt:
Individualität. Das Element
der Welt, München 2000,
S. 193.

24 Ebenda, S. 187

25 »Ich will nicht belehren
und ein Besserwisser sein,
sondern nur Unruhe
wecken, eingeschlafene
Gewissen und Intellekte
wecken und aktivieren.
Ich müßte aber eigentlich
sagen: Ich *wollte* dies, nicht
ich *will* es, denn jetzt im
hohen Alter denke ich über
den Einfluß, den auch die
bestgemeinten Worte haben
können, sehr skeptisch.«
(H. H., 1960)

26 Hermann Hesse:
Eigensinn, a. a. O., S. 64 f.

geseitert ist. »Darum habe ich meinen Glauben stets auf den Einzelnen gebaut, denn der Einzelne ist erziehbar und verbesserungsfähig, und nach meinem Glauben war und ist es stets die kleine Elite von gutgewillten, opferfähigen und tapferen Menschen gewesen, die das Gute und Schöne in der Welt bewahrt hat.«

Solcherart Auffassung hat nichts Elitäres, auch wenn der Begriff *Elite* fällt. Es sind die wenigen – und wir können Hesse hier getrost in eine Reihe mit den großen Lehrern der Weltgeschichte stellen –, die gerade in schwierigen, aussichtslos erscheinenden Zeiten zum Gewissen der Menschheit werden, die an ihrem Standpunkt unbeirrbar festhalten, ihn leben, andere ermutigen und so unser aller Existenz bewahren. Um so handeln zu können, bedarf es Mut, Kraft, Ausdauer, aber vor allem haben wir etwas Entscheidendes zu akzeptieren: »Wir sind Menschen. Und für Menschen gibt es nur [einen] natürlichen Standpunkt, nur [einen] natürlichen Maßstab. Es ist der des Eigensinnigen. Für ihn gibt es weder Schicksale des Kapitalismus noch des Sozialismus, für ihn gibt es kein England und kein Amerika, für ihn lebt nichts als das stille, unweigerliche Gesetz in der eigenen Brust, dem zu folgen dem Menschen des bequemen Herkommens so unendlich schwer fällt, das dem Eigensinnigen aber Schicksal und Gottheit bedeutet.«²⁶

Am 9. August 1962 stirbt Hermann Hesse in Montagnola. Ein Eigensinniger bis zuletzt.

Hesse in seinen Briefen

Hermann Hesse und Romain Rolland. Briefe [1915-1940], Zürich 1954.

Hermann Hesse: Ausgewählte Briefe, Frankfurt a. M. 1964.

Kindheit und Jugend vor Neunzehnhundert. Hermann Hesse in Briefen und Lebenszeugnissen.

1. Bd. 1877-1895, 2. Bd. 1895-1900, beide Frankfurt a. M. 1966/1978.

Hermann Hesse – Helene Voigt-Diederichs. Zwei Autorenporträts in Briefen, 1897 bis 1900, Düsseldorf 1971.

Hermann Hesse – Karl Kerényi. Briefwechsel aus der Nähe [1943-1956], München 1972.

Hermann Hesse: Gesammelte Briefe in vier Bänden, Frankfurt a. M. 1973 ff.

Hermann Hesse – Peter Suhrkamp: Briefwechsel 1945-1959, Frankfurt a. M. 1969.

Hermann Hesse: Briefwechsel mit Heinrich Wiegand, 1924-1934, Berlin 1978.

Der kuriose Dichter Hans Morgenthaler. Briefwechsel mit Ernst Morgenthaler und Hermann Hesse [1921-1927], Basel 1983.

Hermann Hesse und Hans Sturzenegger. Briefwechsel 1905-1943, Schaffhausen 1984.

Hermann Hesse – Thomas Mann: Briefwechsel [1910-1955], Frankfurt a. M. 1999.

Hermann Hesse – Rudolf Jakob Humm: Briefwechsel, Frankfurt a. M. 1977.

Hermann Hesse: Briefe an Freunde. Rundbriefe 1946-1962, Frankfurt a. M. 1977.

Hermann Hesse: Stufen des Lebens. Briefe, Frankfurt a. M./Leipzig 2002.

KAY MÜLLER

Abschied vom historischen Materialismus

Crome beschreibt die Entwicklung von Marx bis zum Zusammenbruch der RGW-Staaten (kurz gefaßt) wie folgt¹: Marx erarbeitete Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung; daraus folgte, das entsprechende Wissen durch eine Partei in die Arbeiterbewegung hineinzutragen; damit wurde die »führende Rolle der Partei« begründet; Lenin schuf aus ihr in Rußland mit dem »demokratischen Zentralismus« eine Kampfpartei und verjagte mit ihrer Hilfe die gewählte verfassunggebende Versammlung (Konstituante), was die Ansätze einer Demokratie zerstörte und den Übergang zur Funktionsdiktatur bedeutete; Stalin verwandelte den demokratischen Zentralismus in einen bürokratischen Zentralismus,² woraus das Verbot von Fraktionen, anderer Parteien und des Andersdenkens überhaupt folgte; die Schauprozesse waren eine weitere Folge; schon unter dem Einfluß von Engels und Bebel verwandelten sich die Erkenntnisse von Marx in religiöse Glaubenssätze einer teleologischen Heilslehre, was später einen fundamentalistischen Terror im Namen der Wahrheit hervorrief; in den Volkdemokratien entstanden infolge des Wahrheitsanspruchs der jeweils führenden Partei in Abstufung gleichartige Herrschaftsformen; bis in die 70er Jahre hinein entwickelten sich die RGW-Staaten vergleichsweise rasch, die Sowjetunion auch mit bestimmten Spitzenleistungen der Raumfahrt und Rüstungsindustrie; den dann entstehenden Anforderungen der neuen Produktivkräfte (Mikroelektronik u. a.) waren sie aber wegen ihrer administrativen bürokratischen Herrschaftsstrukturen nicht gewachsen und brachen zusammen.

Schlußfolgerungen: »So war geistes- und politikgeschichtlich aus dem theoretischen Gebäude von Marx der ›Marxismus‹, aus diesem der ›Leninismus‹ und schließlich die stalinistische Variante der kommunistischen Ideologie hervorgegangen« (S. 407). Und: »... das kommunistische Gesellschaftskonzept hat mit Notwendigkeit die Diktatur und die Abschaffung der Freiheit hervorgebracht. Es würde dies auch wieder so geschehen, wenn eine ›kommunistische Antwort‹ auf die neuen sozialen Fragen anvisiert würde« (S. 416).

Entsprechen diese Darlegungen der Wirklichkeit, so beschreiben sie Gesetze beziehungsweise Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, also objektive, notwendige, allgemeine und damit wesentliche Zusammenhänge im historischen Prozeß seit Marx, die sich unter gleichen Bedingungen wiederholen würden (Gesetze), zumindest der Tendenz nach (Gesetzmäßigkeiten). Unter der genannten Voraussetzung postulieren sie nach ihrem Gegenstand Ent-

Kay Müller – Jg. 1928; Prof. Dr. jur. habil., studierte Rechtswissenschaften; war später in der Zollverwaltung der DDR und im Ministerium für Handel und Versorgung tätig, von 1970 bis 1990 Professor für Wirtschaftsrecht an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Zu dem Beitrag *Sozialismus als Politik* von Erhard Crome (UTOPIE kreativ, Nr. 139) erhielten wir viele Stellungnahmen, zustimmende wie ablehnende. Stellvertretend veröffentlichen wir nebenstehende Wortmeldung von Prof. em. Dr. Kay Müller als einen Beitrag zur Diskussion.

1 Erhard Crome: Sozialismus als Politik, UTOPIE kreativ, Nr. 139 (Mai 2002), S. 402-417. Die Seitenverweise im Text beziehen sich auf diesen Beitrag Erhard Cromes.

2 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 1990, S. 111 und 119, schreibt Stalin zu, er habe den demokratischen Zentralismus Lenins in einen bürokratischen verwandelt. Erhard Crome selbst verwendet den Begriff des demokratischen Zentralismus nur im Sinne der Deformation durch Stalin.

3 Unter Verzicht auf eine Begründung: Kambodscha unter Pol Pot war nicht zu den realsozialistischen Staaten zu rechnen.

4 Bei der Rezension von Büchern zur Mikroelektronik in der DDR kam Harry Nick zu dem Ergebnis, daß die Autoren ein erdrückendes Bild der von vornherein hoffnungslosen Perspektive der DDR-Mikroelektronik gezeichnet haben: Länder mit relativ niedrigem Wirtschaftspotential sind nicht in der Lage, den hohen und wachsenden Aufwand für fundamentale technisch-technologische Neuerungen sowie die erforderliche Ausbreitungsgeschwindigkeit zu erbringen. Vgl.: UTOPIE kreativ Nr. 136 (Februar 2002), S. 184 ff.

wicklungsgesetze beziehungsweise Gesetzmäßigkeiten des politischen, ideologischen und staatlichen Überbaus mit Einwirkungen auf die (ökonomische) Basis. Dabei enthalten die Darlegungen eine Absage an den historischen Materialismus, weil sie die Entwicklungen zum Stalinismus und zum Zusammenbruch der RGW-Staaten aus dem Theoriegebäude von Marx und den nachfolgenden Metamorphosen im Überbau ableiten.

Letztlich bestimmende Wirkungen der Basis, Rückwirkungen des Überbaus

Selbst wenn alles an der geistes-, politik- und staatsgeschichtlichen Darstellung Cromes richtig wäre, bliebe die Frage, ob nicht die rückständigen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse der RGW-Staaten am Beginn ihrer sozialistischen Bestrebungen letztlich für die analysierten Entwicklungen in ihren ideologischen, politischen und staatlichen Bereichen bestimmend waren. Dann wären die Wirkungen dieser Überbaubereiche auf die Basis *Rückwirkungen* gewesen. Das würde dem historischen Materialismus von Marx und Engels entsprechen. Und in der Tat: Das Phänomen des Stalinismus, das die sowjetische Gesellschaft im Ganzen durchdrungen hatte, läßt sich nur als eine Reproduktion des Zarismus wirklich verstehen, der den noch lange weiterwirkenden rückständigen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im vorrevolutionären Rußland entsprochen hatte. Diese Rückständigkeit hat den Stalinismus ermöglicht und gefördert, seine Durchsetzung und Zementierung bewirkt, kurz: letztlich bestimmend hervorgebracht. Auch die Stalinsche Vereinfachung und Vulgarisierung des dialektischen und historischen Materialismus fand so einen fruchtbaren Nährboden.

Liegt in der Herausbildung des Stalinismus sowie abgestuft gemilderter Herrschaftssysteme in anderen realsozialistischen Staaten³ eine bestimmte kausale Folgerichtigkeit von den unterentwickelten ökonomischen Verhältnissen her, ist die Frage mehr oder weniger gegenstandslos, ob diese Staaten bei Ausstattung ihrer Bürger mit allen Freiheitsrechten in der Lage gewesen wären, den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu entsprechen. Wenn die Frage aber bejaht wird, liegt ein naiver Wunderglauben an die Omnipotenz der von Ausbeutung befreiten Arbeit vor. Das rückständige und vom Krieg zusätzlich zerrüttete revolutionäre Rußland mußte erst die Interventen und Konterrevolutionäre zurück- beziehungsweise niederschlagen. Dann begann der Wettlauf gegen die Zeit beim Aufbau der Schwer- und Rüstungsindustrie vor dem Überfall durch Deutschland. Nach dem II. Weltkrieg mußten die Verwüstungen überwunden und zugleich der militärischen, nicht nur atomaren, und ökonomischen Erpressung durch die USA begegnet werden. Vieles ging zu Lasten des Lebensniveaus der eigenen Bevölkerung. Wie sollten nun die Völker der RGW-Staaten in der Lage gewesen sein, ohne Atempause für eine hinreichende Akkumulation die materiellen und finanziellen Mittel zur Rekonstruktion ihrer Volkswirtschaften nach den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ab Beginn der 70er Jahre wie nebenher zu erwirtschaften und zwar noch schneller als die fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten mit ihrer seit langem überlegenen ökonomischen Potenz?⁴

Surrogate zum Kriterium der Arbeitsproduktivität

Der Arbeitsproduktivität kommt im historischen Materialismus eine Schlüsselstellung zu. Die Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen haben sich in Abhängigkeit von ihr entwickelt. Im Verhältnis von Gesellschaften unterschiedlicher Entwicklungsstufen haben sich in der gesetzmäßigen Tendenz diejenigen durchgesetzt, die auf der Grundlage einer höheren Arbeitsproduktivität ein höheres Lebensniveau ihrer Bevölkerung erreicht hatten. Wurde ein Volk mit höherem Lebensniveau von einem zurückgebliebenen Volk militärisch besiegt, so hat das siegreiche Volk in der Regel die Produktions- und Lebensweise, zuweilen sogar die Religion des besiegten Volkes angenommen.

Eine der Überraschungen nach dem Zusammenbruch der RGW-Staaten besteht nun darin, daß in ihm vielfach keine Bestätigung der Rolle der Arbeitsproduktivität gesehen wird, die ihr nach dem historischen Materialismus zugerechnet wird: Die überlegene Arbeitsproduktivität sollte das entscheidende Kriterium sein, von dem die Endgültigkeit des Sieges des Sozialismus abhing. Statt der Arbeitsproduktivität werden vielmehr diese oder jene Surrogate als entscheidendes Kriterium angeboten, von Crome »ein Gesellschaftsverständnis, wonach größere Selbstverwirklichung in nichtmateriellen Bereichen, menschliche Wärme und Empathie das entscheidende Kriterium hätte sein können« (S. 415).⁵ Hätten sich die Sowjetunion und die DDR an dieses Kriterium gehalten, wären sie nicht zusammengebrochen, obgleich ihnen die Arbeitsproduktivität der USA und der BRD davon lief. So lautet die logische, wenn auch unausgesprochene Schlußfolgerung. Diese Ignoranz gegenüber der Rolle der Arbeitsproduktivität bedeutet eine konzentrierte Absage an den historischen Materialismus.

Neue Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus

Marx und Engels verstanden unter Sozialismus die erste, niedere Phase des Kommunismus⁶ mit dem Verteilungsprinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«. In der höheren, reifen Phase des Kommunismus sollte das kommunistische Verteilungsprinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« gelten und Staat und Recht allmählich ihren besonderen politischen Charakter verlieren, das heißt *absterben*, teils durch Abschaffung, teils durch Verwandlung in bloße Organe beziehungsweise Instrumente der Selbstverwaltung. Nun wird »in der neueren sozialtheoretischen Literatur« (S. 412) – es bleibt offen, ob diese Kennzeichnung sie auch von sozialistischer theoretischer Literatur abgrenzen soll – ganz anders zwischen Sozialismus und Kommunismus unterschieden: »Sozialismus« ... ist die systematische Entwicklung der Idee des Kapitals, des Eigentums, der Familie, der Gesellschaft und des Staates unter der Herrschaft der Arbeit. ... *Kommunismus* (ist) die Herstellung einer *Gemeinschaftsordnung*, die auf der Abschaffung des persönlichen Produktivvermögens beziehungsweise Eigentums beruht« (S. 412) und Diktatur und Unfreiheit hervorbringt (S. 416). Dieser Unterscheidung liegen Begriffsmerkmale der Gesellschaft und der Gemeinschaft (wie bei der Güter- oder Erbgemeinschaft) zugrunde, die dazu führten, den Realsozialismus

5 Diether Dehm setzte an die Stelle einer überlegenen Arbeitsproduktivität einen anderen »Glücksentwurf« und meinte, die Sowjetunion sei an dem weltfremden Wahn zugrunde gegangen, die USA technologisch überholen zu wollen. Vgl. Diether Dehm: Drei Brücken über programmatische Mauern, in: UTOPIE kreativ Nr. 132 (Oktober 2001), S. 879.

6 Vgl. Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 15 ff.

in einen realisierten Kommunismus auch ohne realisiertes kommunistisches Verteilungsprinzip und ohne ein Absterben von Staat und Recht umzubenennen.

»Herrschaft der Arbeit« ist in der Reihe der Ideen, die ihr unterliegen sollen, der einzige (objektive) Sachverhalt, der nicht als Idee aufgefaßt ist, sondern als tatsächlich ausgeübte Herrschaft. Das erinnert an den Spott über die Deutschen im 19. Jahrhundert, sie hätten sich im Unterschied zu anderen Völkern mit der Herrschaft über Ideen begnügt.

Das eigentliche theoretische Bedenken betrifft das Verhältnis von *Kapital und Arbeit*, um auf diese Begriffe der älteren sozialistischen Literatur zurückzugreifen. Danach ist Kapital nicht die schlichte Ansammlung von Geld und materiellen Mitteln. Diese sind nur in Verbindung mit der Funktion Kapital, Profit aus lebendiger oder vergegenständlichter Lohnarbeit zu erzielen. Das ist die »Idee« des Kapitals, dem es aus ökonomischen Gründen konkurrenzbedingt gesetzmäßig um einen möglichst hohen Profit geht. Diese längst auf den Punkt gebrachte Idee des Kapitals läßt sich nur noch systematisch realisieren. Systematisch entwickelt (theoretisch begründet) wurde sie aber bereits durch Marx. Eine Begrenzung des Profits durch staatliche Maßnahmen widerspricht jedenfalls der Idee des Kapitals ebenso wie ein Kapital »unter der Herrschaft der Arbeit«.

Eine Verteilung nach der Leistung ist zweifellos eine gerechte Verteilung.⁷ »Herrschaft der Arbeit« und Verteilung nach der Leistung sind zwei adäquate, konsistente Elemente des sozialistischen Gesellschaftsprojekts von Marx und Engels. »Systematische Entwicklung der Idee des Kapitals ... unter der Herrschaft der Arbeit« ist dagegen eine widersinnige, inkonsistente Gedankenverbindung. Überall, wo eine Aneignung von Profit ausgeschlossen ist, weil nach der Leistung verteilt wird, ist das Kapital als Idee und reales gesellschaftliches Verhältnis überwunden, selbst wenn keine förmliche Enteignung des Kapitaleigentums vorangegangen ist.

Crome stellt fest: »Erst nach 1989/91 ... steht die kapitalistische Wirtschaftsweise rein und klar da, so wie sie wirklich ist«: Sie reproduziert ununterbrochen die soziale Frage, verstärkt die soziale Polarisierung und die Ungleichheit in der Verteilung (S. 415 f.). Das entspricht dem Wesen des Kapitals, seinen Gesetzmäßigkeiten, mit denen es steht und fällt.

Die genannten Wirkungen des real existierenden Kapitalismus entstehen nur insoweit, wie ihnen »nicht politisch entgegengesteuert wird« (S. 416). Da nicht nur die Dinge der Natur, sondern auch die gesellschaftlichen Sachverhalte in ihren Wirkungen offenbaren, was sie sind, richtet sich jedes politische Gegensteuern gegen die Wirkungen des Kapitals direkt gegen den real existierenden Kapitalismus.

Hat das Gesellschaftskonzept, das den RGW-Staaten zugrunde lag, (angeblich) mit Notwendigkeit die Diktatur (im Sinne von Gewaltherrschaft) hervorgebracht und die Freiheit abgeschafft, soll der Kapitalismus durch politisches Gegensteuern »in die Bahnen humaner Zwecksetzung gezwungen« werden (S. 416). Das widerspricht dem Sozialismuskonzept von Marx und Engels insoweit, als von Humanisierung des Kapitals die Rede ist und nicht von seiner Über-

7 Wie weit klaffen menschliche Leistungen im Einzelfall und im Durchschnitt auseinander? Die Einkommensunterschiede wurden in den RGW-Staaten auf ein Verhältnis von 1 : 10 festgelegt, während das reiche Fünftel der Erdbevölkerung 1970 durchschnittlich pro Kopf 30 Mal und 1995 bereits 150 Mal soviel verbrauchte als das arme Fünftel. So Arno Peters: Computer-Sozialismus. Gespräche mit Konrad Zuse. Verlag Neues Leben 2000, S. 29 und 46. Die Verwirklichung des Leistungsprinzips setzt nach Arno Peters voraus, die gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeiten bei der Herstellung von Gütern und Leistungen exakt zu ermitteln, was schon heute mit Hilfe von Computern möglich sei (A. Peters a. a. O. S. 46 ff.). Ob Computer jemals in der Lage sein werden, eine solche Aufgabe zu erfüllen, kann dahin gestellt bleiben. Öffentlich und demokratisch beratene Tarife müssen inzwischen genügen, eine sozialistische Verteilung nach der Leistung zu gewährleisten.

windung zwecks Humanisierung des Lebens aller Menschen. Der Sache nach wollten aber Marx und Engels nichts anderes. Insbesondere setzten sie voraus, daß die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft einen Zwang der Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Minderheit bedingen würde. Als Voraussetzungen und Gestaltungen des Zwanges sahen sie zwei Varianten⁸: Entweder werden Unterdrückte von der Minderheit in eine Revolution hineingejagt. Dann nimmt der Zwang die Form von Gewalt an, mit der die Unterdrückung gebrochen wird. Oder die Minderheit bricht die neue, revolutionäre Gesetzmäßigkeit, die der friedlichen qualitativen Umgestaltung der Gesellschaft dient. Dann nimmt der Zwang die Form gesetzlich bestimmter Sanktionen an. Schon im Erlaß von Rechtsvorschriften, die sich gegen Interessen einer Minderheit richten, liegt ein bestimmtes Zwangselement.

Dem historischen Materialismus entspricht, daß die Voraussetzungen für den Kommunismus mit dem kommunistischen Verteilungsprinzip *letztlich bestimmend* durch die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft geschaffen werden sollten. Ist das Scheitern der RGW-Staaten aber *letztlich bestimmend* auf ihre ökonomische Rückständigkeit am Beginn ihrer sozialistischen Bestrebungen zurückzuführen, so ist die Perspektive einer Entwicklung zum Sozialismus und Kommunismus im Sinne von Marx und Engels immer noch offen, vor allem dann, wenn mit der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs in die sozialistische Entwicklungsphase in den Ländern mit hoher und höchster Arbeitsproduktivität gerechnet wird.

Der Abschied vom historischen Materialismus – ein Abschied von historischem Wissen

Wird das Wissen von Marx, das er seinen Schlußfolgerungen für die Zukunft mit mehr oder weniger erheblichen Fehleinschätzungen zugrunde legte, als kausal für die Entwicklung zum Stalinismus und damit zu einer Gewaltherrschaft mit Mord und Totschlag angesehen, so kommt das der haltlosen Behauptung gleich, aus Wissen und Fehleinschätzungen müsse notwendig Mord und Totschlag folgen. Zwar setzt sich die Wahrheit in der Regel nur im Meinungsstreit durch und dieser ist nicht selten zu Mord und Totschlag eskaliert. Aber ein notwendiger Zusammenhang zwischen Wahrheit (Wissen), Irrtum, Streit um die Wahrheit und Gewaltherrschaft besteht nicht. Deshalb wäre es kindlich beziehungsweise kindisch, darauf zu verzichten, dieses oder jenes Wissen als wahr im Sinne der Übereinstimmung mit der Wirklichkeit zu vertreten oder ein angebliches Wissen entschieden als Irrtum abzulehnen, selbst wenn der philosophische Pluralismus den Wahrheitsbegriff des Aristoteles (die Übereinstimmung einer Aussage mit der Wirklichkeit) durch Surrogate unterschiedlicher Art ersetzt hat.

Crome vertritt seine Auffassungen ungebrochen als wahr. Im Prinzip wahr (richtig) sind die Fakten im historischen Prozeß seit Marx von ihm dargelegt. Die Wertung dieser Fakten unter dem Gesichtspunkt von Ursache und Wirkung in Abkehr vom historischen Materialismus ist dagegen *vom Prinzip her* verfehlt. Das führt auch zu Fehleinschätzungen einzelner historischer Ereignisse. So hat die

8 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, S. 372, und: Rede über den Haager Kongreß, in: MEW, Bd. 18, S. 16.

Teilnahme Rußlands am I. Weltkrieg den Interessen der russischen Bauernsoldaten zutiefst widersprochen. Im Vollzug der Februarrevolution kehrten sie in Massen in ihre Dörfer zurück, um die Äcker zu bestellen. Als sich in der Konstituante frei Gewählte zusammenfanden, die den Krieg in patriotischer Verblendung fortsetzen wollten, wurde sie auf Geheiß Lenins auseinandergejagt. Dieser Akt krönte die Februarrevolution und verriet nicht ihren demokratischen Charakter.

Crome kritisiert wiederholt den weit überzogenen Wahrheitsanspruch der führenden Parteien in den staatssozialistischen Ländern, der zur »Rechtfertigung« von Mord und Totschlag erhalten mußte. Scheinbar folgerichtig will er einen Streit über die »richtige« Politik (S. 413) bescheidener durch Angebote einer »besseren« Politik ersetzen (S. 406). So folgt nach einer falschen Schlußfolgerung zur Vergangenheit (der stalinistische Terror sei eine notwendige Folge der Erkenntnisse und Irrtümer von Marx) eine unbegründete Schlußfolgerung zur heutigen Politik, die dem historischen Wissen (und den Ergebnissen moderner Verhaltensforschung) widerspricht: Bei gegebenen Voraussetzungen ist eine Vielzahl von Menschen zu Mord und Totschlag bereit, gleich ob im Namen einer richtigen oder besseren Politik.

Geht es um theoretische Klarheit, kann »bessere Politik« nicht gegen »richtige Politik« ausgespielt werden. »Bessere Politik« hat ihren Platz, wenn es um Fragen der Zweckmäßigkeit geht, so in der Verkehrspolitik, wenn zu entscheiden ist, ob ein Fluß überquert oder untertunnelt wird. Muß die Begründung politischer Entscheidungen der Wirklichkeit entsprechen, geht es um »richtige Politik«. So hatte Harry Nick zutreffend keine Bedenken, sich gegen Forderungen aus dem Unternehmerlager nach Lohnzurückhaltung für einen Wirtschaftsaufschwung auf sein besseres Wissen zu berufen, daß dafür jetzt kräftige Lohnerhöhungen erforderlich sind.⁹

9 Vgl. Harry Nick: Ökonomie des ganzen Hauses, in: Neues Deutschland vom 10. Mai 2002, S. 13.

Ausschreibung

Die *Stiftung Fraueninitiative*, als gemeinnützig anerkannt, fördert Frauen und Frauengruppen mit dem Ziel, innovatives feministisches Denken und Handeln zu ermutigen und zu stärken.

Sie schreibt für das Jahr 2003 zwei Jahresstipendien

zum Nachdenken über ein anderes Wirtschaften und Arbeiten

aus.

Die Zeit soll zur theoretischen Weiterentwicklung einer bedürfnisorientierten Ökonomie aus feministischer Sicht genutzt werden. Ebenso können auch konkrete Praxiserfahrungen reflektiert und in einen theoretischen Kontext gestellt werden.

Näheres zur Stipendienvergabe versenden wir auf Anfrage.

Abgabetermin: 30.10.2002

Stiftung Fraueninitiative, Postfach 190308, 50500 – Köln

JÜRGEN JOHN

DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungs- gegenstand

Forschungen zur DDR-Geschichtswissenschaft haben Konjunktur. Keine andere Wissenschaftsdisziplin der früheren DDR ist seit 1990 so häufig thematisiert und untersucht worden wie ihre institutionell und personell weitgehend »abgewickelte« Geschichtswissenschaft. Wie die DDR selber avancierte sie in den 1990er Jahren zum »Großobjekt« historischer Forschung.¹ Und dies in auffälligem Gegensatz zur öffentlichen Meinung, die beide eher als erledigte Kapitel und »Fußnoten« deutscher Nachkriegs- und Wissenschaftsgeschichte wahrnahm. Im Osten wollte man nach 1989/90 höchst ungern an die Vorgeschichte erinnert werden. Aus westlicher Sicht erschien sie als Ballast des Vereinigungs- und Transformationsprozesses. Die Deutschen mögen lebensweltlich immer noch geteilt sein. Geschichtskulturell sind sie längst vereinigt. Die entsprechenden Regelwerke der *alten* und *neuen* Bundesländer unterscheiden sich allenfalls graduell. Weder im Schulunterricht noch in öffentlichen Diskursen spielen die Geschichte der DDR und ihre Geschichtskultur seit 1990 eine größere Rolle. Allenfalls werden ihre subkulturellen, alltäglichen und mentalen Nachwirkungen in den neuen Bundesländern bedacht oder eine Art nostalgischer »Ostidentität« festgestellt. Ob da noch frühere Geschichtsbilder und -deutungen mitschwingen, ist fraglich.

Für die historische Fachwissenschaft hingegen erwiesen sich die DDR, ihre Geschichtskultur und -wissenschaft bei bald geöffneten Archiven als höchst ertragreiche Forschungsgegenstände. Schon die Abwicklungs- und fachinternen Evaluationsvorgänge lösten Anfang der 1990er Jahre eine Flut bilanzierender Publikationen zur DDR-Geschichtskultur und -wissenschaft aus. Dem folgte seit Mitte der 1990er Jahre eine von erinnernden Selbstreflexionen prominenter DDR-Historiker² begleitete stattliche Reihe nunmehr archivgestützter Publikationen. Dabei profilierte sich der am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung tätige Martin Sabrow mit mehreren Forschungsprojekten, Studien und Sammelbänden.³ Seine nun veröffentlichte Habilitationsschrift über das Berliner Akademie-Institut für Geschichte⁴ ist bereits die fünfte Monographie über die frühe DDR-Geschichtswissenschaft der 1950er/60er Jahre⁵.

Dieses unvermindert anhaltende Forschungsinteresse für eine längst abgewickelte und offenbar wenig Spuren in der offiziellen Geschichtskultur hinterlassende Disziplin ist erklärungsbedürftig. Sabrow nennt mehrere Gründe. Er verweist auf die Entstehungs-, Existenz- und Wirkungsbedingungen dieser sich als sozialistische Geschichtswissenschaft formierenden und so aus dem traditionellen

Jürgen John – Jg. 1942, Dr. habil., Professor für moderne Regionalgeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; jüngste Publikationen: Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur (1998); Das Dritte Weimar. Klassik und Kultur im Nationalsozialismus (1999); »Mitteldeutschland«. Begriff, Geschichte, Konstrukt (2001), »Kämpferische Wissenschaft.« Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus (in Vorbereitung)

Martin Sabrow: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 8), R. Oldenbourg Verlag München 2001, 488 S.

Martin Sabrow (Hg.): *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR* (Zeithistorische Studien 14), Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien 2000, 330 S.

1 So George G. Iggers, Konrad H. Jarausch, Matthias Middell, Martin Sabrow (Hg.): *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (Historische Zeitschrift. Beihefte (NF) 27), München 1998, Einleitung, S. 41.

2 Vgl. vor allem Jürgen Kuczynski: *Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit*, Berlin 1993; Fritz Klein: *Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen*, Frankfurt/M. 2000; Joachim Petzold: *Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, hg. v. Martin Sabrow, Potsdam 2000; Wolfgang Jacobeit: *Von West nach Ost – und zurück. Autobiographisches eines Grenzgängers zwischen Tradition und Novation*, Münster 2000.

3 Vgl. Martin Sabrow, Peter Th. Walther (Hg.): *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995; Martin Sabrow (Hg.): *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR* (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert 1), Leipzig 1997; Ders. (Hg.): *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR* (Zeithistorische Studien 14), Köln, Weimar, Wien 2000 sowie Anmerkung 1.

bürgerlich-historiographischen Wissenschaftsgefüge herauslösenden, stets eng staats- und parteiverbundenen und deshalb für die Funktionsmechanismen von Wissenschaft und Politik in der DDR besonders aufschlußreichen Disziplin. Geschichte und Traditionen hätten in der DDR eine exponierte Rolle als legitimierende »Universalargumente« gespielt – nach innen, um die SED-Herrschaft zu rechtfertigen und eine DDR-konforme kollektive Identität zu stiften –, wie nach außen, um in der Systemkonkurrenz geistig bestehen und sich nach den »Irrwegen deutscher Geschichte« gegenüber der Bundesrepublik als das »bessere«, die »positiven und antifaschistischen Traditionen« deutscher Geschichte verkörpernde Deutschland darstellen zu können. Das entsprach – wie Sabrow deutlich macht, andere aber gern bestreiten – keineswegs nur offiziellen Lesarten der Staatspartei, sondern auch dem Selbstverständnis vieler Historiker. Sie verstanden sich als »politische Historiker«, erhoben den mit dem SED-Meinungsmonopol korrespondierenden Anspruch auf Deutungshoheit über die Vergangenheit, suchten selbst die Nähe zur Politik und nutzten die politischen Funktionsmechanismen, um ihre wissenschaftlichen Eigeninteressen und Ansprüche auf Deutungskompetenz durchzusetzen. Mit anderen Worten: Sie agierten in einem deutlich anders strukturierten Bezugsfeld von Wissenschaft und Politik, als es das nach 1990 mitunter kolportierte Bild einer total gelenkten, von oben streng kontrollierten und geschurigelten Wissenschaft zeichnet, in dem die Historiker als durchweg Bevormundete und letztlich um ihr Lebenswerk Betrogene erscheinen.⁶

Sabrows Detailanalysen des alltäglichen Wissenschaftsbetriebes korrigieren dieses rückschauend realitätsverzerrende Bild, das sich auch in manchen Darstellungen findet. Sie stellen die von ihm untersuchten normativen Vorgaben, Ansprüche, Regeln, Kontroll- und Zensurpraktiken in einen diskursanalytischen Kontext und machen dabei vor allem auf Hintergrundsmechanismen einer zwar »beherrschten«, aber – so Sabrow – von »verblüffender Normalität« und »unsensationaler Alltäglichkeit« sowie von »eigenen Forschungsfeldern« der Historiker, »eigenen Fragen an die Geschichte« und »eigenen Kriterien der Beantwortung« mitgeprägten »Normalwissenschaft« aufmerksam. Sabrows Analysen lassen freilich weiterhin offen, ob die von ihm und anderen – auch von den vor 1989 mit diesem Thema befaßten bundesdeutschen Experten – vermutete herausragende Rolle der Geschichtswissenschaft und -kultur im Gesellschaftssystem der DDR tatsächlich der Realität entsprach. Hier ist eher Skepsis angebracht. Schon in der DDR selber dämpften Umfragen den Optimismus der Funktionäre und Historiker, man könne mit historischen Argumenten nachhaltige Meinungen, Einstellungen und Bewußtsein prägen.⁷ Zumindest ist davon nicht viel übrig geblieben – weder in der nun von anderen Geschichtsdeutungen dominierten öffentlichen Geschichtskultur noch in Bereichen und Zirkeln, wo anhaltend nachwirkende Denkklišees vermutet werden. Eine oft behauptete nachwirkende geistige Indoktrination der DDR-Bevölkerung durch Geschichte scheint mehr als fraglich. Der Blick zurück ist – sofern nicht überhaupt gemieden – überwiegend kritisch, nicht nostalgisch ausgerichtet. Auch linke Geschichtsdebatten etwa im PDS-Umfeld setzen sich durchaus kritisch mit der DDR und

ihrer Geschichtskultur auseinander. Vermutlich entspringt das anhaltend starke Forschungsinteresse für die DDR-Geschichtswissenschaft und -kultur einer berufsbedingt überzogenen Wahrnehmung. Geisteswissenschaftler – Historiker zumal – neigen nun einmal dazu, ihre eigenen Fachgebiete als gesellschaftswirksame Leit- und Orientierungswissenschaften in positiver wie in negativer Hinsicht zu überschätzen und die entsprechende Disziplingeschichte übermäßig in den Vordergrund zu rücken.

Wie auch immer. Mit und nach dem Ende der DDR schlug die – vermutet oder tatsächlich – prominente Rolle der Geschichte und der Historiker in eine emotional aufgeladene Bilanz-Debatte um.⁸ Sabrow meint, das Thema habe so besondere politisch-moralische Bedeutung im Vereinigungs- und Transformationsprozeß erlangt. Dies sei ein weiterer Grund für das starke Forschungsinteresse an diesem Thema. Ob seine Annahme zutrifft, müßte im Vergleich mit anderen Bereichen der DDR-Geistes-, Kultur- und Wissenschaftsgeschichte geprüft werden. Eine solche Bedeutung gewann zweifellos der massive öffentliche Streit um die DDR-Belletristik, die mit dem Ende der DDR ihre bis dahin exponierte Funktion als kritische Ersatzöffentlichkeit einbüßte und vom Feuilleton großer altbundesdeutscher Tages- und Wochenzeitungen nun nicht mehr als gesellschaftskritische Literatur gepriesen sondern als systemkonforme sozialistische »Gesinnungsästhetik« angeprangert wurde. Für die DDR-Geschichtswissenschaft dürfte eine solche Annahme eher zweifelhaft sein. Sie übte niemals eine solch öffentlich-kritische Funktion wie die Belletristik aus und wirkte im Vergleich mit ihr oder der Literaturwissenschaft recht steril. Sie vernachlässigte die kritisch-analytischen Ansätze des marxistischen Geschichtsdenkens, wandte sie allenfalls auf ältere Perioden und auf die Geschichte des »Klassengegners« an, kaum jedoch auf die DDR-Geschichte und das Traditionsbild der Staatspartei. Gerade auf diesen, von den Parteiinstituten dominierten Deutungs- und Forschungsfeldern agierte die historische Fachwissenschaft sichtlich affirmativ, staatsloyal und -legitimierend. Schon deshalb erlangte der Streit um ihre Bilanz – so erbittert, anklagend, distanzierend oder rechtfertigend er auch geführt wurde – keine annähernd vergleichbare öffentliche Brisanz wie der um die DDR-Literatur und -Schriftsteller. Er blieb letztlich – obwohl auch in den Tageszeitungen und indirekt im Rahmen der ersten Bundestags-Enquête zur DDR-Vergangenheit ausgetragen – eine Angelegenheit kleinerer damit befaßter Gruppen.

Ohnehin erlahmte bald die Energie. Selbst um den anfangs heftig und lautstark agierenden *Unabhängigen Historikerverband* ist es unterdes recht still geworden. Das Thema wurde zunehmend zu einer Angelegenheit darauf spezialisierter Forscher mit auffällig wenigen »Oststimmen«.⁹ Es dominiert der gelassen-evaluierende oder neugierig-ethnographische Westblick auf die ungewohnt-fremde Welt einer abgewickelten Wissenschaftsdisziplin des in der Bundesrepublik aufgegangenen ostdeutschen Teilstaates. Und das unterscheidet die Situation grundsätzlich von der nach 1945, als die frühere deutsche Geschichtswissenschaft weder vergleichbar abgewickelt (nur im Osten wurde sie zurückgedrängt und schließlich ausgeschaltet) noch einem solch gründlich-prüfenden Blick unterworfen wurde –

4 Martin Sabrow: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 8), München 2001.

5 nach Marianne Zumschlange: Geschichte der Historiographie der DDR. Das Einwirken von Partei und Staat auf die Universitäten 1945-1971, Pullach 1994; Ulrich Neuhäuser-Wespy: Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn 1996; Ilko-Sascha Kowalczyk: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997; Stefan Ebenfeld: Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955), Marburg 2001.

6 So auch der Grundton bei Petzold: Parteinahme wofür?, während die übrigen Autoren der in Anmerkung 2 genannten Erinnerungsschriften das Bezugsfeld von Wissenschaft und Politik anders und deutlich selbstbewußter beschreiben.

7 Vgl. auch Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein und historische Identität in der DDR. Versuch einer kritischen Bilanz (hefte zur ddr-geschichte 31), Berlin 1996.

8 Vgl. u. a. Konrad H. Jarausch (Hg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Ge-

schichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991; Rainer Eckert, Wolfgang Küttler, Gustav Seeber (Hg.): *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka, Stuttgart 1992; Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk, Isolde Stark (Hg.): *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin 1994; Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk, Ulrike Poppe (Hg.): *Wer schreibt die DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz*, Berlin 1995.

9 Vor allem Ilko-Sascha Kowalczyk (Anmerkung 5), Matthias Middell (Anmerkung 1 sowie mit Konrad H. Jarusch als Hrg. von: *Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 5*, Leipzig 1994) und Ralf Possekel: *Kuriosenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft 24* (1998), S. 446-462 als Gegenposition zu Martin Sabrow: »Beherrschte Normalwissenschaft«. Überlegungen zum Charakter der DDR-Geschichtswissenschaft, ebenda, S. 412-445.

10 Vgl. Gerhard Lozek u. a. (Hg.): *Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD*, Berlin (Ost) 1977.

weder im Westen, wo nach der kurzen Entnazifizierungsphase bald wieder Kontinuität angesagt war – noch im Osten, wo der Bruch mit den alten Eliten, Strukturen und Denkmodellen die Sache als im Grunde erledigt erscheinen ließ. Immerhin verwies man in der DDR – freilich weniger aus aufklärerischen Motiven als vielmehr in der Absicht, die bundesdeutsche Seite und ihre »unbewältigte Vergangenheit«¹⁰ anzuprangern – immer wieder auf die Rolle der Historiker im Nationalsozialismus und auf die Kontinuitätslinien zur Bundesrepublik. Dort taten sich die Historiker schwer, die NS-Vergangenheit der eigenen Zunft aufzuarbeiten. Wichtige Zusammenhänge blieben unaufgeklärt. Und so ergab sich schließlich eine höchst verquere Situation, auf die Sabrow mit Nachdruck aufmerksam macht: Die Geschichtswissenschaft begann die Geschichte ihrer Fachdisziplin in der ersten deutschen Diktatur erst im Gefolge der Auseinandersetzung mit der zweiten Diktatur eingehender aufzuarbeiten. Auf dem Historikertag 1991 stand allein die DDR-Geschichtswissenschaft am Pranger, erst auf dem Historikertag 1998 jene sich vor und nach 1933 formierende Richtung früherer deutscher Geschichtswissenschaft, die nach 1945 maßgeblich die sozialgeschichtliche Schule der Bundesrepublik prägte.¹¹

Auch macht Sabrow im einleitenden Kapitel seiner Monographie, das die konkurrierenden Interpretationsmodelle analysiert und einen wissenschaftssoziologischen Untersuchungsrahmen absteckt, auf eine weitere Schiefelage bilanzierender Debatten nach 1990 aufmerksam: den mit der Rückkehr zu längst überwundenen Positionen aus der Zeit des »Kalten Krieges« verbundenen Wechsel westlicher Wahrnehmungs- und Interpretationsperspektiven. Laut Sabrows Analyse dominierte in der Bundesrepublik der 1950er/60er Jahre ein Interpretationsmodell, das die sich formierende DDR-Geschichtswissenschaft anhand ihrer normativen Vorgaben als Geschichte des Verfalls der Fachdisziplin und als Ausstieg aus der Ökumene der Historiker beschrieb. Mit den west-östlichen Entspannungs-, Annäherungs- und Dialogtendenzen der 1970er/80er Jahre habe sich dann – begleitet von zunehmenden deutsch-deutschen Historikerkontakten und -treffen – ein auf Inhalte und Texte des Geschichtsdenkens und geschichtswissenschaftlicher Publikationen in der DDR gerichtetes Interpretationsmodell durchgesetzt. Bei aller anhaltenden Kritik deutete es die Entwicklung der ostdeutschen Fachdisziplin als sich aufklärernde, leistungsstarke, konkurrierende und tendenziell in die Ökumene der Historiker rückführende Aufstiegsgeschichte.¹² Mit dem Ende der DDR und ihrer Geschichtswissenschaft vollzog sich ein umgekehrter Perspektivwechsel. Die nun anklagenden Denk- und Interpretationsmodelle griffen wieder auf das alte Verfalls- und Ausstiegsparadigma zurück. Sie ließen von der Inhalts- und Textanalyse ab, orientierten sich wieder vorrangig an den normativen Vorgaben und Regeln und suchten in den nun geöffneten Archiven vor allem nach Belegen für Hintergrundvorgänge und Herrschaftspraktiken.

Mitunter erwiesen sich gerade sozialliberal und sozialgeschichtlich ausgerichtete Historiker, die in den 1970er/80er Jahren für Dialog und Kontakte mit der östlichen Seite sowie einen vorurteilsfreien Blick auf die DDR-Geschichtswissenschaft eintraten, als Wortführer

dieses erneuten Interpretationswechsels. Sie sahen sich nun selbst wegen ihrer früheren Positionen und zudem wegen der verdrängten NS-Vorgeschichte ihrer Forschungsrichtung öffentlich angeprangert, ergriffen gleichsam die Flucht nach vorn und gingen nun überaus scharf mit der DDR-Geschichtswissenschaft ins Gericht. Besonders schrille Töne schlug kürzlich wieder Hans-Ulrich Wehler in einer Rezension der Monographie Sabrows an, die er weniger inhaltlich referierte oder besprach als vielmehr zum Anlaß einer kaum noch nachvollziehbaren Generalabrechnung mit der DDR-Geschichtswissenschaft nahm. Er warf ihr durchweg »Geschichtsscholastik im Staatsauftrag« vor und beschrieb sie als eine Staats- und SED-abhängige »Pseudo- und Afterwissenschaft«, die nichts Vernünftiges zustande brachte und von der sich nur ein kleines »Fähnlein Aufrechter« mit sozial- und agrarhistorischem Forschungsansatz positiv abgehoben habe.¹³ Stimmen wie die des in die USA emigrierten George G. Iggers, der die weitgehende Abwicklung der überwiegend positiv evaluierten DDR-Geschichtswissenschaft als verspielte Chance zur Integration östlicher Wissenschaftsimpulse kritisiert¹⁴, sind recht selten und werden gern als untaugliche Beschönigungsversuche abgetan.

Um sich aus solchen Grabenkämpfen herauszuhalten und den Fallen der von ihm skizzierten Interpretationsmodelle und Perspektivwechsel zu entgehen, sucht Sabrow eigene Forschungs- und Interpretationsansätze. Sie schlugen sich bereits in Texten und Titeln früherer Publikationen – »Verwaltete Vergangenheit« (1997), »Beherrschte Normalwissenschaft« (1998), »Geschichte als Herrschaftsdiskurs« (2000) – nieder. Mit seiner Monographie führt Sabrow diese Ansätze weiter. Er wolle nicht evaluieren, sondern die Konstitutionsprozesse, Großerzählungen, Regeln, Praktiken, Hintergründe und Konflikte einer zwar hochpolitisierten, »beherrschten«, »gebundenen«, von »geleitetem Dialog«, verbindlichen Denk- und Deutungsmustern, aber auch von Eigeninteressen und Meinungsvielfalt geprägten »Normalwissenschaft« rekonstruieren. Dafür wählt Sabrow einen geschichtskulturell-diskursanalytischen Ansatz, den er in dem hier mit in Rede stehenden, der Monographie unmittelbar vorausgehenden Sammelband auf die Formel »Herrschaftsdiskurs« brachte. Meinungsvielfalt und Konflikte sieht Sabrow einem »Diktat des Konsenses« ohne wirkliche Pluralität der Standpunkte unterworfen. In erster Linie konzentriert sich seine Monographie auf die »subkutanen Regeln«, Funktions- und Hintergrundmechanismen geschichtswissenschaftlicher Praxis und Produktion am Beispiel des 1956 an der Berliner Akademie der Wissenschaften gegründeten Institutes für Geschichte.

Ihr erstes Kapitel schildert diesen Gründungsprozeß als exemplarischen Vorgang »fachlicher Institutionalisierung«. Er war von zeitweiser, bald aufgekündigter »institutioneller Koexistenz« bürgerlicher und marxistischer Historiker sowie von erbitterten Machtkämpfen der neuen »marxistischen Mandarine« um Institutstrukturen und -pründe begleitet. Sie führten bis zur Institutskrise. Das zweite Kapitel beschreibt den inneren Institutsausbau der »Ära Engelberg« in den 1960er Jahren als »wissenschaftliche Normalisie-

11 Vgl. Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2000.

12 Vgl. als Beispiele solcher auch deutsch-deutsch vergleichenden Analysen Günther Heydemann: Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklung, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Frankfurt/M 1980; Alexander Fischer, Günther Heydemann (Hg.): Geschichtswissenschaft in der DDR, 2 Bände, Berlin 1988/90; Ernst Schulin (Hg.): Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1965), München 1989; Winfried Schulze: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993.

13 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutschland um 500000 vor Christus. Historiker in der DDR: Martin Sabrow beschreibt Geschichtsscholastik im Staatsauftrag, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. Dezember 2001.

14 Vgl. George G. Iggers: Ein anderer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt/M 1991; Ders.: Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, Neuaufgabe, Köln, Wien 1997, S. 428-437.

«Mit ihm profilierte sich das Akademieinstitut zur für die deutsche Nationalgeschichte zuständigen und dabei fortan stets vom Ministerium für Staatssicherheit überwachten Leitinstanz mit auf diesem Gebiet republikweit forschungssteuernder Funktion. Komplementär wie konkurrierend avancierte das SED-Institut für Marxismus-Leninismus zur zentralen Leitinstanz für die Parteigeschichte und dominierte zugleich den 1969 gebildeten, den gewünschten »Grundkonsens« überwachenden Rat für Geschichtswissenschaft. Das dritte Kapitel analysiert die mit heftigen inhaltlichen Kontroversen verbundene Genese des DDR-offiziellen *Lehrbuches der deutschen Geschichte* in den 1950er/60er Jahren als einen Vorgang »inhaltlicher Homogenisierung«. Die unter Regie des Akademieinstitutes erarbeitete Publikationsreihe wurde zum Standardwerk universitärer Fachausbildung. Ihre bis 1989 gültigen, wenn auch mehrfach gewandelten Grundmuster für die Deutung deutscher Nationalgeschichte gingen auch in spätere Gesamtdarstellungen der *Deutschen Geschichte* ein. Ein viertes Kapitel befaßt sich mit dem von östlicher wie westlicher Seite gleichermaßen vorangetriebenen »Zerfall der historischen Ökumene« seit 1949, der schließlich zur Gründung einer DDR-eigenen Historikergesellschaft (1958) führte. Alle Ausgleichsversuche scheiterten. Ein informelles deutsch-deutsches Historikertreffen 1964 konnte diesen Prozeß nicht mehr rückgängig machen. Das letzte Kapitel beleuchtet die »Mechanismen wissenschaftlichen Konfliktaustragens« am Beispiel mehrerer höchst spektakulärer Kontroversen um die Historiker Jürgen Kuczynski, Fritz Klein und Günter Paulus. Zwei abschließende, mitunter etwas luftig formulierte und mit vielen Wortspielen durchsetzte Kapitel zeichnen noch einmal die »Strukturen des sozialistischen Geschichtsdiskurses« in der DDR und die »Konturen einer historischen Konsenswissenschaft« als »Streitkultur ohne Pluralität« nach und fragen schließlich nach dem Stellenwert der Wissenschaft in der SED-Diktatur.

Sabrows sorgfältig und archivgestützt recherchierte, klug komponierte, intelligent und mit interessanten Thesen argumentierende Monographie bereichert die einschlägige Forschungslandschaft ungemain. Sie verweist aber auch auf ungelöste Forschungsprobleme und fordert in mancher Hinsicht zum Widerspruch heraus. Problematisch ist ihre fast ausschließliche und nicht überzeugend begründete Konzentration auf die am Akademie-Institut für Geschichte angesiedelte außeruniversitäre Forschung. Diese wird zudem – schon im Titel, der den eigentlichen Untersuchungsgegenstand gar nicht ausweist – auf die gesamte DDR-Geschichtswissenschaft hochgerechnet. Daß an diesem Institut wichtige Forschungskapazitäten zusammengefaßt und mit steuernden Funktionen ausgestattet wurden, ist unbestritten. Das rechtfertigt aber noch lange nicht, die gesamte universitäre Forschung auszublenden und gleichsam in einem pars-pro-toto-Modell untergehen zu lassen. Dieser zugleich begrenzten wie unzulässig ausgeweiteten Sicht entspricht, daß Sabrow die bahnbrechende Studie Ralph Jessens über den Wandel der ostdeutschen akademischen Eliten in der »Ära Ulbricht«¹⁵ zwar kennt, aber nicht in seine Analysen einbezieht. Ob die außeruniversitäre Konzentration von Forschungskapazitäten an der Akademie allein

15 Vgl. Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschul-Lehrerschaft in der Ulbricht-Ära (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 135), Göttingen 1999.

dem sowjetischen Modell folgte oder auch auf deutsche Traditionen außeruniversitärer Großforschungszentren seit dem späten 19. Jahrhundert zurückgriff, bleibt ebenso unerörtert wie die permanente Konkurrenz von Akademie- und Universitätsinstituten.

Zweitens stellt sich die Frage, wie tragfähig Sabrows mit der Formel vom »Diktat des Konsenses« umschriebenen Thesen eines »diktatorischen Grundkonsenses« oder einer inhaltliche Widersprüche absorbierenden »Konsenswissenschaft« wirklich sind und ob sie als analytischer Leitfaden taugen. Das Buch handelt überwiegend von Konflikten, Kontroversen, Macht- und Verteilungskämpfen. Sie lassen sich nur schwer auf die Konsensformel bringen. Hier wäre wohl eher ein konflikt- statt diktaturtheoretischer Analyseansatz angebracht gewesen, den Sabrow aber offenkundig gar nicht erwogen hat. Ohnehin geht er in seinem grundlegenden Einleitungskapitel nicht auf den von ihm gewählten Konsensbegriff ein. Das geschieht erst viel später und recht verstreut, am deutlichsten in dem Abschnitt, der sich mit der Stasi-Überwachung des Institutes beschäftigt. Dort wird er aus der von Jürgen Kocka 1994 zur Diskussion gestellten Formel von der »durchherrschten Gesellschaft«¹⁶ abgeleitet, von der Kocka später selbst meinte, sie sei für die Wissenschaftsgeschichte wenig sinnvoll. Hier zeigen sich wohl eher die »Grenzen der Diktatur«.¹⁷ Sabrow selbst dürfte dieses Theorie- und Analysedefizit deutlich geworden sein. Deshalb verwendet er am Schluß seiner Monographie die Formel von der »Streitkultur ohne Pluralität«, die aber sein Analysedilemma nur umschreibt und nicht löst.

Ein dritter Einwand bezieht sich auf die weitgehend fehlende Text- und Inhaltsanalyse. Selbst in den Kapiteln über das *Lehrbuch der deutschen Geschichte*, über die in seinem Kontext ausgetragenen und über andere inhaltliche Kontroversen kommt sie kaum vor. In der Regel werden nur die Streitthemen benannt und die jeweiligen Grundpositionen skizziert, ohne weiter auf Denkinhalte, Deutungs- und Argumentationsmuster einzugehen. Sabrows Absage an den »evaluierenden Blick« ist mit einem deutlichen Desinteresse an Inhalten und publizierten Ergebnissen des DDR-Geschichtsdenkens verbunden. Sein »ethnographischer Blick« auf eine ihm denkfremde Wissenschaft richtet sich vorwiegend auf ihre aktenkundigen und nun offenliegenden häßlichen Innereien, »subkutanen Regeln«, Hintergründe, Querelen, Intrigen und Machtkämpfe oder auf sie überwachenden und disziplinierenden Praktiken. Sabrow begründet das mit dem Argument, man wisse bereits genug über die veröffentlichten Produkte einer »gebundenen Wissenschaft« und müsse sich nun vorrangig mit den früher verborgenen Umständen ihrer Produktion befassen. Damit gerät seine Monographie in fatale Nähe zu jenem Trend kultur- und wissenschaftshistorischer Untersuchungen über die DDR, der die inhaltliche Werkanalyse durch eine Art Enthüllungshistorie ersetzt – mit dem ausgesprochenen oder unausgesprochenen Argument, letztlich lohne es nicht, sich mit den Inhalten auseinander zu setzen. Sie fällt so hinter früher – etwa von der bundesdeutschen Forschung vor 1989 gesetzte – Standards inhaltlicher Analyse auch im deutsch-deutschen Vergleich zurück und läßt das vermissen, was andere neuere Publikationen über die Geschichtskultur und -wissenschaft der DDR an Inhalts- und Deutungsmusteranalyse leisten.¹⁸

16 Vgl. Jürgen Kocka: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547-553.

17 Vgl. Richard Bessel, Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

18 Vgl. zum Beispiel Frank Abendroth: Das Ende der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR, Diss. Berlin 1993 (MS-Druck), S. 149-251 (betr. Preußen-, Sachsen-, Hanse- und Lutherbilder sowie die Geschichtsbilder der 1848er Revolution und des Nationalsozialismus); Heike Christina Mätzing: Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 96), Hannover 1999, S. 141-262; Raina Zimmering: Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen 2000; Heinrich August Winkler (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland (Schriftenreihe Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 10), München 2002, S. 43-84 (Jürgen John über das DDR-Bild der Novemberrevolution 1918), S. 163-184 (Martin Sabrow über das Weimar-Bild in DDR-Gesamtdarstellungen).

Der von Sabrow 2000 herausgegebene Sammelband *Geschichte als Herrschaftsdiskurs* setzte da mit Einleitung und Studien noch manch andere Akzente. Zumindest stellte sich die Mischung von Hintergrund- und Inhaltsanalyse ausgewogener dar. Doch war bereits der Trend erkennbar, mehr nach Hintergründen und »Konsensdiktat« im »Herrschaftsdiskurs« zu fragen. Sabrow selbst beschrieb dort in einer Vorstudie seiner Monographie die Mechanismen und Hintergründe der Entstehungsgeschichte des *Lehrbuchs der deutschen Geschichte*. Einem ähnlichen Ansatz folgte Siegfried Lokatis mit seiner Studie der Gutachtens- und Zensurpraktiken am Beispiel des Geschichtsverlages *Rütten & Loening*. Direkt auf Sabrows Vorgaben und Thesen griff Joachim Petzolds Text »Meinungsstreit« im Herrschaftsdiskurs zurück, der persönliche Erinnerungen und aktengestützte Rekonstruktion von Hintergrundmechanismen mischte. Er beschrieb den von der SED-Führung geforderten Meinungsstreit als ein »von oben« inszeniertes Verwirrspiel, dem er und andere Historiker gutgläubig zum Opfer fielen. Das war bereits ein Vorgriff auf seine bald darauf von Sabrow postum herausgegebenen Erinnerungen. Daneben standen mehrere auf die Analyse von Narrativen und Deutungsmustern gerichtete Studien: die von Thomas Heimann über Kriegsbilder im frühen DDR-Film, die von Christoph Classen über den Befreiungsmythos im DDR-Rundfunk und die von Simone Barck über antifaschistische Geschichtsdiskurse der 1950er Jahre. Im Lichte der ein Jahr später veröffentlichten Monographie Sabrows zeigte aber bereits dieser Sammelband die Tendenz vorrangiger Konzentration auf Hintergrundmechanismen und außeruniversitäre Berliner Medien, Verlage und Institute.

Summa summarum: Sabrows archivgestützte Forschungen, Publikationen und Sammelwerke haben in der einschlägigen Forschungslandschaft deutliche und bleibende Akzente gesetzt. Auf ihnen werden weitere Forschungen zweifellos aufbauen können. Doch steht eine – etwa Werner Mittenzweigs brillante Studie über die ostdeutschen literarischen Intellektuellen¹⁹ – vergleichbare, Inhalte und Hintergründe gleichermaßen kritisch-analytisch beleuchtende Gesamtdarstellung der Leistungen, Defizite und Fehlleistungen ostdeutscher Geschichtswissenschaft möglichst auch im gesamtdeutschen Vergleich nach wie vor aus.

19 Vgl. Werner Mittenzweig: *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000*, Leipzig 2001.

HUBERT LAITKO

Bildung zwischen Anspruch und Kommerz

Monatelang war die PISA-Studie ein wohlfeiles Sujet für Schlagzeilen und Talkshows. Man mußte sie nicht selbst gelesen haben, um darüber reden zu können; daß darin dem deutschen Schulwesen ein bedenkliches Zeugnis ausgestellt wurde, hatte sich rasch herumgesprochen, und die von den Erfindern der Kurzbezeichnung gewiß beabsichtigte Assoziation mit der bekannten italienischen Stadt, die jedermann den schiefen Turm als Metapher für den Zustand der deutschen Schule nahelegte, tat ein übriges, um den Reiz des Diskurses zu steigern. Freilich, mit Pisa hat PISA bis auf den Gleichklang der Worte nichts zu tun; PISA ist die Abkürzung für *Programme for International Student Assessment*, ein Programm der international vergleichenden Bildungsforschung, das alle früheren Vorhaben auf diesem Gebiet in mehrfacher Hinsicht in den Schatten stellt. Hermann Lange, Vorsitzender des von der Kultusministerkonferenz der Länder berufenen deutschen PISA-Beirats, nennt PISA die »bisher umfassendste und differenzierteste Vergleichsuntersuchung zum Leistungsstand von Schülerinnen und Schülern« (Baumert et al.: 13).

Alarmistische Reaktionen auf deutsche Rückstandsbefunde (die übrigens nur einen kleinen Teil des gesamten Forschungsertrages darstellen) sind zwar verständlich, bleiben aber an der Oberfläche. Die substantiellen Mängel, die dem deutschen Schulwesen attestiert werden, sind nicht von heute auf morgen entstanden und werden sich auch nicht durch ein paar hurtige Maßnahmen beheben lassen. Das Bildungswesen befindet sich weltweit in einem säkularen Umbruch, der in den USA und in England bereits in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts eingesetzt hatte und seit dem Ende des »Realsozialismus« in Europa mit wachsender Intensität eine immer größere Zahl von Ländern erfaßt.

Sehr vergrößernd, aber doch auf das Allerwesentlichste zugespitzt, kann man diesen Umbruch als Dreiklang von Computerisierung, Privatisierung und Globalisierung kennzeichnen. PISA bildet nur einen Aspekt des Prozesses ab, aber dieses Bild besticht durch Detailliertheit und Tiefenschärfe. Es empfiehlt sich, die Lektüre der Studie mit der Kenntnisaufnahme kritischer Literatur zu verbinden, die den aktuellen Transformationsprozeß des Bildungswesens mit seinen Potenzen, Tendenzen und Ambivalenzen insgesamt in den Blick nimmt. Ein Buch, das dafür in Frage kommt, ist der von Ingrid Lohmann und Rainer Rilling herausgegebene Band. Er wurde nicht als ein Kommentar zur PISA-Studie geschrieben, doch im Nachhinein kann er streckenweise durchaus so verstanden werden.

Hubert Laitko – Jg. 1935;
Prof. Dr. sc. phil.;
Wissenschaftshistoriker.
Wichtige Publikation:
Bernhard vom Brocke/
Hubert Laitko (Hrsg.): Die
Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-
Gesellschaft. Studien zu
ihrer Geschichte: Das
Harnack-Prinzip, Berlin/
New York 1996. Zuletzt in
UTOPIE kreativ: »Bildung
als Funktion einer multi-
optionalen Gesellschaft«
(Heft 127, Mai 2001,
S. 405-415).

Besprochen werden:

Baumert et al. –

Jürgen Baumert/Eckhard Klieme/Michael Neubrand/Manfred Prenzel/Ulrich Schiefele/Wolfgang Schneider/Petra Stanat/Klaus-Jürgen Tillmann/Manfred Weiß (Hrsg.):

PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Leske + Budrich Opladen 2001, 548 S. (25,00 €) und

Lohmann/Rilling –

Ingrid Lohmann/Rainer Rilling (Hrsg.):

Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft,

Leske + Budrich Opladen 2002, 355 S. (25,50 €)

Die verkaufte Bildung befaßt sich aus vielen Perspektiven mit Gründen, Stand, Widersprüchen und möglichen Konsequenzen dieses Prozesses, in dessen Logik Bildung zur Produktion von »Humankapital« wird, die eine meßbare Rendite erbringen und daher strikten Effektivitäts- und Effizienzkriterien unterworfen werden muß. Dazu muß auch der Bildungserfolg als Leistung meßbar und vergleichbar gemacht werden.

An PISA beteiligt sind die 28 OECD-Länder, dazu vier weitere, unter ihnen so gewichtige wie Brasilien und die Russische Föderation. Afrika und die arabische Welt bleiben allerdings

Die Bildungssphäre als sensibelster Bereich gesellschaftlicher Selbstreproduktion spiegelt seit jeher sehr genau das Wechselspiel sozialer Veränderungs- und Beharrungstendenzen, und das vorwiegend durch den Filter der Interessen jener Kräfte, die im jeweiligen Sozium die reale Macht ausüben und damit auch die Erzeugung und den Einsatz »kulturellen Kapitals« (Bourdieu) dominant kontrollieren. Insofern stehen in neuerer Zeit ständig Bildungsreformen auf der Tagesordnung – sei es, daß sie real im Gange sind, sei es, daß sie erwogen und gefordert werden. Der gegenwärtige Wandel ist aber weitaus mehr als eine bloße Fortschreibung dieser immerwährenden Veränderungen: Die technische Basis des Umgangs mit Wissen wälzt sich vor unseren Augen in einer Tiefe um, die historisch bestenfalls mit der durch die Erfindung des Buchdrucks bedingten Veränderung vergleichbar ist.

Bei näherer Betrachtung hinkt auch dieser Vergleich. Die Einführung der modernen Informations- und Kommunikationstechnik verändert die technologische Produktionsweise der Gesellschaft in ihren Grundlagen, während die Ausbreitung des Buchdrucks zwar den Umgang mit Wissen sektoral revolutioniert, die Technologie der materiellen Produktion aber weitgehend unangetastet gelassen hatte. Der technologische Wandel betrifft das Bildungswesen auf zwei Ebenen unmittelbar – einerseits über die technische Umrüstung der Bildungsprozesse, andererseits über die Forderung, diese Prozesse so zu gestalten, daß sie ihre Teilnehmer für eine von Informations- und Kommunikationstechnik ganz und gar durchdrungene Lebensform disponieren.

Damit entstehen neuartige Möglichkeiten, den Bildungsbereich in eine außerordentlich profitable Anlage- und Verwertungssphäre für privates Kapital zu verwandeln. Der Realisierung dieser Möglichkeiten kommt der Umstand entgegen, daß die technische Neuausstattung der Bildungsprozesse eine Investitionsschwelle bedeutet, der die öffentlichen Hände in der Regel nicht mit reichlicheren, sondern mit knapperen Mitteln gegenüberreten. Damit geraten Schulen und Hochschulen in Zwangslagen, die sie zur Akquisition privaten Kapitals nötigen. Der mainstream dessen, was heute Bildungsbeziehungsweise Hochschulreform genannt wird, läuft darauf hinaus, die Hindernisse abzubauen, die dem Einströmen von Kapital in diese innovative Anlagesphäre noch im Wege stehen.

Wenn methodische Instrumente wie jene der PISA-Studie, die das Ermöglichen, aus dem kognitiven Kontext eines Forschungsprogramms gelöst und in den funktionalen Zusammenhang des Bildungsgeschehens gestellt werden, dann können sie Marktförmigkeit von Bildung entscheidend befördern. Dies ist der Konvergenzpunkt, in dem sich die bemerkenswerten Fortschritte bei der Entwicklung analytischer Instrumentarien der vergleichenden Bildungsforschung mit den wirtschaftlichen Interessen an der Etablierung von Bildungsmärkten treffen.

PISA ist ein nach Ausdehnung und Komplexität präzedenzloses Programm der international vergleichenden Bildungsforschung, und es spricht Bände, daß als Trägerin eines solchen für ein sozialwissenschaftliches Vorhaben überaus aufwendigen Unternehmens nicht beispielsweise die UNESCO auftritt, sondern die OECD als Organisation für die ökonomische Zusammenarbeit der entwickelten

kapitalistischen Länder. Auch wenn die ökonomischen Bezüge der Bildung bei PISA ganz im Hintergrund bleiben – die OECD spricht mit der Aufnahme dieser großangelegten Untersuchung in ihr Indikatorenprogramm ihre Anerkennung der unbestreitbaren Tatsache aus, daß der Erwerb von Wissen und der Umgang mit ihm fortschreitend in das Zentrum der wirtschaftlichen Tätigkeit rücken. Das Programm wird von den teilnehmenden Staaten im Konsens auf paritätischer Grundlage durchgeführt. Im *Board of Participating Countries* (BPC) hat jeder Staat eine Stimme. Die diffizile Organisation des Programms wird eingehend dargestellt. Sie sichert auf internationaler wie auf nationaler Ebene sowohl die wissenschaftliche Validität als auch das Management des Programms. Auf deutscher Seite wurde die PISA-Studie von der Kultusministerkonferenz der Länder in Auftrag gegeben, das nationale PISA-Konsortium arbeitet unter Federführung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung.

Mit dem vorliegenden Material, das die im Jahr 2000 durchgeführten Erhebungen auswertet, hat PISA gerade erst begonnen. Für 2003 und 2006 sind weitere, ebenso umfangreiche, aber anders akzentuierte Erhebungen vorgesehen. In jeder der Runden besteht das Programm aus einem international vergleichenden Teil und nationalen, in Eigenregie der jeweiligen Teilnehmerländer konzipierten Ergänzungen (PISA-E). Die Untersuchungspopulation bilden 15jährige Schülerinnen und Schüler; erfaßt werden fachlich definierte Basiskompetenzen (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaft), bestimmte fächerübergreifende Kompetenzen (Cross-Curricular Competencies) sowie Kontext- und Bedingungsfaktoren. Die Dimensionen des Vorhabens werden am Umfang dieser Population deutlich: In die internationale Erhebung 2000 waren rund 180 000 Personen einbezogen, davon in Deutschland 5000 Schüler aus 219 Schulen, wobei aus jeder der ausgewählten Schulen durchschnittlich 23 Schüler teilnahmen. Für PISA-E wurde in Deutschland die Stichprobe auf über 50 000 Schüler aus 1 466 Schulen erhöht. Die hier besprochene Veröffentlichung ist lediglich das erste deutschsprachige Buch aus einer ganzen Reihe von Publikationen über die Ergebnisse von PISA, nicht *die* PISA-Studie schlechthin.

Es liegt auf der Hand, daß die Gewährleistung von Qualität und Vergleichbarkeit der Daten einen außerordentlichen methodischen Aufwand verlangt. Dieser Aufwand ist auf einem avancierten Niveau empirischer Sozialforschung getrieben worden, er wird in der Publikation nachvollziehbar erläutert. Das Buch präsentiert eine überwältigende Fülle von Zahlen; die ausführliche und meist auch behutsame verbale Interpretation verhindert, daß der Leser von der Menge der Tabellen und Graphiken erschlagen wird. Unter methodischen, organisatorischen und forschungstechnischen Gesichtspunkten ist PISA zweifellos eine Glanzleistung. Auch wenn die öffentliche Debatte weithin den Eindruck erweckt, als sei PISA in erster Linie eine Expertise über die Schwächen des deutschen Bildungssystems mit eindeutigen und vor allem schnell zu ziehenden bildungspolitischen Konsequenzen, soll hier hervorgehoben werden, daß es sich um ein wissenschaftliches Ereignis ersten Ranges handelt – einerlei, in welche politischen Erwartungen dieses Programm eingebettet sein mag. Es ist wahrhaftig keine Kleinigkeit, zwischen kulturell so

gänzlich ausgespart. Drei denkmögliche, einander vielleicht sogar in Teilbereichen überlappende bildungspolitische Alternativen zeichnen sich nach der Lektüre dieses anspruchsvollen Bandes ab. Die erste ist die Verteidigung der Positionen der öffentlichen Hand im Bildungswesen mit allen demokratischen Mitteln, um ein Gegengewicht zu den sozial desintegrierenden Wirkungen des Privatkapitals zu bewahren. Die zweite fußt auf dem unorthodoxen Gedanken von Gunnar Heinsohn und Otto Steiger, die Bildung radikal zu privatisieren, aber auf eine Weise, die die freien Bürger mit der nötigen Nachfragemacht ausstattet und es ihnen damit ermöglicht, sich von der Vorherrschaft der Wirtschaft zu befreien (vgl. Lohmann/Rilling: 243). Der dritte Weg ist schließlich die Förderung nicht-warenförmiger genossenschaftlicher Verhältnisse im Kernbereich der neuen Informationsarbeit als Keimzelle eines gesamtgesellschaftlichen Wandels und die Neubelebung des Konzepts der Gemeingüter (commons); es ist bemerkenswert, daß die dieser Alternative gewidmeten Beiträge von Rilling, Krysmanski, Schenk und Meretz nicht allein theoretisch argumentieren, sondern sich auch bereits auf praktische Erfahrungen stützen können.

unterschiedlich geprägten Schulsystemen wie jenen in Japan, in Mitteleuropa oder in Kanada methodisch korrekte Vergleiche zu ziehen oder auch nur einen ersten Schritt auf dem dornigen Pfad zu solchen Vergleichen zu gehen.

Die Autoren verwarfen sich mit Recht gegen eine oberflächliche Instrumentalisierung von PISA, wenn sie bemerken, es gehe bei diesen Vergleichen »nicht um einen Wettbewerb im sportlichen Sinne mit dem Ziel, in der Rangordnung vor anderen Ländern zu liegen. Vielmehr richtet sich das Interesse darauf, Informationen über Schwächen und Hinweise auf Entwicklungsmöglichkeiten zu erhalten« (Baumert et al: 277). Die praktische Bedeutung des Vorhabens besteht – weit eher als in einem »Ranking« von Punktwertungen – in dem Hinweis darauf, »dass vieles, was uns altvertraut und darum selbstverständlich ist, in anderen Ländern ganz anders geregelt ist und dass dies offenbar keine negativen Folgen für die Leistungsentwicklung der Heranwachsenden hat« (Baumert et al: 411).

PISA diagnostiziert bei 15jährigen, also gegen Ende der Pflichtschulzeit, den Entwicklungsstand bestimmter grundlegender Kompetenzen. Mit »Kompetenz« wird der für die theoretische Fundierung des Programms zentrale Begriff der »Literacy«, der mit »Literalität« irreführend übersetzt wäre, angemessen wiedergegeben. Die in der angelsächsischen Pädagogik und Bildungsforschung verbreiteten Konzepte der Reading Literacy, der Mathematical Literacy und der Scientific Literacy meinen nicht nur abfragbares Schulwissen und erlernbare Routinen, sondern vor allem das kreative Vermögen, sich auf der Basis des Angeeigneten in praktischen Lebenssituationen verstehend und handelnd zu orientieren.

Bei jeder der Runden werden alle drei Basiskompetenzen getestet, so daß 2003 und erst recht 2006 auch Trends sichtbar werden dürften, nicht nur ein Zustandsbild. Dabei lag 2000 das Schwergewicht auf dem Lesen; 2003 werden die mathematischen, 2006 die naturwissenschaftlichen Kompetenzen im Mittelpunkt stehen. Die bei der deutschen Stichprobe ermittelten Ergebnisse ähneln sich in wesentlichen Zügen (Durchschnitt unterhalb des PISA-Mittelwertes; relativ große »Risikogruppe« von 15jährigen, die das für eine normale Berufsentwicklung unerläßliche Minimum der jeweiligen Kompetenz nicht erreicht; schmale Spitzengruppe, Mangel an wirklich herausragenden Leistungen) auf allen drei Feldern so sehr, daß zu ihrer Erklärung fachbezogene Gründe nicht ausreichen und tieferliegende, systemische Ursachen in Betracht gezogen werden müssen.

Die Untersuchung liefert gewiß eine ganze Reihe von Aufschlüssen über die deutsche Schule hier und heute, aber ihr wichtigster Ertrag liegt nicht darin. Die untersuchten Basiskompetenzen – ebenso auch die fächerübergreifenden wie die Fähigkeiten zu selbstbestimmtem Lernen, Kooperation und Kommunikation – sind nicht unmittelbar Ausdruck der Unterrichtsqualität des Jahres 2000, sondern das »Ergebnis eines langjährigen, vom Kindergarten bis zum Ende der Vollzeitschulpflicht dauernden kumulativen Prozesses« (Baumert et al: 354).

Der Schlüssel für eine nachhaltige Bildungsreform, die ihren Namen verdient, scheint nach PISA in einer prozessualen Analyse der Schullaufbahnen im vielschichtigen und flexiblen Kontext der sie

PISA ist in erster Linie eine Chance, durch die vergleichende Berücksichtigung anderer Schulsysteme einen freieren Blick auf das eigene zu gewinnen. Dann wird man auch tradierte bundesdeutsche Gegebenheiten (denn das DDR-Erbe ist bekanntlich auch auf dem Feld der Volksbildung kurzerhand abgewickelt worden) nicht mehr für unantastbar halten, nicht einmal die heiligste der Kühe, das hierarchisch gegliederte Schulsystem in der Sekundarstufe I.

Die bei den deutschen Probanden festgestellten Schwächen beziehen sich nicht in erster Linie auf Lernmängel im engeren Sinne, sondern weisen darauf hin, daß das Bildungswesen hierzulande als Lebensschule nicht auf der Höhe der Zeit ist.

Weil sich das Arrangement der Faktoren, die zusammen genommen die Gestalt der von den Schülerinnen und Schülern durchmessenen »Schullaufbahnen« geprägt haben, über Jahrzehnte sukzessiv herausgebildet und verfestigt hat, eignen sich Befunde über Funktionsmängel dieses Systems wenig für die

formenden Faktoren zu liegen. Ein elementarer, aber dennoch gewichtiger Befund ist hier zunächst die Verzögerung der Schullaufbahnen in Deutschland als kombinierter Effekt eines relativ hohen Einschulungsalters, freizügig gewährter Zurückstellungen bei der Einschulung und der hier weitaus mehr als in anderen Ländern geübten Praxis des Sitzenbleibens: Im Ergebnis haben nur 64 Prozent der 15jährigen ihre Schulkarrieren ohne Verzögerungen absolviert. Aus der auf diese Weise verschobenen Altersstruktur der deutschen Schülerpopulation ergibt sich »im internationalen Vergleich ein erheblicher Leistungsnachteil des deutschen Schulsystems« (Baumert et al: 473). Dies deutet auf Handlungsbedarf im Vorschulbereich und in den frühen Phasen der Grundschule hin, mit dem Schwerpunkt intensiver Förderung der leistungsschwächeren Kinder.

Noch gravierender dürfte sich der in der PISA-Studie mit großer Aufmerksamkeit bedachte Umstand auswirken, daß in Deutschland in die Schullaufbahnen selektive Filter eingebaut sind, die die Schülerinnen und Schüler relativ früh – noch während der für alle verbindlichen Pflichtschulzeit – nach ihren Leistungen auf unterschiedliche Schulformen verteilen. Der nach Schulformen hierarchisch gegliederte Sekundarbereich ist im internationalen Vergleich das auffälligste Merkmal des deutschen Schulsystems (vgl. Baumert et al: 438). Der Akzent liegt hier auf »hierarchisch«: Es handelt sich ausdrücklich nicht um eine horizontale Sortierung, die nach unterschiedlichen, aber gleichrangigen Begabungen vorgenommen würde, sondern um eine Aufgliederung nach dem auf einer eindimensional geordneten Leistungsskala erreichten Stand. Für die durchschnittlichen Kompetenzstufen der 15jährigen gilt bei Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften die gleiche Rangfolge von oben nach unten: Gymnasium – Realschule – integrierte Gesamtschule – Hauptschule. Obwohl dieses hochselektive Arrangement mit der allgegenwärtigen neoliberalen Wettbewerbsideologie zu korrelieren scheint, ist es seinem Prinzip nach tief in der deutschen Bildungstradition verankert, so daß für die Bundesrepublik Deutschland nur sein Feinausbau, nicht aber seine grundsätzliche Revision in Frage kam. Damit hielt sich die Bundesrepublik aus einem verbreiteten Modernisierungstrend heraus: »In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg sind die herkömmlichen hierarchisch gegliederten Schulsysteme in sehr vielen Staaten durch integrierte Systeme ersetzt worden...« (Baumert et al: 425). Man hätte erwarten können, daß der Siegeszug des Gymnasiums – heute die meistbesuchte Schulform im Sekundarbereich – zur Herausbildung einer international herausragenden starken Spitzengruppe führen würde, möglicherweise unter Inkaufnahme eines großen Segments von in die »unteren« Schulformen abgedrängten Leistungsschwachen. Dieses Segment gibt es nach PISA in der Tat, es zieht den deutschen Leistungsdurchschnitt unter den OECD-Mittelwert, aber eine herausragende Spitzengruppe ist nicht entstanden.

Über Alternativen darf wieder laut nachgedacht werden; damit wird auch eine kritische Analyse – statt ihrer noch immer zum guten Ton gehörenden voreingenommenen Ignoranz – der diesbezüglichen Erfahrungen der DDR aktuell, denn der zweite deutsche Staat hatte sich dem Druck der deutschen Schultradition entzogen und sich, auf

tagespolitische Polemik und gar nicht für kurzschlüssige Schuldzuweisungen. Zugleich ist das System so komplex, daß von aktivistisch vorgenommenen punktuellen Eingriffen kaum radikale Verbesserungen zu erhoffen sind.

Nachdem in das öffentliche Bewußtsein gedungen ist, daß PISA-Spitzenreiter wie Japan ihre eindrucksvollen Ergebnisse mit einer nicht in Schulformen gegliederten Sekundarstufe I erzielt haben, steht das gegliederte System selbst auf dem Prüfstand.

So heißt es etwa über die Eltern der getesteten 15jährigen, »...sie gehörten einer Generation an, die in der DDR von der Konsolidierung der Polytechnischen Oberschule (POS) und in der alten Bundesrepublik vom Ausbau des Sekundarschulsystems und einer sich beschleunigenden Bildungsexpansion profitierten. Besondere Gewinner waren in der alten Bundesrepublik die Mütter, die in der Bildungsbeteiligung gleichzuziehen begannen – ein Prozeß, der in der DDR schon früher abgeschlossen war« (Baumert et al: 336).

»Die an Gelenkstellen von Bildungslaufbahnen auftretenden sozialen Disparitäten addieren sich über die Bildungskarriere hinweg. Sind mit den Verteilungsentscheidungen differentielle Lerngelegenheiten verbunden, die wiederum mit der Sozialschicht kovariieren, ergibt sich ein weiterer kumulativer Effekt, der zur schrittweisen Vergrößerung von sozialen Disparitäten führt« (Baumert et al: 359).

seine Weise und in seinen Grenzen, dem erwähnten Modernisierungstrend angeschlossen. Beiläufig bemerkt: In der PISA-Studie ist von der DDR nur selten die Rede – aus gutem Grund, denn die bilanzierten Schulkarrieren haben sich zur Gänze bereits in der Zeit des vereinigten Deutschland abgespielt –, aber wo die Geschichte dieses Staates erwähnt wird, geschieht das in auffälliger Sachlichkeit.

Ein großer Vorzug von PISA besteht darin, daß die bei diesen Untersuchungen gewonnenen Einsichten in Prozeß und Resultat des Kompetenzerwerbs in der Schule auf die sozioökonomische Situation der Elternhäuser rückbezogen wird; mit hohem methodischen Aufwand wird dieser schwierige Fragenkomplex von ganz verschiedenen Seiten her eingekreist. Dabei findet auch die Problematik der Migrantenfamilien gebührende Aufmerksamkeit. Nicht weniger als 27 Prozent der 15jährigen stammen aus Familien, von denen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde (vgl. Baumert et al: 341); ihre Integration ist längst zur zentralen Frage der Qualitätsentwicklung des Bildungswesens in Deutschland geworden.

Für die Lesefähigkeiten lautet das gravierende Fazit, »dass in Deutschland im Vergleich zu allen anderen OECD-Staaten die soziale Lage der Herkunftsfamilie den stärksten Effekt auf die gegen Ende der Vollzeitschulpflicht erreichte Lesekompetenz hat« (Baumert et al: 389). Mit den anderen untersuchten Kompetenzen verhält es sich ähnlich. Anders ausgedrückt: Das Schulsystem, dessen demokratischer Auftrag es wäre, der dem Kapitalismus immanenten sozialen Polarisierung der Bevölkerung durch Neuverteilung von Lebenschancen wenigstens in der Generationenfolge ein gewisses Gegengewicht zu bieten, scheint eher zur Festigung und erweiterten Reproduktion dieser Polarisierung beizutragen. Dabei ist die hierarchische Binnengliederung dieses Systems das entscheidende Moment. Sie wirkt subtil, nicht etwa vordergründig diskriminierend. Für eine etwaige systematische Benachteiligung von Kindern aus unteren Sozialschichten in höherrangigen Schulformen findet PISA keine Symptome. Die neuralgischen Punkte sind vielmehr die Übergänge zwischen den Schulformen. Als ein »unerwünschter Nebeneffekt« – wie unerwünscht er wirklich ist, sei dahingestellt – der frühen Verteilung auf institutionell getrennte Bildungsgänge ergibt sich soziale Segregation (vgl. Baumert et al: 458).

Der internationale Vergleich zeigt – vor allem für die Lesekompetenz, aber sinngemäß übertragbar auch auf andere Bereiche – daß sich ein überdurchschnittliches Leistungsniveau auf zwei sozial konträren Wegen erreichen läßt: durch entschlossene Elitenbildung unter Inkaufnahme großer sozialer Disparitäten (dafür steht beispielhaft Großbritannien) oder umgekehrt durch sozialen Ausgleich (dafür stehen PISA-Spitzenländer wie Finnland oder Japan). Neoliberaler Wettbewerbsdruck ist demnach keineswegs der einzige mögliche Weg für eine leistungsorientierte Schulreform. Es gibt eine demokratische Alternative, deren humane Qualität daran zu messen ist, wie wirksam sie der Tendenz sozialer Segregation im Bildungssystem entgegenwirkt.

Während bei PISA die Zusammenhänge zwischen den Bildungssystemen und den grundlegenden Wandlungen in der Wirtschaft im

wesentlichen ausgeblendet bleiben, stehen sie in *Die verkaufte Bildung* im Mittelpunkt. Hier handelt es sich nicht um eine konzeptionell und methodisch homogenisierte Untersuchung, sondern um eine Sammlung unabhängiger Beiträge zahlreicher Autoren, die ihren Reiz gerade aus der Vielfalt der Standpunkt bezieht. Prominente Erziehungswissenschaftler und Vertreter anderer Zweige der Sozialwissenschaften kommen ebenso zu Wort wie Bildungspraktiker und Bildungspolitiker. Mit PISA teilt dieses Buch die globale Perspektive – mehrere Aufsätze behandeln Ökonomisierungstendenzen der Bildung in anderen Ländern oder im internationalen Vergleich. Die Autoren stimmen auch darin überein, daß marktförmige Umgestaltungen in den Bildungssystemen und vielschichtige Zugriffe privaten Kapitals auf den Bildungsbereich bereits seit längerem im Gange sind und daß beide Trends konvergieren; eindrucksvolle Belege dafür werden in großer Ausführlichkeit vorgelegt. Entsprechende Entwicklungen werden für unterschiedliche Sektoren des Bildungssystems analysiert – für die allgemeinbildende Schule (Schulsponsoring, Werbung an Schulen, Bildungsgutscheine usw.), das Hochschulwesen und die umfangreiche Sphäre der Weiterbildung. Auch die katalytische Rolle zweier zentraler Umstände – der informationstechnischen Umwälzung einerseits und der Knappheit der öffentlichen Haushalte andererseits – für diesen Prozeß steht außer Frage.

Die Wertungen des Geschehens variieren jedoch in einem weiten Spektrum, auch der in diesem Zusammenhang häufig reflexionslos als Scheidemünze verwendete Begriff des Wissens (»Wissensgesellschaft«) wird – in einem glänzenden Essay von Wimmer – tiefgreifend problematisiert. Die augenscheinlich unwiderstehliche Macht der Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich ist vordergründig zweifellos dadurch motiviert, daß sich hier ein riesiger Zukunftsmarkt eröffnet hat, dessen globale Aufteilung bereits vonstatten geht.

Auf der anderen Seite aber sind – wie vor allem Kirchhöfer entwickelt – diese Prozesse vor allem deshalb so vital, weil sie nicht einfach Marktexpansionen darstellen, sondern die kapitalistische Form einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsweise. Deshalb werden sie von den in sie einbezogenen Akteuren auch ambivalent erlebt – nicht nur als radikale Verunsicherung und zunehmende Unterwerfung unter anonyme Mächte, sondern auch als Abschneiden alter Zöpfe, Flexibilisierung, Verantwortungsgewinn und Individualisierung. Wenn es zutrifft, daß das Bildungssystem seine Qualitätsmaßstäbe künftig nicht mehr ohne Heranziehung privaten Kapitals halten kann, dann wird seine Aufgabe, der sozialen Polarisierung entgegenzuwirken, außerordentlich schwierig. Die Bildungshistorikerin Ingrid Lohmann sieht staatliche und öffentliche Bildungseinrichtungen als ein »transitorisches Phänomen«, das mit der bürgerlichen Moderne ausläuft, und stellt die Frage, ob sich »historisch neuartige Gründe und Koalitionen für öffentliche Bildung ergeben« (Lohmann/Rilling: 105). Die PISA-Resultate könnten einer dieser Gründe sein.

Kirchhöfer bemerkt treffend: »Es muss für das Kapital ein unerträglicher Zustand sein, einen weiten und sich erweiternden Bereich der Gesellschaft ... nicht dem Markt und der Warenförmigkeit seiner Beziehungen unterwerfen zu können. ... Über Bildung vollzieht sich nahezu unmerklich ein Gespinnst ökonomischer Operationen, die Bildung alle Merkmale von Eigentum gibt. ... Die Gefahr weiterer sozialer Selektion durch Bildungsdifferenzierung ist damit programmiert« (Lohmann/Rilling: 81). Gogolin schließt aus ihren Untersuchungen zur Migrantenintegration im deutschen Schulsystem: »Die Mechanismen der ökonomischen Steuerung des Bildungswesens nützen den Starken; sie schützen die Schwachen nicht« (Lohmann/Rilling: 166).

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Und heute, liebe Wahlkinder, beginnen wir unsere Zeitungsschau im Fach »Wahlkunde« mit einem kleinen Kwitzz, zur Auflockerung sozusagen. Ich habe für euch einen Politiker-Text herausgesucht, und Ihr schreibt mir auf, sauber, wenn ich bitten darf!, aus welcher Partei der Mann kommt, der folgendes sagte: »... *Wir müssen den Konzern jetzt neu strukturieren und die Geschäftsfelder neu definieren. In Zusammenarbeit mit den beiden privaten Investoren wollen wir noch in diesem Jahr ein Unternehmenskonzept erarbeiten. Auch gehören die Verkaufsverhandlungen für die Bankgesellschaft und die Struktur dieser Veräußerung zur Wirtschaftspolitik.*«

Nun, meine Lieben, kreuzt bitte an: Kommt der Mann aus der CDU, der FDP, der SPD, oder ist es ein PDSler? »Herr Lehrer, der könnte doch aus jeder Partei kommen!« Bingo! Heinzl, setzen, Eins!

Da wir nun – geschickt, wie wir zu fädeln wissen – beim eigentlichen Thema angekommen sind: Irgendwann werden wir sicher erfahren, wer und was die BILD-»Zeitung« im Juli 2002 bewog, den Reisekadern des deutschen Parlaments die von ihnen verballerten Freiflugkilometer vorzurechnen (denn eine Art sozial-moralischer Anstalt zu sein, wäre ja wohl das Letzte, was diesem Druckerzeugnis unterstellt werden sollte). Ob die Kampagne kathartische Weiterungen zur Folge haben wird, ist hingegen äußerst fraglich. Doch *eine* Folge ist absehbar: Wie es momentan aussieht, könnte der Begriff »Bonus-Meile« zum Unwort des Jahres 2002 avancieren, und zum anderen ist es nicht ausgeschlossen, daß »Bonus-Meile« (BM) als Maßeinheit in die deutsche Sprache eingeht. Unklar ist nur noch, für was und für wen. Vielleicht könnten damit Rangfolgen unter Abgeordneten kenntlich gemacht werden. Im »Handbuch« des Bundestages nähme sich das dann möglicherweise so aus:

Abgeordneter Meyer-Motzen, CDU (oder was auch immer), geb. dann und dann, Wahlkreis XY, BM: 100 pro Jahr. Meyer-Motzen, wir erkennen es unschwer, ein Hinterbänkler. Ab 1000 BM pro Jahr begänne die Prominenz.

Und was stand noch in den Zeitungen? Ach, ja, die Arbeitslosigkeit. Aber das hatten wir schon. Eine angenehme Neuigkeit erreichte uns hingegen aus Rom. Unter der Überschrift »Linke Momente« die Unterzeile: »L'Unità«, die einst verschlafene KPI-Zeitung, ist neu erwacht – erweckt hat sie ausgerechnet ein alter Fiat-Manager.

In dem Artikel des Berliner *Tagesspiegel* wird an die Einstellung des Blattes im Juli vor zwei Jahren erinnert, dann heißt es: »Gleich neben der Spanischen Treppe, im Herzen der römischen Altstadt, sitzt Furio Colombo. (...) Vor einem Jahr hat hier die *Unità* ihre Wiederauferstehung gefeiert, und seitdem ist aus der alten Parteizeitung eine Erfolgszeitung geworden. Und das Erfolgsgeheimnis heißt Furio Colombo. Er ist der Chefredakteur der Zeitung. Und das ist die eigentliche Überraschung. Denn dieser Furio Colombo war bis vor gar nicht langer Zeit Angestellter – des Klassenfeindes.« (Er war Präsident von Fiat-USA.) In dem Artikel steht, daß die Zeitung »entgegen dem nationalen Trend« sowohl beim Anzeigenverkauf als auch bei der Auflage zulegt (70 000, sonntags 100 000). »Wir sind«, sagt der Chefredakteur, »die einzige Zeitung in Italien, die keiner Industriegruppe gehört, wir sind komplett frei.«

Wir folgern messerscharf: Wenn sich die Herren Breuer, Schrempf und Sommer oder die Mitglieder der *Mannesmann-Connection* ihrer Gehälter oder ihrer Abfindungen wegen genieren oder gar fürchten, wegen asozialen oder unethischen Verhaltens exkommuniziert zu werden – wir wüßten, wie sie ihr Gewissen (ganz ohne werden auch sie nicht herumlaufen ...) erleichtern könnten. Ron Sommer muß ja nicht gleich beim *Neuen Deutschland* Chefredakteur werden – ein Scheck würde genügen ...

Urlaubszeiten – das ist gemeinhin ihr Sinn – sind voller Überraschungen. Hatte ich bislang bei Urlauben jenseits deutscher Grenzen mit dem Kurzwellen-Gequiecke der *Deutschen Welle* vorliebnehmen müssen, hatte ich in diesem Sommer eine Unterkunft, deren Vermieter seine Satelliten-Antenne auf das Fernsehprogramm dieser Firma ausgerichtet hatte. Der Sender *DW-TV* war eine einzige Überraschung. Weil er offenbar *nicht* dafür gedacht ist, ausschließlich aus Deutschland zu berichten, sondern versucht, eine Art *BBC-World* zu sein. So sitzt dann unsereiner vor der Glotze und sieht sich – zum Beispiel – eine Sendung über Hawaii an. Und da *DW-TV* außerdem den Ehrgeiz hat, eine eigene Nachrichtensendung zu produzieren, wird von ihm – da haben sie in der Berliner Voltastraße auch ihren Stolz – die *ARD-Tagesschau* natürlich nicht übernommen. Da es ihm andererseits aber offenbar an Geld – ergo an Kapazität – fehlt, leiert er fortwährend eine Schleife runter, und man kann das, was man abends schon gesehen hat, am nächsten Tag vertiefen. Kurzum: Dieser mir bislang unbekannt gewesene deutsche Fernsehsender war eine echte Urlaubsüberraschung.

Da lobte ich mir bald wieder die Radio-Kurzwelle. Doch selbst dort konnte die *Deutsche Welle* insofern nicht mithalten, als das Info-Programm *Bayern 5* viel besser zu empfangen war. Die interessanteste (und klarste) Kurzwellensendung, die ich einfing, kam aus Taipeh. Doch die Inselchinesen erzählten auch nichts über Deutschland. Was, wie sich nach meiner Rückkehr herausstellen sollte, auch kein Schaden war.

Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke:
Die getarnte Armee. Geschichte
der Kasernierten Volkspolizei
der DDR 1952-1956

(Militär-geschichte der DDR –
 hrsg. vom Militär-geschichtlichen
 Forschungsamt, Potsdam, Bd. 1),
 Ch. Links Verlag Berlin 2001,
 922 S. (34,80 €)

Stephan Fingerle:

Waffen in Arbeiterhand?

Die Rekrutierung des Offiziers-
korps der NVA und ihrer Vorläufer
 (Militär-geschichte der DDR –
 hrsg. vom Militär-geschichtlichen
 Forschungsamt, Potsdam, Bd. 2),
 Ch. Links Verlag, Berlin 2001,
 457 S. (20,50 €)

Es ist eine Geschichte harter Kämpfe und großer Entbehrungen, die Diedrich, Wenzke und Fingerle ungewollt erzählen. Da überwindet der ostdeutsche Staat nach der Niederlage Nazideutschlands politische Apathie, den verbreiteten Pazifismus der Nachkriegs-Deutschen, bereitet den Weg für einen souveränen Staat und stellt sich politisch – von der führenden SED gewollt – an die Seite der Sieger. Streitkräfte waren nun Ausdruck der Souveränität der DDR als Staat, aber ebenso militärische Kraft in einer sich abzeichnenden auch militärischen Systemauseinandersetzung, die jederzeit vom kalten zum heißen Krieg übergehen konnte. Sicher wollten die Autoren kein Hohelied auf deutsche Kommunisten und eine junge Generation singen, die sich neuen Idealen nach der Ernüchterung vom Faschismus verschrieb. Allerdings sind Diedrich und Wenzke, die als letzte Vertreter des Militär-geschichtlichen Instituts der NVA ihren Platz am Militär-geschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr gefunden haben, Sachkenner genug, um die Vorgängerinstitution der NVA in einer detaillierten Geschichte der Kasernierten Volkspolizei (KVP) differenziert zu würdigen.

Ob Strukturen, Kader, Bewaffnung, Besoldung oder Bekleidung, wohl kein relevantes

Dokument in deutschen Archiven entging ihnen und sie haben ein lebendiges Bild des Nukleus der künftigen DDR-Armee gezeichnet. Sie wissen um die offizielle Proklamation der Schaffung »nationaler Streitkräfte« auf der 2. SED-Parteikonferenz 1952 im Gefolge einer Weisung Stalins. Sie zeigen zugleich, daß sich die DDR-Führung trotzdem unsicher war und strapazieren die These von der »getarnten Armee«. Allerdings wurde eher der Umfang von Rüstung, Bewaffnung und Verteidigungsstruktur getarnt denn der Anspruch, daß die DDR über kampffähige Streitkräfte verfügen sollte. Eine Kaderarmee als Grundlage für den Aufbau einer im Verteidigungsfalle mobilmachungsfähigen und schlagkräftigen Armee sollte es sein. Dabei haben Diedrich/Wenzke Recht, wenn sie das »Dilemma zwischen Anspruch und Wirklichkeit« betonen. »Wichtige politische Voraussetzungen sowie die wirtschaftlichen Ressourcen der DDR für einen raschen und kontinuierlichen Aufbau modern ausgerüsteter und professionell ausgebildeter »Nationaler Streitkräfte« mit sozialistischem Anspruch waren im Grunde nicht gegeben. Dennoch wurde versucht, den Aufbau der KVP weiterzuführen und schrittweise zu forcieren.« Eine loyale Truppe tat im Glauben, daß der Staat verteidigungswürdig sei, »engagiert ihren Dienst« (S. 8).

Die furchterregenden 100 000 Mann unter Waffen waren zunächst nur mit einigen Dutzend Panzern und Kanonen bewaffnet – mehr Traum als Wirklichkeit einer modernen Armee. Lebensbedingungen und Ausbildungsstand, viele unerlaubte Entfernungen, ja Fahnenfluchten, schlechte Disziplin trotz guter Bezahlung (im Vergleich zur Bevölkerung) zeigen, daß die Truppe noch jahrelang weit entfernt von jener schlagkräftigen NVA war, die seit den sechziger Jahren im Warschauer Pakt ihre Verteidigungsaufgaben erfüllte und früh dem Westen als bedrohliche Begründung eigener Rüstung diente. So überzeugend die Autoren das widersprüchliche Bild der KVP zeichnen und nicht wenige der zitierten internen Einschätzungen diese als unfertig erscheinen lassen, so kommen sie doch nicht an Wertungen und wertenden Begriffen vorbei. Ohne klar zu entscheiden, ob die DDR eine historische, antifaschistische Legitimität besaß – und trotzdem der demokratischen Legitimierung angesichts der dikta-

torischen Strukturen entbehrte –, bleibt die Schaffung von Streitkräften strittig. Schon der Verweis auf »Aufrüstung« und »Militarisierung« der DDR ist in der Begriffswahl wertend, zumal unterstellt wird, daß »die Wurzeln« des Militarisierungsprozesses »im kommunistischen Gesellschaftssystem begründet« seien (S. 226). Hier wäre näher auf Gesellschaftskonzepte, Deformierungen und Pervertierungen, aber auch Gegentendenzen einzugehen. Vor allem aber, das wird auch deutlich, haben die Autoren Probleme, genauer nach der gegenseitigen Bedrohungsperzeption zu fragen. Ihnen ist hoch anzurechnen, daß sie davon ausgehen, daß sich »die Entwicklung des militärischen Aufbaus in der DDR ... vor dem Hintergrund eines von beiden Seiten erbittert geführten Kalten Krieges sowie der Herausbildung zweier antagonistischer Staaten- und Militärblöcke in Europa« (S. 7) vollzog. Allerdings halten sie diese Sicht nicht durch, unterschätzen die Bedrohungsängste der DDR gelegentlich und überbewerten die des Westens. Vor allem vergessen sie (daraus aber speiste sich Lenins »Militärprogramm der proletarischen Revolution«, das die SED beherzigte) die Erfahrungen der kommunistischen wie der von diesen in Beschlag genommenen bürgerlichen und radikaldemokratischen Revolutionäre, daß radikale Gesellschaftsveränderungen in der Geschichte immer den wütenden Widerstand der Geschlagenen und der äußeren Feinde nach sich zogen. Die neue Macht mußte sich verteidigen! Cromwells *New Model Army*, die napoleonischen und die Revolutionskriege, die Reichsverfassungskämpfe, die Pariser Kommunarden – all diese zeugen davon. Dazu kamen die Erfahrungen der Verantwortlichen in Politik und Militär – zuletzt im antifaschistischen Kampf, an dem nicht wenige von ihnen in den Interbrigaden, der Roten Armee oder im Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) teilgenommen hatten. Da schien Westdeutschland mit der US-amerikanischen Unterstützung und den realen militärischen Potenzen als Bedrohung, unabhängig davon, ob die Bundeswehr und ihre Vorläufer bereits jene Truppenstärke erreicht hatten, die dort geplant wurde. Gerade in diesem Zusammenhang sind die Aussagen zu Personalentwicklung von KVP und schließlich NVA interessant, die sowohl

Diedrich/Wenzke wie auch besonders akribisch Fingerle vornehmen. Der Bruch der DDR-Streitkräfte mit der Geschichte der imperialistischen, faschistischen Wehrtradition und Militärgeschichte ist von den Kommunisten gewollt und praktiziert worden. Trotz der bis heute kolportierten Behauptung von der massiven Präsenz von Wehrmatsangehörigen und gar Offizieren (das haben schon frühere Studien aller drei Autoren nachgewiesen) bleibt von diesen Vorwürfen nichts. Maximal 3,9 Prozent betrug zeitweise deren Anteil in den DDR-Streitkräften (zeitweise in höchsten Funktionen, so als Stabschef wie Vincenz Müller), der aber rasch abgelöst wurde, obwohl diese Kommandeure durchweg im NKFD aktiv waren und in Deutschland oft in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurden. Aber sie paßten weder in das politische und soziale Selbstverständnis eines sozialistischen Staates noch zum Ziel einer neuen Führungsschicht aus Arbeiter- und Bauernkindern.

Natürlich war die KVP wie alle bewaffneten Kräfte und die DDR insgesamt (bis 1952/53 massiv) fremdbestimmt, wobei Diedrich/Wenzke genau abwägen zwischen sowjetischen Vorgaben und deutschen Spielräumen, die zeigten, daß nicht willenlose Marionetten handelten, sondern Funktionäre, die sich als deutsche Patrioten verstanden.

All dies ändert aber naturgemäß am Hauptdefizit dieser nationalen Streitkräfte wie der ganzen DDR nichts: der fehlenden demokratischen Verankerung einer Verteidigungspolitik und ihrer Strukturen in öffentlicher Diskussion und Kontrolle. Demokratie von unten war in dem von der Sowjetunion exportierten Sozialismusmodell nicht vorgesehen. Entsprechend trugen die überzogene Rüstung und die Überlastung der Volkswirtschaft zu jener Krise wesentlich bei, die sich am 16./17. Juni 1953 in einer Arbeitererhebung entlud. Die SED-Führung verstand in dieser Krise ihre Streitkräfte, die KVP, als Machtinstrument. Diedrich/Wenzke kritisieren, »daß die SED-Führung und ihr Apparat nicht davor zurückschreckten, ihre bewaffneten Kräfte gegen das eigene Volk einzusetzen« (S. 8). Die detaillierten Darstellungen ändern allerdings nichts an der auch 1989 zu beobachtenden Schwäche der SED-Führung und ihrer bewaffneten Herr-

schaftsinstrumente, mit solcher Herausforderung tatsächlich fertig zu werden. Weder SED-Führung noch Truppe waren auf Massenwiderstand des eigenen Volkes gegen die vermeintlich eigene Regierung eingestellt. Dementsprechend stark war die Verunsicherung und die mangelnde Einsatzbereitschaft, wobei dies weniger eine Frage des taktischen Vorgehens als der inneren Einstellung augenscheinlich fast aller Beteiligten war, nicht ein Problem von Befehlsverweigerungen, sondern von gesundem Menschenverstand und der Hemmung, auf ›Klassenbrüder‹ zu schießen. All dies ändert jedoch nichts an der insgesamt für die bewaffneten Kräfte der DDR und des ›nicht wirklichen Sozialismus‹ geltenden Tatsache, die sich im Herbst 1989 letztmals erweisen sollte. Die KVP hatte sich ›nicht als das proklamierte bewaffnete Organ des Volkes, sondern bei aller notwendigen Differenzierung als letztlich funktionierendes Machtinstrument des herrschenden SED-Regimes erwiesen«. Eine Einschätzung, die mehr über den gewesenen ›Sozialismus‹ als über seine bewaffneten Kräfte aussagt.

STEFAN BOLLINGER

**Stefan Dornuf,
Reinhard Pitsch (Hrsg.):
Wolfgang Harich zum Gedächtnis.
Eine Gedenkschrift in zwei
Bänden, Müller & Nerding Verlag
München 1999 f., 487 und
551 S. (75,60 €)**

Von Wolfgang Harich weiß man, daß er noch 1956, nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik und der Einbindung der DDR in den Warschauer Pakt, die Einheit Deutschlands wollte, zudem eine am jugoslawischen Modell orientierte und um die polnischen Westgebiete vergrößerte DDR sowie eine entstalinisierte, zum Bündnis mit der SPD befähigte SED. Und das alles auch noch mit sowjetischer Unterstützung. Seine politischen Ziele und Bestrebungen, zusammengefaßt in der »Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«,¹ brachten ihm acht Jahre Zuchthaus und 25

Jahre Berufsverbot ein; im Grunde genommen war sein Leben dadurch ruiniert. Um so mehr erstaunt es, welche große Bedeutung Harich heute, nach dem Ende der DDR und seinem Tode, von verschiedener Seite beigemessen wird. Schien sein Verhalten von 1956 bisher als Gipfel von Naivität und Realitätsblindheit, so findet es heute Anerkennung als Ausdruck von großem Mut und historischem Weitblick. Das gleiche gilt, wenn auch nicht ungeteilt, für sein Werk, seine philosophischen und literaturhistorischen Arbeiten, sein Buch *Kommunismus ohne Wachstum* (1975), sein Einsatz für Georg Lukács und Nicolai Hartmann, seine Tätigkeit als Herausgeber und Kritiker.

Zweifellos gehörte Harich zu den interessantesten und widersprüchlichsten Persönlichkeiten der DDR. Werner Mittenzwei sieht in ihm sogar den Vertreter des Typus der DDR-Intelligenz während der Ulbricht-Ära (vgl. Mittenzwei: Die Intellektuellen, 2002, S. 127 ff.). Harich selbst sah sich später eher als ›Opfer‹ seiner Realitätsblindheit denn als Held (vgl. *Ahnenpaß* 1999, S. 278), was ihm zuletzt von verschiedener Seite, unter anderem in der Kontroverse mit Walter Janka, viel Sympathie eingebracht hat. Nichtsdestoweniger aber blieb er bis zuletzt ein Querdenker, ein Störenfried mit einem Hang zu apodiktischer Polemik. Sein Nietzsche-Buch von 1994, als ein unzeitgemäßes Stück philosophischer Vergangenheitsbewältigung, ist dafür der beste Beweis.

Wolfgang Harich ist 1995 verstorben. Aus Anlaß seines 75. Geburtstages (1998) haben Freunde und Weggefährten das Projekt einer Denkschrift initiiert, welche schließlich, fünf Jahre nach seinem Tode, fertiggestellt war und gedruckt wurde. Dabei handelt es sich um ein Werk »gediegener Präsentation« (Bd. II, S. 9) von mehr als 1000 Seiten, wobei die gelungene Ausstattung auch ihren Preis hat. Rund drei Dutzend Gelehrte und Vertraute von Wolfgang Harich erweisen ihm in diesen Bänden ›die letzte Ehre‹. Dabei sind die einzelnen Beiträge sehr verschieden angelegt; das Spektrum reicht von persönlichen Erinnerungen und Reminiszenzen bis hin zu wissenschaftlichen Aufsätzen, deren Bezug zu Harich mitunter jedoch sehr weit hergeholt ist. Besonders originell sind die persönlichen Erinnerungen der Ehefrauen und Lebensgefährtinnen Harichs sowie seiner Schwester. Sehr aufschlußreich auch die Auf-

sätze von Paul Falck, Melvin J. Lasky, Manfred Wekwerth, Günter Gaus, Werner Mittenzwei, Siegfried Prokop (Interview mit Irene Galtier-Giersch), Camilla Warnke und Alfred Schmidt. Andere Texte tragen den Charakter wissenschaftlicher Fachpublikationen und sprengen, mitunter schon wegen ihres Umfangs, eigentlich den Rahmen dieses Memoires. So der Aufsatz über den Doppelsinn der Begriffe ›politische Ökonomie‹ und ›Kritik‹ von Hans-Jürgen Backhaus (203 Seiten) und der sehr lesenswerte, aber zu umfangreiche Text über Shakespeare von André Müller sen. (93 Seiten). Sehr treffend kommen in einigen Texten auch die persönlichen Eigenheiten und Charakterzüge Harichs zum Ausdruck. So zum Beispiel, wenn Gisela May erzählt, daß Harich nach seiner Haft dermaßen von ›Gerechtigkeitssinn‹ durchdrungen war, daß er nicht einmal mehr ertragen konnte, in einem Restaurant zu sitzen, in dem ›Weinzwang‹ galt. Auf das Wort Zwang reagierte er geradezu allergisch (vgl. Bd. II, S. 387). Charakteristisch dafür, wie Harich gesehen wurde, ist auch die Einschätzung Irene Gierschs, Harich sei ein »Salonkommunist« gewesen (Bd. II, S. 415). Im Unterschied hierzu sah Camilla Warnke in dem jungen Harich, dessen Philosophie-Vorlesungen sie besucht hat, einen Kommunisten und Stalinisten, »den das Denken in die kommunistische Partei geführt hat und der in ihr nicht aufhört(e), selbständig zu denken«, was ihn in eine fatale Situation brachte, die tragisch endete (vgl. Bd. II, S. 532). Ob er in Bautzen einer »Gehirnwäsche« unterzogen worden ist, wie Adam Schaff vermutet (vgl. Bd. II, S. 429), und worauf einige, im Widerspruch zu seinen früheren Auffassungen stehende Äußerungen hindeuten, darf nach der Lektüre der Denkschrift eher angezweifelt werden. Die meisten Autoren beziehen den späten Harich durchaus in ihre Betrachtungen mit ein, allerdings unter Ausklammerung seines Nietzsche-Buches, wozu es keinerlei Kommentare gibt. Ebenso wenig wird Harichs politische Position nach 1989 thematisiert, insbesondere, was seine Haltung zur DDR anbetrifft und seine Aversion gegen den ›Beitritt‹ und die darauf einsetzende »Fremdbestimmung durch Bonn« (*Ahnenpaß*, S. 379).

ULRICH BUSCH

Uwe-Jens Heuer: Im Streit.
Ein Jurist in zwei deutschen
Staaten, Nomos Verlag
Baden-Baden 2002, 618 S. (24 €)

Es ist ein im Wortsinn gewichtiges Buch – 618 Seiten wollen bewältigt sein. Es ist zugleich – der Text hält ein, was der Titel verspricht – ein durchgängig streitbarer Lesestoff zur Zeitgeschichte, der Vorgänge schildert und deren Akteure nennt und wertet. Und drittens ist es ein selbstkritisches Bekenntnis zum eigenen Leben, das am 11. Juli ein Dreivierteljahrhundert übersprang.

Was den lebenslangen Rechtswissenschaftler und politischen Späteinsteiger – »8 Jahre war ich erst kurze Zeit Volkskammerabgeordneter des einen, dann Bundestagsabgeordneter des anderen deutschen Staates« – zum Schreiben bewog, kennzeichnet er selbst: als zwangsläufig Einbezogener in den Kalten Krieg nach dessen Ende beizutragen »zur ständig geforderten, aber gegenwärtig doch wohl recht einseitigen Analyse des untergegangenen, aber auch des anderen Staates und der jeweiligen Rechtsordnung«.

Auf den ersten 165 Seiten schildert der Autor sein Werden als Jurist. Begonnen bei »Marx unter Stalin« erlebt er den Sockelsturz des Halbgottes 1956 durch Chruschtschow in der DDR-Aufbereitung der »Babelsberger Konferenz« im April 1958. Die eigene Blauäugigkeit, nun »alles sagen« zu dürfen, endete für den Abteilungsleiter im Institut für Staats- und Rechtstheorie der Humboldt-Universität und drei weitere Genossen mit der Vorladung vor eine Parteikommission. Die kondensierte aus einem Amalgam von »bürgerlicher Erziehung« sowie »Neigung zu intellektueller Überheblichkeit« Heuers den schwerwiegenden Vorwurf, »sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU auf sein eigenes Urteil verlassen... und sich nicht nach den Richtlinien der Partei gerichtet zu haben«. Die Parteiabstrafung war vergleichsweise mild und mündete in die Suche nach einem anderen Betätigungsfeld; das staatliche Vertragsgericht der Hauptstadt bot sich an. Die Praxis wirkte auf den Neuling aber keinesfalls dämpfend – der Graben zur sozialistischen Theorie war oftmals breit und

1 Vgl. Wolfgang Harich: Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 78 (April 1997), S. 53-66.

verlangte Lösungen für unerschlossene Problembereiche; die »von Oben« nicht zu erhalten waren. Deutlich wird durch detaillierte Darstellung die Praktiker wie Wissenschaftler gleichermaßen erfassende Aufbruchstimmung durch das *Neue ökonomische System* Anfang der sechziger Jahre. Als Lehrend-Lernender – an der Hochschule für Ökonomie, dem Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED sowie der Akademie der Wissenschaften – war Heuer permanent in alle Versuche eingebunden, Sozialismus, Demokratie und Rechtsstaat als Einheit zu gestalten.

Der gescheiterte Versuch markierte auch in dieser Lebenslinie einen Bruch, doch er stellte sich den neuen Anforderungen: »Es ging mir damals einfach nur darum, etwas Sinnvolles zu tun und mich gegen die Übernahme der DDR durch den Westen zur Wehr zu setzen.« Er wurde Abgeordneter der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer und vertrat dann auch im Bundestag die PDS bis 1998.

»Seiteneinsteiger in die Politik« titelte er den zweiten Teil der Autobiographie. Akribisch sachlich wird beschrieben, wie mit rechtsstaatlichen Mitteln die ökonomische Hinterlassenschaft des »Unrechtsstaates« gewinnbringend umverteilt und die Präsenz von Exekutive und Jurisdiktion durch die Sieger in den neuen Ländern durchgesetzt wurde. Zugleich bekommt der Leser – im Kapitel »Der deutsche Bundestag als Geschichtsforscher« – detailliert belegte Einblicke in den andauernden, mit unterschiedlichsten Methoden betriebenen Versuch, die vierzigjährige deutsche staatliche Alternative allseitig zu diffamieren, ihre Erfolge vor allem im sozialen und bildungs-politischen Bereich zu löschen und deren Repräsentanten zu kriminalisieren. Kritische Verfechter wie der Autor waren dabei vor allem am Rednerpult des Bundestages einem Zwischenrufer-Dauerfeuer ausgesetzt, das zeitweise kaum noch zitierfähig scheint und jegliche sachliche Debatte von vornherein ausschloß.

Politisch besonders pikant sind im Buch nachvollzogene Debatten zur inneren Sicherheit und zu Bundeswehreinräumungen im Ausland. Ausgerechnet die von ihren Gegnern vielfach nur als »SED-Nachfolgepartei« betitelte PDS widersetzte sich ebenso beharrlich wie vergeblich der weiteren Aushöhlung des Grundgesetz-Torsos.

Das für den Rezensenten aufschlußreichste Kapitel beschäftigt sich mit den Wandlungsprozessen innerhalb der PDS und ihren Führungsgremien. Hier benennt ein Insider, der sich zu Marx bekennt und im gleichnamigen Forum innerhalb der Partei aktiv wirkt, Zäsuren und Akteure, die den Programmkonsens von 1993 aufkündigten und die Partei in den Bereich der sozialen und liberalen Unverbindlichkeit führen wollen. Der Leser ist gleichsam Zeuge von Parteitags-, Vorstands- und Fraktionserörterungen und erlebt vor Ort, wie sich die Kluft zwischen Vorständen, Fraktionen und der Mitgliedschaft vertieft.

Der abschließende dritte Teil – »Bilanz. Theoretische Überlegungen zur gegenwärtigen Epoche, zu Politik, Recht und Ideologie« – sprengt den klassischen Rahmen einer Autobiographie. Das schmälert nicht das Interesse an den dort aufgeworfenen Fragen. Heuer befragt sich selbst und bietet Überlegungen an, keinesfalls jedoch »endgültige Wahrheiten« zu Fragen der Epoche, zu Kriterien von Politikern, zur Wertigkeit grundlegender Gesetze sowie Prophezeiungen vom »Ende der Ideologie«.

Uwe-Jens Heuer entläßt den Leser seines Kompendiums abschließend in die Nachdenklichkeit. Sein Credo: »Wenn das Ziel des Sozialismus im Nebel verschwindet, wenn die Verbindung zur Vergangenheit gekappt wird, fehlt der Partei die dritte Dimension. Natürlich weiß auch ich, dass unser sozialistisches Ziel in große Ferne gerückt ist, dass es vielleicht nie erreicht wird. Es bleibt aber auf Dauer die einzige Alternative zum Verfall in die Barbarei. Und der DDR-Sozialismus bleibt nicht nur die Mahnung, es anders zu machen, sondern auch der Nachweis, dass eine andere, nicht vom Profit bestimmte Gesellschaft möglich ist, also Zeugnis einer Hoffnung.«

Erfreulich und unentbehrlich für den juristischen Laien ist, neben dem umfänglichen Personen- vor allem das Sachregister, das von A (Akademie der Wissenschaften) bis Z (Zwei-Diktaturen-These) die meisten der in der politischen Sphäre gebräuchlichen Begriffe faßlich bietet. Angemerkt sei – was die Lesbarkeit nicht beeinträchtigt –, daß des öfteren stilistisch durchschimmert, ein Dozent sei vom Podium aus am Wirken. Der Rezensent nahm ihn aufmerksam wie dankbar an.

NORBERT PODEWIN

Klaus Pickshaus,
 Horst Schmitthenner,
 Hans-Jürgen Urban (Hrsg.):
 Arbeiten ohne Ende.
 Neue Arbeitsverhältnisse und
 gewerkschaftliche Arbeitspolitik,
 VSA-Verlag Hamburg 2001, 253 S.
 (17,80 €)

Über die rasanten Umstrukturierungen der Arbeitsverhältnisse werden derzeit viele Diskurse geführt. Prominente Befunde der Arbeitsmarktforschung sprechen angesichts des ökonomisch-technischen Wandels vom »Ende der Arbeit« (Rifkin 1995), von der »Krise der Arbeitsgesellschaft«, der »Zwei-Drittel-« oder gar »Ein-Fünftel-Gesellschaft« (Bonß 2001). Es wird suggeriert, daß uns in Zukunft die Arbeit ausgeht, das quantitative Verhältnis von Erwerbsarbeit und Freizeit zu kippen droht und die gesellschaftliche Integration über Arbeit zu einem immer schwierigeren Projekt wird. Der vorliegende Band beinhaltet 18, sich teilweise wiederholende Beiträge von Soziologen, Arbeitspsychologen und Gewerkschaftlern, in welchen eines offensichtlich wird: Während die einen zu wenig oder gar keine Arbeit haben, haben die anderen zu viel. *Arbeiten ohne Ende* kennzeichnet eine Situation, in welcher die Erosion von Arbeitszeit und Leistungsbedingungen die Arbeitssubjekte bis an ihre psychischen und physischen Belastungsgrenzen führt.

Ursächlich für diesen Wandel sind drei Strukturveränderungen: die Expansion der Dienstleistungstätigkeiten, die Zunahme selbständiger Arbeit und der Wandel von Managementformen in Organisationen. Insbesondere letzteres bewirkt eine tiefgreifende Veränderung von Erwerbsarbeit. Unter dem Stichwort *lean production* findet eine Verflachung der Hierarchiestrukturen und Funktionseinteilungen sowie eine Autonomisierung der Arbeitssubjekte statt. Gleichzeitig werden die Arbeits- und Organisationsbeziehungen dezentralisiert und vermarktet. Der Markt steuert nicht mehr nur die Konkurrenz zwischen den Unternehmen, sondern auch die Arbeitsabläufe im Unternehmen. Indem sich das Normalarbeitsverhältnis des klassischen Arbeiters in eine relative Selbständigkeit transformiert, wird das

neue Arbeitssubjekt zum *Entrepreneur* und weist eine eigene ökonomische Leistungsrechnung aus.

Das Paradoxon dieser Entwicklung liegt auf der Hand, erweiterte Freiräume und weitgehende Handlungsautonomie gehen mit der Erhöhung der Leistungsanforderungen, der Verschärfung von Arbeitssituationen und nicht selten einer Reduzierung von Sozialleistungen und des Einkommens einher. Der formal Selbständige fällt durch das geknüpfte Netz der tarifvertraglich geregelten Vereinbarungen, da Arbeitsbedingungen und Leistungsnormen immer weniger überprüfbar sind. Es ist nicht länger Aufgabe des Unternehmers, den Arbeiter zu überwachen, vielmehr muß dieser selbst den Beweis erbringen, daß er erfolgreich arbeitet. Arbeitshandeln wird nicht mehr durch offensichtliche Disziplinierungstechniken (Command-and-Control), sondern *indirekt gesteuert*. Das Arbeitssubjekt ist für den Erfolg des Projektes oder für die Erfüllung von Zielvorgaben beziehungsweise Profiten selbst verantwortlich. Es ist eine Abkehr von der Bemessung der aufzuwendenden Leistungen und die Etablierung eines *ergebnisorientierten Leistungsmaßstabs*. Nur die zur Wertschöpfung beitragende Leistung wird akzeptiert. Unterbrechungen im Arbeitsablauf, Pausen, Mängel in Qualität und Material, aber auch ungünstige Sachzwänge und Marktbedingungen gehen zu Lasten des Beschäftigten. Die Folgen der neuen Managementmethoden sind zahlreich:

Erstens findet eine *Individualisierung der Verantwortung und des Risikos* statt. Ist ein Betriebssegment nicht erfolgreich, dann wird es geschlossen. Die permanente Arbeitsplatzunsicherheit fördert einen täglichen Kampf ums Überleben der eigenen Arbeitsplatzfunktion. Fällt die Konfrontation des Beschäftigten mit den Ergebnissen und Kosten ihres Arbeitshandelns tendenziell negativ aus, erhöht sich der Druck im Team und die Arbeitskraftunternehmer sind als »Selbst-GmbHs« (S. 239) gefordert, ihre »Ressource Ich« (S. 32) zu aktivieren, um so den unternehmerischen Erfolg ihrer Einheit herbeizuführen.

Zweitens findet durch die *Ökonomisierung der Individuen* eine Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeitszeitsysteme statt. Nicht mehr die Stempeluhr mißt das Arbeitsvolumen, vielmehr etabliert sich die *Vertrauensarbeitszeit*. Das strategische Mittel für die Durchsetzung

einer neuen Zeitorientierung ist recht simpel: Indem das Arbeitsergebnis in den Vordergrund tritt und Arbeitszeit zu einer variablen Restgröße wird, verlieren die tariflichen Normen zur Dauer und Verteilung von Arbeitszeit ihre Bedeutung, und neben die positiven Errungenschaften der Zeitsouveränität und Autonomie treten unbezahlte Überstunden, kaum abgebaute Arbeitszeitkonten, Wochenendarbeit und unausgewogene Schichtwechsel. Zudem erhöht sich der *Synchronisationsaufwand* der Arbeitssubjekte, welche gefordert sind, persönliche Zeitarangements zunehmend dem Zeitdiktat der Organisation zu unterwerfen. Ein hohes Maß an Arbeitszeitschwankungen kann zu einem Verlust der Alltagskontrolle führen, da Freizeitaktivitäten und soziale Kontakte kaum noch planbar sind. Die Nutzung des Arbeitskraftunternehmers wird zunehmend *umfassend* gestaltet, indem die Grenze des Privaten und Öffentlichen aufgehoben wird (Telearbeit) und Gefühle instrumentalisiert werden (Angst vor persönlichem Versagen und Arbeitsplatzverlust).

Drittens münden die Entgrenzung der Leistungsverausgabung, exzessive Mehrarbeit und zunehmende Konkurrenzhaltungen von KollegInnen in eine Vielzahl *Beeinträchtigungen und Störungen des Befindens und der Gesundheit*. Vorboten eines gestörten psycho-physischen Gleichgewichts sind Blockaden, Unfähigkeit zur Erholung und Erschöpfung. In vielen Studien zu den Auswirkungen von Belastungen am Arbeitsplatz werden *Burnout*, psychische Krankheiten wie Depressivität, Sinnverlust und Fatalismus sowie körperlich manifestierte Krankheitssymptome dokumentiert. Ein besonders erhöhtes Herzinfarktisiko besteht bei der Kumulation von Belastungen. Interessanterweise formulierte der Managementtheoretiker Peter F. Drucker schon vor 33 Jahren diese modernen Formen des Leidens als ein gesellschaftliches Problem (1969: 363 ff).

Als äußerst schwierig erweist sich die entsprechende Entwicklung von Arbeitspolitiken. So hoch der Leistungsdruck und die gesundheitlichen Risiken auch sein mögen, die neue Arbeitssituation hält für viele Arbeitnehmer neue Identifikations- und Gratifikationschancen sowie Autonomie bereit. Dementsprechend können Regulierungen von Arbeitsverhältnissen als störend oder gar unakzeptabel empfunden werden. Die Autoren dieses Bandes sind

sich einig, daß ein wichtiges Handlungsfeld gewerkschaftlicher Arbeitspolitik eine *transparente Informationspolitik und die Bewußtmachung* eben dieser Widersprüchlichkeit sein muß. Zunächst enthalten einige Beiträge und die beigefügte CD-Rom, welche viele Tips zur besseren Gestaltung des Arbeitsplatzes liefert, Instrumente zur Evaluation von Belastungen und Fehlbeanspruchungsfolgen. Beabsichtigt ist eine sensibilisierende, aktivierende und letztlich mobilisierende Wirkung auf die Belegschaft. Eine weitere Strategie sind Kampagnen, welche einen *Kommunikationsprozeß* zwischen Initiatoren und Zielgruppe herstellen sollen. Prominentes Beispiel ist die von der IG Metall Bremen durchgeführte Aktion »Arbeiten ohne Ende? Meine Zeit ist mein Leben!«, welche Streß als gesellschaftliches Problem thematisiert und ein öffentliches Bewußtsein für Gestaltungswünsche und -erfordernisse zu schärfen beabsichtigt.

Auch wenn als weitere Handlungsfelder Multiplikatorenseminare, Tagungen, Fachkonferenzen und Kooperationen mit Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Arbeitsschutzbehörden etc. benannt werden, entsteht der Eindruck, daß die Katalogisierung und Umsetzung der Präventionsmaßnahmen noch in den Kinderschuhen steckt und Arbeitsschutz weitgehend eine Korrekturmaßnahme ist. Das Manko wird insbesondere in den am Individuum orientierten Ansätzen der möglichen Handlungsfelder offensichtlich. Nicht das Individuum selbst, sondern das System produziert Nebenwirkungen. Arbeitsschutz sollte deshalb in die Managementsysteme und -strukturen integriert werden. Wie der Deregulierung und Entgrenzung von Arbeitszeit und Leistungsanforderungen leistungspolitisch effektiv begegnet werden kann und welche Steuerungsinstrumente hierfür durchsetzbar sind, scheint bisher eine weitgehend unbeantwortete Frage zu sein. Umfassende Prävention sollte zudem durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen der Arbeit stattfinden, nur so wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zukünftig kein unlösbares Problem darstellen.

JUSTINE SUCHANEK

Literatur:

- Bonß, W. (2001): *Vergesellschaftung über Arbeit. Oder: Gegenwart und Zukunft der Arbeitsgesellschaft*, in: Berger, P. A. (Hg.): Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten, Opladen, S. 331-356.
- Drucker, Peter F. (1969): *The age of Discontinuities*, London. Zitiert nach der deutschen Ausgabe *Die Zukunft bewältigen*, Wien 1969.
- Rifkin, J. (1995): *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt/Main.

Waldemar Schindowski,
 Elisabeth Voß (Hrsg.):
 Jahrbuch Nachhaltiges
 Wirtschaften, Ausgabe 1,
 AG SPAK Bücher Neu-Ulm 2001,
 339 S. (17,50 €)

Angeregt durch Diskussionen im *Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie* hat sich die *Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise* (AG SPAK) entschlossen, 2001 erstmals ein *Jahrbuch Nachhaltigkeit* herauszugeben. Dem Projekt liegt ein »breites Verständnis von Nachhaltigkeit« zugrunde, »das neben der ökologischen und ökonomischen Dimension gleichberechtigt auch die soziale und politische Dimension umfaßt« (S. 10). Leitbild ist ein »gebrauchswertorientiertes Wirtschaften«, das sowohl auf Umweltschutz als auch auf soziale Partizipation ausgerichtet ist. Schließlich formulieren die Herausgeber als Ziel: »Mit diesem Jahrbuch möchten wir die Entwicklungen der unterschiedlichen Stränge alternativer Ökonomie begleiten. Wir berichten über neue Wohn- und Arbeitsformen, Frauenprojekte, Entwicklungen im Genossenschaftswesen und innerhalb der Gewerkschaften, aktuelle Diskussionen in der Landwirtschaft, Neues aus der Welt des Geldes und Ansätze eines Wirtschaftens ohne Geld, und über den weltweiten Widerstand gegen die Globalisierung« (S. 11).

Diesem breiten Ansatz folgend, werden in 10 Kapiteln etwa 40 Beiträge zu den genannten thematischen Schwerpunkten sowie eine Diskussion des niederländischen Fallbeispiels und eine Sammlung von Rezensionen präsentiert. Da ein großer Teil der – in bezug auf Stil und Argumentationsebenen höchst unterschiedlichen – Beiträge offensichtlich nicht speziell für das Jahrbuch erstellt wurde, entsteht ein zwar thematisch recht umfassendes, aber doch sehr heterogenes Gesamtbild, das im Detail durchaus auch gegenläufige Interpretationen einschließt. Um dieses Nebeneinander etwas zu mildern, hat sich insbesondere Elisabeth Voß bemüht, in Einleitungstexten, die den einzelnen Kapiteln jeweils vorangestellt sind, nicht nur einen nützlichen Überblick zu geben, sondern auch Querverbindungen zu anderen Beiträgen herzustellen.

ARNDT HOPFMANN

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
 UTOPIE kreativ – Redaktion
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 99 bis 134 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 98 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
 Name, Vorname

.....
 Straße

.....
 PLZ, Ort

.....
 Kontonummer

.....
 BLZ / Geldinstitut

.....
 Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

CHRISTINA THÜRMER-ROHR On the Silence of Violence / The Destruction of Dialogue

The commitment to reduce tensions between individuals and social groups through dialogue is as fragile as a commitment to insuring human rights. Neither are a universally accepted matter of course accompanying humanity throughout its evolution. They are cultural achievements of social life developing towards pluralism and differentiation. Whereas dialogue and human rights are not ›natural‹ elements of human socialization, violence or force are. The comparative ›advantage‹, the inherent ›power‹ of violence is that it is capable of producing the ›desired‹ results silently and rapidly – its simple and means oppression of the weaker. Dialogue is loud, time consuming, and even requires acceptance of different positions and interests – dialogue aims at mutual understanding. She explains how the policy of violence destroys all attempts by means of dialogue to solve the conflict between Israel and Palestine. In Germany this destruction of dialogue takes the form of every critic of the Israeli war-policy being denounced as an anti-Semite.

GÜNTER KRAUSE The History of Economic Thought between Mainstream and Alternative

In his article Günter Krause handles the search for alternatives to neoclassical economics. This school of economic thinking represents, beyond a doubt, the so-called mainstream of contemporary economics and contributes enormously to the ideological justification of the global project of neo-liberal capitalism. Reflecting upon the history of economic thought, the author discusses two main topics: Does the history of economic thought offer any valuable and useful intellectual resources for today's process of developing theoretical and practical alternatives? And second: if so, which kind of economic schools or theories could serve as alternative research programs to the neoclassical mainstream? Throughout the history of economic thought many economic ideas and concepts have been developed, that could inspire left-wing economic thinking in helping to create a broad-based economic alternative research program. According Krause there are several signs in contemporary economic theory, indicating a growing call for rejection of the hard core theoretical and methodological assumptions of the neoclassical mainstream and for opening up economics.

JOCHEN WEICHOLD Golden Remuneration. Allowances and Benefits of Parliamentarians

Parliamentary allowance is no doubt, a democratic achievement. It enables everyone to stand as candidates for elections. In Germany, the remuneration of Parliamentarians at both the federal and regional (Länder) level is based on four pillars: parliamentary allowance, expense allowance, retirement benefits and pension benefits. But this system of allowances and benefits, is often criticized, and for good reason. The inflation of office holder allowances is a breach of the principle of equality of Parliamentarians. The expense allowance is, partly, a term to cover a tax-free additional income. The retirement pension is often not paid in the sense it was intended, and the pension benefits are – compared to what working people get – far out of proportion.

JÜRGEN MEIER On Bureaucracy and Democracy

It has become very chic for politicians of our prestigious democracy to criticize the bureaucracy. They complain of »crusty regulations« or the »bureaucratizing« of the state. But most of the time, they have only particular interests in mind.

The bureaucracy, the »power of civil service«, came into existence in Europe, with the French Revolution. To create a global market of the bourgeoisie within one nation, it was necessary to introduce national regulations guaranteeing protection from aristocratic tyranny. The principle of equality adhered to by the bureaucracy, derived from the Roman law based on the rights of the individual, against the representatives of the »blue blood«, who considered their superiority to be a divine right by birth. People posing as anti-bureaucrats, are often dreaming of a corporate society.

MATHIAS IVEN

Hermann Hesse in his Correspondence

Hermann Hesse, who unceasingly followed the meaning of self as »poet, seeker, and confessor«, was someone who cultivated individuality like no other. He obviously even saw in it the essential condition for human social existence. July 2, 2002 marked the 125 anniversary of his birth. On this occasion several events and expositions took and are still taking place around the world.

KAY MÜLLER

Farewell to Historical Materialism

In his article Kay Müller replies to an essay by Erhard Crome. In contrast to Crome, Müller regards the so-called economic foundation to essentially be determinant factor of the social superstructure. From his perspective »Stalinism« no longer appears as a general outcome of a socialist society's development but rather was due to special conditions – the backwardness – in Russia. Müller's main argument is that the level of labor productivity remains the most important feature favoring a possible success of socialism. He therefore rejects all attempts to replace this category by »surrogates« such as »self-realization« or »humanness«. Müller, in fact, sees these attempts at replacement as a rejection of historical materialism.

JÜRGEN JOHN

Historical Science in the GDR as Prominent Subject of Research

Research of the GDR in general, and especially of historical science in the GDR are today en vogue. To facilitate this research, all sorts of archives are being opened. In his article John examines mainly two recent works of Martin Sabrow, one of the most prominent experts in the field of historical science in the GDR. Remarkably, contrary to other mostly ideologically biased writings, these two studies by Sabrow – one on the Institute of Historical Science of the East German Academy of Science and a second on the development of historical science in the GDR between 1949 and 1969 – are not only treated fairly but they provide also a wide range of interesting new insights.

Hubert Laitko

Education between Demand and Commerce

Following the publication of the PISA results, education became a very hot political issue in Germany. Nearly every politician in every political party is demanding rapid and effective changes in order to cope with the so-called knowledge-society challenges. In his review Laitko argues that the results of this study could be interpreted in various ways. It could, first of all, be used to demand »more efficient market oriented« educational structures, which would pave the way towards commercialization and increased social differentiation. But the success of the PISA-Leaders demonstrate that a modern and well performing educational system could also be based on less hierarchical and less discriminating structures, enhancing the chances of the socially disadvantaged.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word- oder Rtf-Format eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Sechstel auf Marginalien entfällt, nicht über-

schreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nicht. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 98:	je	1 €
Heft 99 bis 134	je	2,50 €